



Städtebaulicher Denkmalschutz in der Integrierten Stadtentwicklung



Städtebaulicher Denkmalschutz in der Integrierten Stadtentwicklung

Informationsdienste Städtebaulicher Denkmalschutz 35

Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz
c/o complan Kommunalberatung
im Auftrag des
Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung

Berlin, August 2010

Inhalt

Zur Einstimmung

- 7 **Die Stadt und ich. Über Städtebau und Identität.**
Tobias J. Knoblich

Zum Programm

- 14 **Stand des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz**
Hathumar Drost, Daniela Michalski, Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz
- 18 **Ergebnisse des Wettbewerbs „Stadt bauen. Stadt leben.“**
Dr. Marta Doehler-Behzadi, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- 21 **Der Beitrag des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz zur Integrierten Stadtentwicklung in Sachsen-Anhalt**
Maik Grawenhoff, Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt
- 27 **Gestaltungsempfehlungen zum städtebaulichen Denkmalschutz - Instrumente zur Qualitätssicherung im Städtebaulichen Denkmalschutz**
Armin Keller, Hannelore Höllerer, Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern
- 33 **Die Altstadt von Ravensburg in der Integrierten Stadtentwicklung**
Reinhard Rothenhäusler, Stadt Ravensburg
- 44 **Hamburg im Förderprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz**
Christoph Schwarzkopf, Denkmalschutzamt der Freien und Hansestadt Hamburg
- 49 **Verfügungsfonds für den Städtebaulichen Denkmalschutz**
Hathumar Drost, Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz

Zu besonderen Themen im Städtebaulichen Denkmalschutz

- 53 **Hattingen – Stadtentwicklung im Zeichen der Kulturhauptstadt RUHR.2010**
Walter Ollenik, Astrid Hardtke, Stadt Hattingen

- 60 **Denkmal an Energie – Gutes Klima in historischen Stadtkernen**
Harry Müller, Arbeitsgemeinschaft »Städte mit historischen Stadtkernen« des Landes Brandenburg
- 64 **Probewohnen: Eine neue Strategie zur Revitalisierung von Gründerzeitquartieren in ostdeutschen Städten**
Anne Pfeil, Görlitz Kompetenzzentrum
- 68 **denkmal aktiv – Kulturerbe macht Schule**
Dr. Susanne Braun, Deutsche Stiftung Denkmalschutz

Zum Stand der Forschung

- 74 **Eigentümerstandortgemeinschaften im Stadtumbau – ein Beitrag zur erhaltenden Erneuerung innerstädtischer Quartiere**
Prof. Dr. János Brenner, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- 78 **Jugendliche als Akteure bei der Entwicklung historischer Innenstädte – Ergebnisse aus dem ExWoSt-Forschungsfeld „Jugendliche im Stadtquartier“**
Stephanie Haury, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
- 85 **Forschungsfeld Städtebaulicher Denkmalschutz**
Ricarda Ruland, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

Zum 17. Kongress Städtebaulicher Denkmalschutz

- 90 **17. Kongress Städtebaulicher Denkmalschutz: Kontinuität als Chance – Städtebaulicher Denkmalschutz in der Integrierten Stadtentwicklung**
Daniela Michalski, Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz
- 102 **Ansprechpartner und Informationen**

Zur Einstimmung



Lenzen, Brandenburg | complan Kommunalberatung

Die Stadt und ich. Über Städtebau und Identität

Tobias J. Knoblich

Rede anlässlich des erweiterten Arbeitstreffens der Expertengruppe Städtebaulicher Denkmalschutz am 26. Januar 2010

Über die Stadt kann jeder reden, auf seine Weise freilich. Jeder kommt in ihr mehr oder minder vor, erlebt sie als sein Zuhause oder als die Bühne seiner Öffentlichkeit. Die Stadt und ich – das ist ein komplexes Verhältnis. Wie es dunkle Gassen gibt, belebte Promenaden und abweisende Fassaden, Parks zum Verweilen, sonnendurchflutete Plätze mit Brunnen und Bänken, Straßen, die man meidet, weil der Verkehr ununterbrochen rollt, so gibt es auch Facetten meiner Persönlichkeit, die von der Stadt mal das eine, mal das andere verlangen. Daß wir uns so intensiv um das Wesen der Städte kümmern, sagt viel über uns: nie eingebettet in die Natur, ohne einen Lebensraum, an den wir angepasst, in den wir zwingend eingebunden sind, schaffen wir uns beständig eine Nische, die sich nach unserem veränderlichen Bilde formt und formt. Die Stadt und der Mensch – eine ewige Suche nach der perfekten Form. Wie oft finden wir zueinander, wie oft auch nicht? Die Geschichte unserer Städte kündigt von einer Verzweigung, zeigt aber letztlich die ungeheuere Kraft, mit der wir uns vergegenständlichen und systematisch einfangen in Perfektion, Täuschung und Verherrlichung, in Selbstüberhebung und Verachtung. Diese Energie entspringt nicht zuletzt der Utopie, es möge eine unendliche Erzählung geben, die Generationen verbindet und ein Kontinuum des Lebens erzeugt. Die Stadt als Vexierbild des Veränderlichen, Ephemerem, uns Entgleitenden. Vielleicht ist dies die wichtigste Funktion der Stadt: Halt zu geben, wo alles an uns vorbeirauscht, uns zu beruhigen und Zeit zu schenken, wenn wir lesen: erstmals urkundlich erwähnt im Jahre 1118. Die Stadt, das bin doch ich.

Ich möchte im folgenden einige Gedanken formulieren, die auf meine persönlichen Erfahrungen als „Zonenkind“ zurückgreifen, wie Jana Hensel jene bezeichnete, die nicht mehr gänzlich in der DDR und noch nicht vollständig im Westen geprägt wurden¹. Sie wurden in der Zone dazwischen erwachsen und schauen auf eine immer schneller schwindende Erinnerung an ein Land, in dem sie trotz kritischer Einwände auch Heimat erkennen. Dieses Land prägte meinen Blick auf die Städte, auf das Verhältnis zwischen Stadt und Identität, das mehr ist als eine Versicherung von Herkunft.

I. Zwickauer Episteme

Ad fontes. Was mich interessiert und insbesondere durch die Erfahrung der politischen Wende geprägt hat, ist die extreme Abhängigkeit des städtischen Raums von gesellschaftlichen oder besser: ideologischen Kontexten. Als die Mauer fiel, war ich 17 Jahre alt. Bis dahin hielt ich es für erwiesen, daß Städte über einige wenige unverrückbare Konstanten verfügen (etwa große Kirchen, Rathäuser und mächtige Profanbauten, soweit sie den Krieg einigermaßen überstanden hatten), ansonsten aber einem langwierigen Umgestaltungsprozess unterliegen. Die versehrten Stadttopographien der DDR – auch die meiner Heimatstadt – legten dies sichtbar nahe. Das rasche Wachstum von Neubaugebieten auf der grünen Wiese oder die Folgen, die sich aus dem Aufbaugesetz sowie den „16 Grundsätzen des Städtebaus“ (1950) in der DDR ergeben hatten und die Stadt zur Bühne einer neuen „Volksdemokratie“ degradierten, blieben für mich lediglich auf Langfristigkeit angelegte Bewegungen in einem umfassenden Grau, das nicht zu bewältigen war.

Als sich der dumpfe und zähe Kokon der DDR-Wirklichkeit 1990 öffnete, schien es mir, als setze erst jetzt so etwas wie umfassende Gestaltung ein. Ich erlebte meine Heimatstadt Zwickau, dieses gleich hinter dem Rathaus noch kriegsruinöse, vom Bergbau unterhöhlte, von der Kokerei überräucher- te, durch unzählige Essen verschandelte, im Muldental langsam vom Staub zugerieselte Drecknest, plötzlich aufblühen, als Stadt im umfassenden Sinne überhaupt erst wieder entstehen. Wo Straßen einst als Sackgassen endeten, Häuserwände fehlten oder in Ziegel- und Putzfragmente zerlegte, teils mannshoch begrünte Siedlungsreste die Sicht versperrten, entstanden nach und nach Zusammenhänge, Blickachsen und Interpretationen von Alt und Neu, die teilweise aber auch rasch wehtun konnten. Vorher war Stadt für mich das, was ich als Modell der Vergangenheit aus dem Städtischen Museum kannte, in dem es, wenn ich mich erinne- re, immer dunkel war, als müsse man Erinnerung behutsam im Halbschatten halten, damit sie nicht von der Gegenwart ausgeblühen und verdorben würde. Auch alte Stiche hatten mir den Eindruck vermittelt, ganz früher sei die Stadt unversehrt ge- wesen, hätte es so etwas wie eine perfekte Disposi- tion gegeben, an deren verschwommenen Resten wir uns nunmehr abarbeiteten. Die Wirklichkeit der DDR erinnere ich aber ebenfalls meist als et- was Obskures, eine düstere Winterlandschaft. Ich sehe die großen Werkstore des VEB Sachsenring Zwickau, denen Multicars mit mehreren Hängern, beladen mit zerbrechlich wirkenden Einzelbautei- len unseres Volkswagens Trabant, entströmten, um sich in den Verkehr der Stadt einzugliedern und die Fracht im Schneckentempo über das Kopfsteinpfla- ster in eines der anderen Werke zu transportieren. Wer diese Mühseligkeit je gesehen hat, kann die langen Wartezeiten auf einen kompletten „Trabant 601 de luxe“ problemlos verstehen. Nicht nur die Stadt bestand aus einer Vielzahl von Fragmenten, auch die Volkswirtschaft produzierte in lauter Ver- satzstücken; aus allen Poren der Stadt dampfte die Produktion von Gütern, die Busse rollten im Minu- tentakt und bewegten das werktätige Volk, zumeist aus den Plattenbausiedlungen an beiden Seiten des Muldentals oder zurück dorthin. Mein Schulbus kollidierte einmal bei glatter Straße mit einem der Autoteiletransporte, dessen Unversehrtheit fest-

zustellen allen Beteiligten wichtiger war als mein beim Aufprall umgeknickter, schmerzender Dau- me. Heute ist es, als sei ein Spuk vorbei: die wuch- tige Haupthalle der Trabantwerke steht leer, hoch oben sieht man den offenbar nicht dauerhaft zu überdeckenden Schriftzug „Horch“, der sich als Si- gnum der Automobilbautradition gleichsam von selbst aus den unteren, hochwertigen Schichten des Putzes freigelegt hat, ohne dass ein Restaura- tor mit sensiblem Gerät tätig geworden wäre. Au- tos produziert man heute vor den Toren der Stadt, in atemberaubender Geschwindigkeit. Das Impro- visorium DDR – das ist sehr lange her, ein Schat- tenreich, das mich dennoch sehr prägte. Mit dem Verschwinden der kleinteiligen Produktion in der Stadt wird für mich ein historischer Stadtkern vor- industrieller Prägung überhaupt erst wieder denk- bar. Vorher erinnere ich Stadt nur als das, was rück- sichtslos „Werte“ schuf; Konsumgüterproduktion – wie es damals hieß – um jeden Preis. Alles gerät in dieser Perspektive in eine dienende Funktion; Ge- schichtsvergessenheit oder Perspektivierung von Geschichte auf jene, die produzieren.

Je intensiver die Menschen den Wandel seit 1990 erlebten und je rascher vieles, was ihr Arbeitsle- ben geprägt hatte, verschwand (denken wir etwa an spektakuläre Sprengungen von Essen), desto stärker wurde die Nachfrage nach Literatur, die die Vergängnis widerspiegelt und Momentauf- nahmen festhält. „Zwickau wie es einst war“, die Geschichte der Stadtteile, selbst kleinster Orte im Umfeld – solche Publikationen wurden zu regio- nalen Bestsellern, die in mehreren Auflagen er- schienen. Die Zeit lief plötzlich schneller, es gab wieder Lust auf Zukunft, und diese zog eine neue Lust auf sichtbare Vergangenheit nach sich. Über- haupt wurde alles sichtbarer: das Licht fand umfas- send in die Stadt, der Dom etwa wurde nachts erst- malig beleuchtet, ein Ereignis. Es glimmte jedoch auch immer stärker die Hoffnung, einiges kön- ne wieder so werden, wie es in alten Aufnahmen vor Augen trat. Die Idee eines historischen Stadtkerns wurde rasch lebendig, der von der Ideologie gepeitschte radikale Umgestaltungswille ererbter Strukturen erschien plötzlich als obszöne Geste, die jedem wehzutun schien. Denke ich allein an die Geschichte des Wettiner Schlosses Osterstein

am Zwickauer Ring, scheint mir dessen zumindest teilweise Rekonstruktion noch immer ein Wunder. Wir lebten über Jahrzehnte mit einer monströsen Ruine im Herzen der „sozialistischen Stadt“, auch in der hintergründigen Ambivalenz von obsoletter Herrschaftsarchitektur und wertvollem Denkmal einmaliger Baukultur, vor allem hinsichtlich der Dachkonstruktion des noch immer nur notdürftig gesicherten Kornhauses, die der Laie schon längst für verdorben gehalten hatte. Heute erst, wenn sie vom Schloss aus die Stadt betreten, erleben manche Menschen die Radikalität, mit der Alt-Zwickau Ende der 1960er Jahre abgetragen und die Verbindung zwischen Innenstadt und Zwickauer Mulde durch typisiertes Bauen mit teils absurden Traufhöhen beschädigt worden war. Sinnliche Erfahrung ist noch immer das populärste Mittel der Erkenntnis. Die politische Wende als Schule des Sehens, wenn man so will. Und doch schien uns damals, auch mir als Kind, ein bezugsfertiger Plattenbau als Offenbarung. Wie schnell weicht das, was man an Überkommenem nicht mehr sieht, der Evidenz des Neuen, wenn es Zukunft und Wärme verspricht!

Was Richard Sennett in seinem Buch „Fleisch und Stein. Der Körper und die Stadt in der westlichen Zivilisation“ 1994 beschreibt, ist eine Geschichte der Stadt, gespiegelt durch die körperlichen Prägungen der Menschen.² Für ihn ist die Stadt ein Deutungsraum nicht nur in Hinblick auf Macht, Herrschaft und soziale Praktiken, sondern der Parallelität von individuellem und kollektivem Verhalten. In der Stadt wird gestaltet, was an Körperlichkeit gelebt und interpretiert wird. Im DDR-Plattenbau spiegelt sich die „allseits gebildete sozialistische Persönlichkeit“ wider, die untergebracht sein will und das Individuelle der Funktionalität des Systems unterordnet. Sie kann beliebig mittels Wohnraum gestapelt und angeordnet werden, wenn nur keine dunklen Innenhöfe entstehen und die Parzellierung so gleich ist, wie die Menschen im Idealfall es auch sein sollten. Stadt wird zum Reservoir solchen Denkens. Der 13. Grundsatz des Städtebaus hatte gelaundet: „Die vielgeschossige Bauweise ist wirtschaftlicher als die ein- oder zweigeschossige. [...]“³ Wohnungsbau statt Städtebau ist später daraus geworden. Vom Primat der Ökonomie – oder der Sozialpolitik, je nach Wertung.

II. Downtown Dubai oder die Zwecke einer Stadt

Was Sennett jedoch eigentlich zu seinem Buch angeregt hatte, war die – aus seiner Sicht – „Verarmung der Sinne, die das moderne Bauen wie ein Fluch zu verfolgen scheint; die Dumpfheit, Monotonie und taktile Sterilität, die schwer auf unserer städtischen Umgebung lastet.“⁴ Das ist die andere Erfahrung gewesen, als ich endlich den Westen bereisen konnte, etwa beim Anblick der Gebäude der Landesbank Baden-Württemberg in Stuttgart, der immergleichen Einkaufstempel der westlichen (und nunmehr auch ostdeutschen) Städte, der autogerechten Stadtzentren und Suburbanisierungsfolgen. Die Ähnlichkeiten etwa zwischen Halle und Hannover irritierten mich. Was war da passiert, dass offenbar in beiden Staaten der Blick auf die Städte und vor allem ihr Zentrum versagt hatte, wenn im Westen vielleicht auch nicht systematisch oder flächendeckend? Vollends verunsichert war ich, als ich merkte, daß meine „Schule des Sehens“ häufig nicht geteilt wurde: über die Städte des Ostens wurde die Nase gerümpft; der Begriff der Platte, den ich vor der Wende gar nicht kannte, stand als Menetekel urbanen Niedergangs über allem. Aber Beton gab es auch andernorts, durchaus nicht filigraner in den Boden gebracht.

Bei allen Parallelen, die man zwischen Ost und West ziehen kann, hat der Osten bekanntermaßen von der gebremsten Aktivität eines Staates profitiert, der vieles einfach nicht finanzieren konnte. Der Mangel konservierte und führte letztlich dazu, daß nach dem Systemwechsel viel Geld in eine sachgerechte Restaurierung ganzer Innenstadtensembles investiert werden konnte. Als schönes Beispiel der Rettung in letzter Sekunde erinnere ich gern an das Andreasviertel in Erfurt, das uns vor Augen führt, wie wichtig der Blick aufs Ganze ist.

Gebäude und Stadtrauminterpretationen, deren Sterilität mich abstieß, die mehr bedeuteten als nur Unterbringung und Versorgung der Werktätigen, lernte ich erst dort kennen, wo das Kapital spricht und bestimmte Interessen architektonisch entfaltet werden. Mitscherlichs „Unwirtlichkeit der Städte“ und andere Texte las ich erst später. Hier war die DDR jedenfalls in ihrer Baugeschichte eine Monokultur, von einigen Spezialfällen wie dem Palast

der Republik einmal abgesehen. Plötzlich stand ich vor Gebäuden, Durchgängen und Wegen, die mir zu signalisieren schienen, nicht für mich da zu sein, die mir umgekehrt Respekt abnötigten, mich klein machten, zur Adoration zwangen, wie ich es früher allenfalls von Kirchen gekannt hatte. Oder Gebäude, die nur auf Kommerz ausgerichtet waren und für kurze Zeit die „schöne neue Welt“ für DDR-Bürger simulierten. Die Zwecke städtischer Architektur können sehr verschieden sein. Ein Maß zu finden, schien mir damals unmöglich, ich war nachhaltig verwirrt. Die exzessive Warenzirkulation tat der Stadt offenbar genauso wenig gut wie die Produktion aus allen Poren.

Heute ist Dubai als Beispiel einer einmaligen Form der Stadtentwicklung in aller Munde, spätestens mit der kürzlichen Eröffnung des höchsten Bauwerkes der Welt. In einem halben Jahrhundert vom Fischerdorf zur Metropole einer künstlichen Inselgruppe; von städtebaulichem Denkmalschutz, der Dialektik von Bewahren und Erneuern oder dergleichen dürfte dort wohl keine Rede sein. Eine Stadt, aus Größenwahn und Versatzstücken teils importierter Superlative geboren – bis hin zum Kulturangebot –, kann eigentlich nur eine homunculoöse Identität aufweisen, so muß man vermuten. Bei uns gibt es – wenn auch in Dimension und Funktionalität anders gelagert – ebenfalls Beispiele für Planstädte ohne lange oder zumindest konsistente Geschichte: die Stadt des KdF-Wagens (Wolfsburg)⁵, die Stadt der Hermann-Göring-Werke (Salzgitter)⁶ oder StalinStadt (Eisenhüttenstadt)⁷; sie laborieren mehr oder weniger intensiv und abhängig von der sie definierenden Industrie und Architektur an ihrer Identität. Sie sind kein Sediment des Siedelns von Menschen, sondern zunächst eindimensionale Zweckgebilde.

Identität, auch regionale Identität, kann gewiss neu geprägt werden. Nicht immer ist ein langer historischer Vorlauf notwendig, um Gemeinschaft zu konstituieren; doch wo er existiert und eine starke Spur hinterlassen hat, ist es wie mit der Loipe beim Ski: wer ausbricht, riskiert die sichere Gangart und scheitert im schlimmsten Falle. Ist die neue (zweckrationale) Idee der Traum von Wachstum ohne Grenzen, wie es bei Dubai zu sein scheint, wird sich

diese geborgte Utopie bald als Gestern im Heute erweisen. Dieses Stadium haben wir hoffentlich überwunden. Städte lassen sich nicht ungestraft umkrepeln oder ohne Not aus dem Boden stampfen, sie müssen vor einseitigen Interessen geschützt und besonnen weiterentwickelt werden. Es gibt so etwas wie ein „urbanes Unbewusstes“, das gegen ein rücksichtsloses Ich von Stadtpolitik rebelliert und sich im Geist einer Stadt manifestiert. „Wendezeiten“, so mein Eindruck, zeigen das eindringlich. Ich hatte immer das Gefühl, zur Hälfte drängt etwas in der Stadt nach Wiederentdeckung, zur Hälfte wird diese an die Stadt herangetragen.

Städte haben eine wichtige Gedächtnisfunktion, die auszulöschen oder zu entstellen Frevel ist. Wo eine Stadt – auf der Grundlage welcher Ideologie auch immer – erzwungen oder bezwungen wird, werden die Menschen sich lange reiben müssen, ehe sie sich behaust und eingebettet fühlen können, sofern sie keine modernen Nomaden sind. Damit rede ich keiner Restauration das Wort. Gerade in Dresden leide ich – bei aller Begeisterung für die alten Strukturen – am Neumarkt und seiner Kulissenhaftigkeit. Aber ich habe am eigenen Leib, in meiner eigenen Bildungsgeschichte erfahren, wie abhängig gerade der aufwachsende Mensch von der Sensibilität derer ist, die Stadtpolitik betreiben, wie mühsam nur Fehler korrigiert werden können. Man kann gar nicht umsichtig genug über historische Stadtkerne und Siedlungsanlagen diskutieren, denn eine einzige falsche Entscheidung kann wichtige Identifikationsräume zerstören und die Einmaligkeit differenter Formen von Stadtentwicklung auslöschen. Zwar noch lange bäumt sich dann der beschädigte Stadtkörper auf, doch wer interessiert sich dann noch hinreichend für die geschlossene Gestalt der europäischen Stadt im Pluralismus der Interessen? Ich denke, daß gerade junge Menschen in den Dialog mit sichtbarer regionaler Entwicklung eintreten können sollten, um Heimat finden, überhaupt erst nach vorn denken zu können. Ohne ein Wissen um das Ererbte, die Besonderheiten vor Ort, kann kein Bewusstsein für die Qualität des Gemeinwesens heranwachsen. In gewisser Weise müssen junge Menschen auch lernen, gegen den Zeitgeist unmodern zu sein, um ein Verständnis für gesunde Modernität zu entwickeln.

III. Heimat – Ein Aneignungsprozess

Ich bin begeistert von der Initiative „Kulturerbe macht Schule“ der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, die mit ihren Arbeitsblättern für den Unterricht eine tiefgründige und zielgruppenspezifische Auseinandersetzung mit Denkmälern und Denkmalschutz ermöglicht, leider bisher nur Kür im Lehrplan. Hier lernt man gleichsam sehen, Horizonte bilden und nicht – wie es mir erging – nur nacherzählen, was etwa die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik für das sozialistische Bauen bedeutete. Wer es nicht anders lernt – und kein Wendeerlebnis hat –, denkt nur in Magistralen, Versorgungszentren oder Stockwerken. Mit den Arbeitsblättern der Stiftung Denkmalschutz lernen die Schüler auch die Interessenkonflikte kennen, die der Umgang mit Gebäuden oder ganzen Ensembles erzeugt, deren Restaurierung nicht ohne weiteres finanzierbar scheint oder für deren Nutzung divergente Konzepte und Erwartungen aufeinanderprallen. Die Zukunft auch des städtebaulichen Denkmalschutzes liegt in der Bildung, in mündigen, kulturgeschichtlich, aber auch ästhetisch geschulten Bürgern, die sich mit ihrem Umfeld identifizieren, das Besondere wertschätzen können und nicht dem Uniformierten das Wort reden. Waren es bei mir damals die Grautöne, die ich im Wohngebiet schon für Farbe hielt, alte Häuser, die ich im Kontrast dazu als störend empfand, weil sie vom Schwamm zerfressen, vor sich hin bröckelnd die Straße verschandelten, so sind es bei manchen jungen Menschen heute nur sterile Glas- und Betonwände, die ansprechen, weil sie in einer globalisierten Welt die Sprache moderner Metropolen sprechen, futuristisch wirken wie die glatte Außenwand der Raumschiffe und Zukunftswelten der Science-fiction-Filme. Und sich darüber hinaus vielleicht gut besprühen lassen.

Ein Umgebendehaus mit seinen eher erdrückenden Stuben oder die schmalen Gassen von Goslar mit dem eigenen, weltweit vernetzten Leben in eine adäquate Verbindung zu bringen und diese zu kommunizieren, dürfte weitaus schwerer sein. Immer auch ist die Vergangenheit ein Gewicht, das zu Boden zwingt, das lähmen und erdrücken kann. Dann sind Formen von Beheimatung gefragt, gestaltete

Prozesse des Hineinwachsens und sich Anverwandeln. Wenn es einem historischen Stadtkern an einer Stadt gebricht, die lebendig ist, über eine Öffentlichkeit verfügt oder mehr ist als nur die Summe perfekt sanierter Häuser, kommt auch Denkmalschutz an Grenzen. Nehmen wir das Elsass. Wie gut, dass es heute französisch ist. Das war gleich mein erster Gedanke dort, etwas klischeehaft vielleicht, das räume ich ein. Die in Deutschland herrschende Differenz zwischen Zivilisation und Kultur, die Norbert Elias so treffend beschreibt, dort habe ich sie in ihrer relativen Absenz sofort verstanden. Wie viel authentischer wirken die Städte, wo es eine Lebensweise gibt, die mit ihnen gut korrespondiert. Fahren Sie nach Eschwege, und Sie erleben das Gegenteil: hübsche Fachwerkhäuser, ausschließlich italienische Gastronomie und leere Straßen – geborgte Aura, die nicht zur Entfaltung gelangt. Ich habe mich nirgends mehr gelangweilt; sogar Berlin-Marzahn ist interessanter, weil es dort eine authentische Öffentlichkeit gibt und gute russische Läden. Marzahn ist überhaupt besser als sein Ruf. Waren Sie schon einmal an der Wuhle spazieren, in Richtung Hellersdorf? Wenn es dämmert, sehen Sie die großen monolithischen Wohnblöcke im Abenddunst, wie ein Gebirge, dessen Erhabenheit sie erschauern macht.

Unmittelbar vor Ihnen eine Steppenlandschaft mit Rehen und Hasen, das Idyll von Trampelpfaden, die sofort ein Gefühl von Urlaub und Unabhängigkeit evozieren. Es ist eine Frage der Identifikation, der Apokryphe von Heimat, für die das Überlieferte, so wertvoll es sei, nur **eine** Bedingung darstellt. Auch ein historischer Stadtkern muß stets aufs Neue als Heimat angeeignet werden; er trägt die Potenz zu Großartigem in sich, ist gewiss ein siedlungsgeschichtlicher Wert an sich, aber die Menschen, die in ihm heimisch werden sollen, leben ihre immer neuen Geschichten, müssen ihn annehmen, eine Beziehung zu ihm finden, die mehr ist als ein oberflächlicher Reiz oder lediglich Wertebewusstsein. Auch eine beschädigte Stadt kann Heimat sein; die Menschen müssen erfahren und entdecken, welche Potenzen in ihrer Stadt stecken, um sie gegen Vereinnahmungen aktiv verteidigen zu können und Identität zu entfalten.

Das ist und bleibt die große Herausforderung für mich als Kulturpolitiker: Nicht nur stärken und erneuern, was vorher als Wert nicht ins recht Licht gerückt worden war, sondern interpretieren zusammen mit denen, die behaupt sein wollen und Zukunft entwickeln, wo die Spuren scheinbar zurück verweisen. Ohne Zukunft keine Vergangenheit, heißt es so schön. Welches Motto würde der Arbeit eines Denkmalschützers besser gerecht?

Tobias J. Knoblich

Geschäftsführer Landesverband Soziokultur Sachsen,
Mitglied und Sprecher des Sächsischen Kultursenats,
Vizepräsident der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V. sowie
Vorsitzender der Sächsischen Jugendstiftung, Dresden

¹Vgl. Jana Hensel: Zonenkinder, Reinbek 2002

²Vgl. Richard Sennett: Fleisch und Stein. Der Körper und die Stadt in der westlichen Zivilisation (1994), Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1997

³ Die 16 Grundsätze des Städtebaus vom 27. Juli 1950, zuerst abgedruckt in: Ministerialblatt der DDR Nr. 25 vom 16.09.1950, hier zitiert nach dem Quellenanhang in: Andreas Ludwig: Eisenhüttenstadt. Wandel einer industriellen Gründungsstadt in fünfzig Jahren, Brandenburgische Historische Hefte Nr. 14, Potsdam 2000: Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, S. 111

⁴ Sennett, a.a.O., S. 21

⁵ Gegründet am 1. Juli 1938 bei Fallersleben im Kontext einer wirtschaftspolitischen Propaganda („Automobilisierung der Bevölkerung“) des Naziregimes. Hitler pries sie in seiner Rede bei der Grundsteinlegung als „Lehrstätte“ der Stadtbaukunst für vorbildliche deutsche Arbeiterstädte.

⁶ Gegründet am 1. April 1942 aus sieben Ortschaften des ehemaligen preußischen Kreises Goslar und 21 des braunschweigischen Kreises Wolfenbüttel durch den Reichsstatthalter von Anhalt und Braunschweig. Sie erhielt zunächst den Namen Watenstedt-Salzgitter. Bereits am 15. Juli 1937 hatten die Nationalsozialisten die Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten „Hermann Göring“ (Hermann-Göring-Werke) gegründet. 1940 wurde das Arbeitserziehungslager Hallendorf (Lager 21) errichtet.

⁷ Eisenhüttenstadt gilt als die erste „sozialistische“ Stadt der DDR und ist als reine Planstadt am 7. Mai 1953 als Stalinstadt gegründet worden (Gründung des Eisenhüttenkombinats Ost 1951).

Zum Programm



Fontanestadt Neuruppin, Brandenburg | complan Kommunalberatung

Stand des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz

Hathumar Drost

Daniela Michalski

Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz

295 Städte aus dem gesamten Bundesgebiet wurden mittlerweile in das Bund-Länder-Programm Städtebaulicher Denkmalschutz aufgenommen – 178 Programmstädte in den neuen Ländern und 117 Städte in den alten Ländern setzen aktuell mit Hilfe von Fördermitteln Maßnahmen in historischen Stadtquartieren um. In den alten Ländern etabliert sich das Programm zunehmend als Leitprogramm für die Wiedergewinnung bauhistorischer Qualitäten im Zuge der Erneuerung und Weiterentwicklung historisch bedeutsamer Stadtquartiere und nicht zuletzt für eine enge, konstruktive und zukunftsweisende Zusammenarbeit von Stadtplanern, Architekten und Denkmalpflegern. Das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz ist damit maßstabsetzend für eine an den historischen Kulturgütern ausgerichtete Stadtentwicklung.

Evaluierung des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz

Im Gegensatz zu den 117 neu aufgenommenen Städten blicken die Programmstädte in den neuen Ländern auf fast 20 Jahre Erfahrung im Städtebaulichen Denkmalschutz zurück. Die Erkenntnisse, die sich aus den frühen Jahren des Förderprogramms gewinnen lassen, werden derzeit mit Hilfe der Evaluierung Städtebaulicher Denkmalschutz Ost ermittelt.

An der Kommunalbefragung im Rahmen der Evaluierung haben sich nahezu alle Programmstädte beteiligt. Zwar liegen die endgültigen Ergebnisse der Datenanalyse noch nicht vor, doch bestätigen erste Auswertungen das, was das Erscheinungsbild der historischen Stadtkerne längst vermuten lässt: mit insgesamt 1,85 Mrd. Euro, die der Bund bis 2008 zur Verfügung gestellt hat, wurde Außerordentliches erreicht. Da die Bundesmittel in der gleichen Höhe

noch einmal durch Landesmittel und zur Hälfte wiederum durch kommunale Eigenmittel ergänzt werden, konnten die historische Bausubstanz in zahlreichen Städten der neuen Ländern erhalten und saniert werden.

Die Impuls- und Synergieeffekte, welche durch die Förderung ausgelöst wurden, waren entscheidend für die Zielerreichung. Private Eigentümer haben umfangreich in ihr Eigentum investiert und somit erheblich zur Qualität der Stadtbilder beigetragen. Da meist regionale Handwerksbetriebe mit der Sanierung beauftragt wurden, hat das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz zudem wesentlich zur Stärkung der lokalen Wirtschaft beigetragen. Stabilere Einwohnerzahlen, Einzelhandelsansiedlungen und zunehmender Tourismus sind zusätzlich nachweisbare Erfolge.

Der positive Eindruck, den die historischen Stadtkerne zwischenzeitlich in den Bereichen zwischen Rathaus, Markt und Kirche vermitteln, darf nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass noch Vieles zu tun ist. Weiterhin sind wertvolle Einzelobjekte und zum Teil zusammenhängende Gebäudeensembles in ihrer Substanz bedroht. Leerstand in allen Lagen der Stadtkerne beeinträchtigt die Lebendigkeit und trotz positiver Tendenz haben sich die historischen Stadtkerne als attraktive innerstädtische Wohnstandorte bislang nicht ausreichend etabliert. Die Sanierung wird meist erschwert durch Finanzierungsprobleme der Eigentümer, schwierige Besitzverhältnisse oder fehlendes Investitionsinteresse. So entsteht in den historischen Stadtkernen häufig der Eindruck einer Schwarz-Weiß-Situation: Leerstand und baulicher Verfall stehen im starken Kontrast zu liebevoll sanierten Schmuckstücken.



Abb. 1 | Cranach-Höfe in der Lutherstadt Wittenberg, Sachsen-Anhalt

Programmstart Städtebaulicher Denkmalschutz in den alten Ländern

Im Gegensatz zum Erscheinungsbild der ostdeutschen Altstädte hat sich über die historischen Stadtquartiere der alten Länder häufig ein Grauschleier gelegt. 20 Jahre Sanierungsstau haben vielerorts Ihre Spuren hinterlassen und machen eine neue Sanierungsperiode notwendig. Seit 2009 können in den Städten Mittel aus dem Programm Städtebaulicher Denkmalschutz eingesetzt werden. Die vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung berufene Expertengruppe Städtebaulicher Denkmalschutz hat ihre regelmäßigen Arbeitstreffen bewusst in Programmstädten veranstaltet, die neu in das Programm aufgenommen wurden, und dabei festgestellt: die Fragestellungen und Themenfelder, mit denen sich die historischen

Städte in den alten Ländern auseinandersetzen, sind nahezu identisch mit den Aufgaben, die nun auch auf die neuen Länder zukommen. Die Anpassung der Städte an den demografischen Wandel, die Auseinandersetzung mit dem Klimaschutz in historischen Stadtquartieren oder auch Nutzungskonflikte, die sich durch den Verkehr oder im Einzelhandel in den Altstadtquartieren ergeben, stellen die Städte im gesamten Bundesgebiet vor die gleichen Herausforderungen. Die Expertengruppe hat zu diesen Themen in den Jahren 2009 und 2010 die Stadt Hattingen (Nordrhein-Westfalen), die Hansestadt Lübeck (Schleswig-Holstein), die Freie und Hansestadt Hamburg sowie Diemelstadt (Hessen) bereist, im Jahr 2008 bereits die Stadt Regensburg (Bayern).



Abb. 2 | Altstadt von Regensburg, Bayern

(zurück) zu gewinnen, zählen zu den Strategien, welche die Region stabilisieren sollen. Die Stadt wiederum setzt auf die Gestaltung des öffentlichen Raums und vergrößert Grundstücke, um die Attraktivität als Wohnstandort zu steigern. Begleitet wird der Prozess von einer zunehmenden Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt, die sich in der Arbeit von Geschichts- und Heimatvereinen niederschlägt. Bleibt zu hoffen, dass mit Unterstützung der Bürger der Verlust der schützenswerten Bausubstanz verhindert werden kann.



Abb. 3 | Fachwerk in Diemelstadt, Hessen

Leerstand in strukturschwachen Regionen

Im Rahmen des Stadtumbaus wurde für die Stadt Diemelstadt bis 2020 ein Bevölkerungsrückgang von 7-8 % prognostiziert, 1/3 der Bevölkerung wird zu diesem Zeitpunkt voraussichtlich über 60 Jahre alt sein. Die Einwohnerverluste wirken zunächst nicht dramatisch. Doch mit 224 Denkmälern in der Stadt sind bereits heute einige schützenswerte Gebäude im Kern des Fachwerkstädtchens von Leerstand und Verfall betroffen. Die Alterung der Bevölkerung wird die Situation besonders im Stadtkern weiter verschärfen. Was kann unternommen werden, wenn denkmalgeschütztes Fachwerk nicht den Ansprüchen an seniorenrechtliches Wohnen gerecht wird und baulicher Verfall zunehmend das Ortsbild beeinträchtigt? Sowohl das Land Hessen als auch die Akteure in Diemelstadt stellen sich mit Kreativität und Verantwortungsbewusstsein den aktuellen Herausforderungen. Vermarktungskonzepte, um ehemalige Bewohner oder auch Ortsfremde mit Interesse an einem Zweitwohnsitz

Entwicklungsdruck in strukturstarken Gebieten

Im Gegensatz zu den Entwicklungen in eher ländlichen Räumen steht die Hansestadt Lübeck aufgrund der starken Nachfrage durch Einheimische und Touristen unter starkem Entwicklungsdruck. Seit 1987 UNESCO-Welterbe, gilt es, die aktuellen Nutzungsanforderungen mit den besonderen Gestaltungsbedingungen auf der Altstadtinsel zu vereinbaren. 9.300 Wohneinheiten für 13.600 Einwohner und 130.000 qm Verkaufsfläche finden sich in den Bürger- und Kaufmannshäusern sowie in ergänzenden Neubauten. In Reaktion auf die zunehmende Nachfrage entwickelt die Stadt derzeit ein weiteres innerstädtisches Quartier für Wohn- und Dienstleistungsangebote. Wo bislang eine Zeilenbebauung aus den 50er Jahren durch eine Berufsschule genutzt wurde, wird in Zukunft eine geschlossene Blockrandbebauung die ehemalige Stadtstruktur wieder aufgreifen. Der Abriss des Schulkomplexes hat umfangreiche Grabungen ermöglicht, die zu überraschenden Ergebnissen ge-

führt haben: mittelalterliche Fundamente wurden freigelegt, die bis ins Jahr 1152 zurück reichen. In den Grabungen liegt nun ein großes Potenzial für die weitere Stadt- und Quartiersentwicklung. Wenn es gelingt, die historischen Fragmente in die künftige Bebauung zu integrieren, die Funde also „in situ“, am Grabungsort selbst zu erhalten, können spannende architektonische Wechselwirkungen und eine besondere Standortprofilierung gelingen.



Abb. 4 | Grabungen auf der Altstadtinsel der Hansestadt Lübeck, Schleswig-Holstein

Ausblick

Die gesamte Spannweite zwischen strukturschwachen und strukturstarken Regionen, zwischen ländlich geprägten Gebieten und Großstadt, zwischen abnehmenden und zunehmenden Bevölkerungszahlen bestimmt die künftige thematische Ausrichtung des Bund-Länder-Programms. Im Jahr 2009 standen zur Bewältigung der Aufgaben im Städtebaulichen Denkmalschutz 115 Mio. Euro an Bundesmitteln zur Verfügung, 85 Mio. kommen in den neuen und 30 Mio. in den alten Ländern zum Einsatz. Im Jahr 2010 sind es rund 100 Mio. Euro (70 Mio. Euro neue Länder, 30 Mio. Euro alte Länder). Auch mit perspektivisch abnehmenden Fördermitteln wird das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz dazu beitragen, weiterhin gute und qualitätvolle Antworten auf die aktuellen Herausforderungen in historischen Stadtquartieren zu finden und den Erhalt wie die Sanierung historisch wertvoller Bausubstanz in den Städten zu ermöglichen.



Abb. 5 | Altstadt von Ueckermünde, Mecklenburg-Vorpommern

Bildnachweis

Alle Abbildungen complan Kommunalberatung

Hathumar Drost

Seit 1991 geschäftsführender Gesellschafter von complan Kommunalberatung mit Sitz in Potsdam. Diplom-Pädagoge / TU Berlin sowie Studium und praktische Tätigkeiten in den Bereichen Sozialarbeit sowie Stadt- und Regionalplanung. Seit 2008 Leiter der Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz. Seit 2003 Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft „Städte mit historischen Stadtkernen“ des Landes Brandenburg und seit 2007 Mitglied im Kuratorium Kulturland Brandenburg. Zusätzliche Mitgliedschaft in DASL, BDB, SRL und Deutscher Werkbund.

Daniela Michalski

Seit 2005 Mitarbeiterin bei complan Kommunalberatung. Seit 2008 Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz. Nach dem Studium der Architektur und Stadtplanung an der Universität Hannover Städtebaureferendariat bei der Bezirks-Regierung Hannover, seit 1999 Bauassessorin. Im Anschluss Mitarbeit in verschiedenen Planungsbüros in Hannover und Berlin.

Stadt bauen. Stadt leben.

Nationaler Preis für integrierte Stadtentwicklung und Baukultur

Dr. Marta Doehler-Behzadi

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Die Europäische Stadt ist lebendige Geschichte und erlebbare Stadtgestalt, demokratische Einheit und Raum sozialer Integration. Aber demografische Entwicklungsprozesse, der Wandel von Wirtschaftsstrukturen und Klima stellen die Städte, Gemeinden und Regionen vor große Herausforderungen. Sie haben darauf in den letzten Jahren im Rahmen ihrer Stadtentwicklung mit zahlreichen Projekten, Initiativen, Verfahren usw. reagiert. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat mit der Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt richtungsweisende Aussagen für die Stadtentwicklung getroffen. Ihnen liegt ein Verständnis zugrunde von einer sozial gerechten Stadtgesellschaft, einer gesunden Umwelt und einer im ökologischen Sinne nachhaltigen Stadtentwicklung sowie von einem ökonomisch erfolgreichen Standort. Dies kann nur in einer baulich attraktiven und lebendigen Stadt gelingen, die sich ihrer Traditionen bewusst ist und mit allen zivilgesellschaftlichen Akteuren die Zukunft gestaltet.

Um dieses Anliegen zu unterstützen und die bereits erreichten guten Ergebnisse in eine breite Öffentlichkeit zu vermitteln, hat das BMVBS im Februar 2009 einen Wettbewerb um den Nationalen Preis für integrierte Stadtentwicklung und Baukultur unter dem Titel „Stadt bauen. Stadt leben.“ ausgeschrieben. Dieser richtete sich an alle Städte und Gemeinden, Projektträger sowie zivilgesellschaftliche Initiativen, die aufgefordert waren, sich mit realisierten Beiträgen der letzten zehn Jahre zu bewerben. Die Ziele des Wettbewerbs bestanden darin, den „State of Art“ in Deutschland zu erfassen, herausragende Projekte und vorbildliche Initiativen zu würdigen und in die Öffentlichkeit zu vermitteln. Mit der Vergabe des Preises würdigte das BMVBS realisierte Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung in Stadt und Region, die zur Nachahmung, zu neuen Über-

legungen und weiterem Handeln anregen.

Die Auszeichnungen wurden in fünf Kategorien vergeben. Sie stehen für Themen und Herausforderungen, mit denen die Städte umgehen müssen: Baukultur, regionale Entwicklung und Vernetzung, soziale Fragen, ziviles Engagement und eine ökologisch nachhaltige Stadtentwicklung für eine klimagerechte Stadt. Der besondere Anspruch des Wettbewerbs lag auf der integrierten Stadtentwicklung. Gemeinden, Städte und Regionen gelten dabei insgesamt als Gestaltungs- und Möglichkeitsräume, die Chancen und Perspektiven unserer Gesellschaft anbieten. Die Projekte und Verfahren des Wettbewerbs waren im besten Falle Impulse für eine erfolgreiche und integrierende Stadtentwicklung, die Nachhaltigkeit, Baukultur und das Zusammenleben der Menschen in unseren Städten zusammenbringt.

Der Wettbewerb richtete sich an alle, die sich für ihre Stadt engagieren. Es sollte sichtbar werden, was an hervorragenden Stadtentwicklungsprojekten in Deutschland bereits existiert. Das sollte u. a. durch eine breite Beteiligung erreicht werden, bei der das BMVBS als Auslober von Projektpartnern (Kammern, Vereine, Verbände und Stiftungen) unterstützt wurde, die als Multiplikatoren aktiv auf Städte und Gemeinden, Projektträger sowie zivilgesellschaftliche Initiativen zuzugingen und diese zur Mitwirkung aufforderten. Das Verfahren wurde als Projekt der Initiative Architektur und Baukultur und der Nationalen Stadtentwicklungspolitik durchgeführt; es wurde durch die Bundesländer und die kommunalen Spitzenverbände unterstützt. Es wurde am 23.02.2009 ausgeschrieben, die Abgabe der Wettbewerbsbeiträge erfolgte am 23.04.2009. Zahl und Qualität der Einreichungen sprachen für sich. Mit insgesamt rund 430 eingereichten Projekten aus 221 Städten und Gemeinden aus allen Bundes-

ländern hatte der Wettbewerb eine hervorragende Resonanz. Noch nie wurden bundesweit Breite und gleichzeitig Spitze aus Stadtentwicklung und Baukultur in einem Wettbewerb so umfassend abgebildet.

Allein in der Kategorie „Städte besser gestalten – Baukultur“ wurden 176 Beiträge eingereicht. Hier wurden solche Projekte gewürdigt, die sich mit dem Neubau, dem Umbau, der Umnutzung oder der Sanierung im städtebaulichen Kontext der Städte und Gemeinden auseinandersetzen. Das Spektrum reichte von einzelnen Gebäuden und baulichen Anlagen über städtebauliche Ensembles und öffentliche Räume, Parks und Grünanlagen bis hin zu komplexen Entwicklungskonzepten für Standort- und Quartiersentwicklungen.

Nicht etwa nur bei den ausgezeichneten Arbeiten, nein, in der Gesamtschau aller Einreichungen wurde deutlich, in welchem starkem Maße die Stadtgestalt einem Wandel unterworfen ist. Aktuelle Herausforderungen an die Stadtentwicklung wie demografische Veränderungen, Ausdifferenzierung der Gesellschaft und der Lebensentwürfe, wirtschaftliche Umstrukturierungen und veränderte Umweltbedingungen erfordern konkrete Reaktionen in Form von Umbau, Umnutzung, baulichen Ergänzungen oder Neuinterpretationen der bisherigen Bau- und Raumstrukturen. Sie bilden sich als neue oder neu gestaltete Stadtbausteine in Stadtbild und Stadtstruktur deutlich ab. Dabei sind die Bewahrung des baukulturellen Erbes sowie der Erhalt und die Weiterentwicklung des Bestands ebenso wichtige Elemente der Stadtentwicklung wie die Suche nach einem zeitgenössischen Ausdruck für heutige und zukünftige Ansprüche.

Die Innenentwicklung der Städte ist und bleibt eine zentrale Aufgabe. Aus der Nutzung gefallene bauliche Areale von Gewerbe und Industrie, Bahn, Hafenfunktionen und Militär – oft in zentralen Lagen – können historische Stadtquartiere und Zentrenlagen erweitern und ergänzen. Vielerorts entstehen städtische Bereiche großer Vielfalt und öffentliche Räume von bislang in diesen Orten nicht vorzufindenden städtebaulichen Qualitäten. Die Bremer Havenwelten zum Beispiel haben mit einer groß-

en gestalterischen Sicherheit und einer robusten, an die Vergangenheit des Gebietes anschließenden Formensprache eine neue Identität für das Gebiet geschaffen, die Elemente der alten Hafennutzung aufgreift.

Ganze Stadtquartiere können in den Prozessen der Stadtentwicklung eine neue Gestalt, neue Nutzer und ein neues Image finden, zum Beispiel das Gebiet an der Weißen Elster und dem Karl-Heine-Kanal in Leipzig. Es ist der Schauplatz einer beispielhaften Transformation vom schmutzigen Industriestandort zum lebenswerten Stadtteil mit einer attraktiven Mischung aus Wohnen, Arbeiten und Freizeit am Wasser. In einem von der Stadt initiierten Prozess des nachhaltigen Stadtumbaus ist es gelungen, unter Beteiligung einer Vielzahl von Bauherren und Planern eine durchgehend hohe gestalterische Qualität zu schaffen und dabei die für das vom gründerzeitlichen Erbe geprägten Quartier typischen, identitätsstiftenden Elemente, etwa Baudenkmäler, Gewässer und Gleisanlagen, zu erhalten. Dieses lebendige Quartier ist besonders für junge, kreative Menschen ein Anziehungspunkt.

Auch die Denkmalpflege und der städtebauliche Denkmalschutz wurden in der Kategorie Baukultur gewürdigt. Die öffentlichen Räume in der Mitte von Schmalkalden zeigen eine hohe Gestaltqualität; sie vereinen Gestaltsmerkmale unterschiedlicher Epochen und bringen sie in einen neuen, heutigen Gesamtzusammenhang. Die historischen und modernen Plätze werden als Orte des kulturellen und öffentlichen Lebens inszeniert. Ein übergeordnetes Kunstkonzept thematisiert vorgefundene historische Spuren.

Die ‚Kleine Stadt ganz groß: Iphofen‘ verkörpert das Ergebnis jahrzehntelanger Bemühungen in der Sanierung der Altstadt auf der Grundlage einer städtebaulichen Rahmenplanung. Eine Gestaltungssatzung sorgt für die qualitätvolle Ausführung der Baumaßnahmen. Mit großem Engagement der Stadt und zahlreicher Bewohner und Eigentümer wurde in kleinen Entwicklungsschritten in maßvoller und architektonisch anspruchsvoller Weise das städtebauliche Ensemble der Altstadt revitalisiert. Mehr als 250 große und kleine öffentliche

und private Vorhaben haben inzwischen aus der Altstadt Iphofen einen Ort mit hoher Lebensqualität und Baukultur gemacht.

Zahlreiche Projekte belegen im generellen Herangehen wie auch im kleinsten Detail, wie erfolgreich neue Nutzungsanforderungen in den historischen Kontext eines Gebäudes oder Gebietes eingebracht werden können, zum Beispiel das Kloster Zarrentin am Schalsee oder das Evangelische Gemeindezentrum Großziethen. Gelungen, ja beglückend sind die Begegnungen von alter Stadt und neuer Architektur und Freiraumplanung, so im Angerviertel von München mit dem Jüdischen Gemeindezentrum und Museum, der Synagoge, dem Stadtmuseum und der Schrankenhalle sowie den verbindenden öffentlichen Freiräumen auf der Nördlichen Hafeninsel Stralsund mit dem Ozeaneum oder am innerstädtischen Campus der Martin-Luther-Universität Halle, der die Altstadt mit den neu errichteten Universitätsbauten durch ein Gewebe von öffentlichen Plätzen verknüpft. In der Neuen Mitte Ulm wurde durch zwei prominente Neubauten eine Lücke im städtischen Gefüge geschlossen und die Reparatur des gestörten Systems öffentlicher Räume erreicht.

Die Bewertung der mehr als 430 eingereichten Projekte wurde durch fünf Preisgerichte vorgenommen. Die eingereichten Projekte wurden in Hinblick auf ihren integrierenden Ansatz, ihren Beitrag für die Entwicklung in Quartier, Stadt und Region sowie nach ihren baukulturellen Qualitäten beurteilt. Dabei wurden die Kriterien wie Gestaltqualität, Vielfalt der Akteure, Innovation und Vorbildcharakter, Wirkung und Nachhaltigkeit herangezogen. Am Ende der zweitägigen intensiven Diskussionen in den Preisgerichten am 19. und 20.05.2009 in Berlin, die für alle Kategorien am gleichen Ort und in gegenseitigem Austausch stattfanden, wurden 43 Preise und 12 Sonderpreise verliehen. Alle für die Prämierung vorgeschlagenen Wettbewerbsbeiträge wurden am 24.06.2009, dem Vorabend des 3. Bundeskongresses Nationale Stadtentwicklungspolitik in Essen, ausgezeichnet. Die Juryvorsitzenden präsentierten die Preisträgerprojekte vor etwa 500 Besuchern der Veranstaltung; der damalige Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtent-

wicklung, Wolfgang Tiefensee, zeichnete die Autoren und Autorinnen der Beiträge mit einer Urkunde aus. Darüber hinaus wurden die Wettbewerbsbeiträge in einer Dokumentation zusammengefasst, die wenige Wochen nach Abschluss des Verfahrens erschien. Da die erste Auflage schnell vergriffen war, wird derzeit eine Nachauflage produziert; Bestellungen sollten an die Geschäftsstelle der Initiative Architektur und Baukultur beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung gerichtet werden (architektur.baukultur@bbr.bund.de, www.architektur-baukultur.de).

Architektur, Baukultur und Stadtentwicklung sind Dauerthemen. Die Gestaltung und Entwicklung unserer Städte, Gemeinden und Regionen betreffen alle Menschen. Sie brauchen daher ein hohes Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit. Die Preise im Nationalen Preis für integrierte Stadtentwicklung und Baukultur sind daher sowohl Anerkennung für herausragende Leistungen als auch ein Schaufenster der hohen Maßstäbe deutscher Stadtentwicklung. Die eingereichten Arbeiten bilden die Grundlage für eine vom Bundesbauministerium beauftragte große Stadtausstellung im Jahr 2010, die im Oktober und November in Berlin stattfinden wird.

Dr. Marta Doehler-Behzadi

Seit November 2007 Leiterin des Referats Baukultur und Städtebaulicher Denkmalschutz im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Stadtplanungsstudium an der Hochschule für Architektur und Bauwesen (HAB) Weimar 1975 - 1980, anschließend bis 1984 Forschungsstudium. 1984 - 1990 Tätigkeit im Büro des Chefarchitekten der Stadt-Leipzig. 1986 Promotion. Ab 1991 Tätigkeit als freiberufliche Stadtplanerin. 1991 - 2007 Büro für urbane Projekte Leipzig.

Der Beitrag des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz zur Integrierten Stadtentwicklung in Sachsen-Anhalt

Maik Grawenhoff

Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt

Das Ziel des seit dem Jahr 1991 existierenden Programms Städtebaulicher Denkmalschutz war und ist die Revitalisierung bedeutender historischer Stadtkerne. Mit der Umsetzung des Programms verbinden sich aber auch zwei ganz besonders wichtige Anliegen der modernen Stadtentwicklung: Es sollen einerseits baukulturelle Werte erhalten und andererseits gleichzeitig ein Lebensumfeld für Menschen gestaltet werden, dass den zeitgemäßen Ansprüchen von Bewohnern und Nutzern der Stadt gerecht wird.



Abb. 1 | Holzmarkt, Lutherstadt Wittenberg

Mit dem im Jahr 2007 in der Leipzig-Charta entwickelten Leitbild einer integrierten Stadtentwicklungspolitik wurden neue Maßstäbe in diversen stadtentwicklungsrelevanten Handlungsfeldern gesetzt. Zur Umsetzung des Ansatzes der integrierten Stadtentwicklung wurden auf europäischer und nationaler Ebene Strategiepapiere entwickelt, die bei der Umsetzung der Zielvorstellungen eine Richtschnur bilden sollen. Entscheidend ist dabei vor allem die Selbstverpflichtung, die Strategie der integrierten Stadtent-

wicklung zu verfolgen. Eine Stadtentwicklung, die eine an den Zielen der Nachhaltigkeit orientierte und fachübergreifend konzipierte Planung gewährleistet.

Die Bedeutung eines solchen konzeptionellen und integrierten Ansatzes der Planung ergibt sich insbesondere aus der Tatsache, dass die Innenstädte Deutschlands und damit zahlreiche historische Kerne derzeit einen tief greifenden Funktionswandel erleben. Dieser hat unterschiedliche Ursachen. Die demografische Entwicklung, Verwaltungs- und Gebietsstrukturreformen, neue Standortpolitiken des Einzelhandels, zunehmende Umweltprobleme, sich wandelnde Ansprüche an Wohn- und Lebensqualitäten und nicht zuletzt die oftmals leider dramatische Situation der kommunalen Finanzen.

Der Funktionswandel führt dazu, dass viele innerstädtische Kerne ihre klassischen Aufgaben zum Teil verlieren und sich neuen Nutzungsansprüchen stellen müssen. Die Phase des Umbruchs prägt das Erscheinungsbild vieler Städte – auch in Sachsen-Anhalt – oftmals nachteilig. Ob es sich dabei um umfangreichen Leerstand, um innerstädtische Brachflächen oder um verfallende, unsanierte Gebäude handelt – der Zustand stellt vielerorts einen städtebaulichen Missstand dar, der Investitionen blockiert oder auch weitere Missstände erzeugt.

Der vielerorts als „Transformationsprozess“ bezeichnete Wandel bietet aber auch die Chance, den historischen Bestand konzentriert für neue Nutzungen zu entwickeln und in denkmalverträglicher Weise wieder in Wert zu setzen. Längst ist dabei auch die Bedeutung von attraktiven und vitalen Innenstädten mit Alleinstellungsmerkmalen deutlich geworden, die sich als starker Standort- bzw. Wirtschaftsfaktor für die Entwicklung der Gesamtstadt erweisen.



Abb. 2 | Blick in die Collegienstraße, Lutherstadt Wittenberg

Die Fokussierung der Stadtentwicklung auf die Kernbereiche der Städte trifft in Wachstums- und Schrumpfungsräumen gleichermaßen zu. Der Rückgang der Bevölkerung in den nicht auf Wachstum orientierten Regionen, in Sachsen-Anhalt sind dies vor allem die Klein- und Mittelstädte, hat bereits seit längerem die Planung städtischer Rück- bzw. Umbauprozesse erforderlich gemacht. Das Ziel ist dabei stets die Anpassung der gebauten Umwelt an den quantitativen und qualitativen Bedarf von immer weniger Bewohnern. Mit dem Rückbau der Städte von außen nach innen sowie der Konzentration auf den (historischen) Kernbereich, die Innenstadt, soll eine Stärkung der Gesamtstadt erzielt werden.

Die Schrumpfung der Städte ist für den Städtebau und die Wohnungswirtschaft in Deutschland ein grundsätzlich neues und in der Dimension noch nicht endgültig abschätzbares Problem, von dem Sachsen-Anhalt sehr schwer betroffen ist. In dieser Situation ist es naheliegend, alle materiellen aber auch geistigen Ressourcen des Landes zu bündeln.

Mit der Internationalen Bauausstellung in Sachsen-Anhalt, „IBA Stadtumbau 2010“, wird in vielfältiger Weise versucht, Lösungen für den Funktionswandel der Städte zu entwickeln. In 19 Städten des Landes wurden vielfältige IBA-Projekte entwickelt. In 14 von ihnen befinden sich im innerstädtischen Kern Erhaltungsgebiete, in die Mittel aus dem Bund-Länder-Programm des Städtebaulichen Denkmalschutzes fließen.

Die Internationale Bauausstellung befasst sich im Schwerpunkt mit der Thematik, dass Städte sich heute nicht mehr am Leitbild einer stetig wachsenden Stadt orientieren können. Sie müssen sich mittelfristig auf weiter sinkende Einwohnerzahlen und eine veränderte Generationenstruktur einstellen. Die „IBA Stadtumbau 2010“ in Sachsen-Anhalt ist als „Versuchslabor“ für die Entwicklung von Konzepten zu verstehen, mit denen Städte auch bei anhaltender Schrumpfung nutzungsstrukturell funktionsfähig und vor allem auch städtebaulich attraktiv bleiben. Es entstehen also, unterstützt durch die Stadtentwicklungskonzepte, exempla-

rische Lösungen für den notwendigen Umbau der Städte und dies insbesondere vor dem Hintergrund verschiedenartiger Schrumpfungprozesse.

Nach den Ergebnissen der durch das Statistische Landesamt Sachsen-Anhalt unter Federführung des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr erarbeiteten 3. Regionalisierten Bevölkerungsprognose 2002 bis 2020 lebten auf dem Gebiet Sachsen-Anhalts 1989 noch rund 3 Mio. Menschen. Im Jahr 2003 waren es noch 2,5 Mio. und bei einer Fortdauer der heutigen Trends würden 2020 nur noch rund 2 Mio. Menschen in Sachsen-Anhalt leben.

Sachsen-Anhalt ist damit das Bundesland mit den stärksten Auswirkungen des demografischen Wandels. Das betrifft hinsichtlich der Veränderungen seit 1990 sowohl die Entwicklung der Einwohnerzahl insgesamt als auch die Veränderung der Bevölkerungsstruktur nach Alter und Geschlecht. Nach Aussagen der aktuellen Bevölkerungsprognose der Landesregierung Sachsen-Anhalts betrifft dies auch die zu erwartenden Entwicklungen in zukünftigen Jahren.

Damit wird das Land Sachsen-Anhalt in nur einer Generation ein Drittel seiner Einwohner verloren haben. Gleichzeitig altert die Bevölkerung ganz erheblich. Durch die demografische Entwicklung, vor allem seit 1989, ergibt sich für die Bevölkerung des Landes eine zunehmend ungünstige Altersstruktur (sehr hoch besetzte Jahrgänge älterer Menschen, sprunghaft gestiegene Lebenserwartung, extrem niedrige Geburtenzahlen), welche voraussichtlich auf Jahrzehnte einen Bevölkerungsrückgang nach sich ziehen wird.



Abb. 3 | Sanierte Tangermünder Stadtmauern im Bereich der Putinnen-Türme

Umso bedeutsamer werden sich für die Städte des Landes konzeptionelle Überlegungen zur nachhaltigen und integrierten städtebaulichen Entwicklung darstellen. Mit den Stadtentwicklungskonzeptionen werden die Grundlagen für ein integratives Herangehen geschaffen, denn der rasante Bevölkerungsverlust und die Überalterung bewirken zunehmend auch die Verödung der Innenstädte, die Notwendigkeit des Rückbaus der technischen Infrastruktur und die Rückentwicklung der sozialen Infrastruktur. Dies erfordert ein integriertes Herangehen, neue Antworten zur Stadtentwicklung und vor allem den Konsens der beteiligten Akteure.

Das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt hat sehr früh Stadtentwicklungskonzeptionen erstellen lassen und die Städte im Zusammenhang mit der Erarbeitung und Fortschreibung ihrer Konzeptionen stets darauf hingewiesen, dass hierbei Einzelfragen nur vor dem Hintergrund der Gesamtschau auf die Probleme richtig betrachtet werden können. Das heißt, es muss immer der Bezug zur gesamten Stadt oder sogar zur Region und auch der Zusammenhang zu allen Faktoren der Stadtentwicklung wie beispielsweise der Wirtschaft, dem Handel, der Stadttechnik und dem Verkehr hergestellt werden, bevor stadtquartiersbezogene Aussagen richtig getroffen werden können.

In diesem Kontext ist auch der integrierende Beitrag des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz zu sehen. Die zu klärenden Fragen hinsichtlich bedeutender Projekte im Altstadtbereich sind vor dem Hintergrund gesamtstädtischer Zielstellungen zu sehen und in Anbetracht der degressiv verlaufenden Fördermittel sowie der oftmals begrenzten finanziellen Möglichkeiten der Kommunen in ihrer Priorität entsprechend abzuwägen. Als Strategie der erhaltenden Stadterneuerung und als Programm der Städtebauförderung von Bund und Ländern trägt der Städtebauliche Denkmalschutz jedoch wesentlich dazu bei, die Aufgaben einer zukunftsfähigen Entwicklung von Städten mit bedeutsamer historischer Innenstadt zu erfüllen.

In dieser komplexen Situation spielt die Bewahrung und behutsame Stadterneuerung eine bedeut-

same Rolle für die Lebensqualität der Menschen. Integrierte Strategien und ein damit verbundenes frühzeitiges Zusammenspiel aller beteiligten Akteure müssen in einer Weise erfolgen, die Synergieeffekte für eine dauerhafte Nutzungsstärke der Innenstädte schaffen. Der immer bedeutender werdende Wirtschaftsfaktor, den die historisch wertvollen Innenstädte darstellen, ist mittlerweile hinlänglich bekannt.

Der Städtetourismus hat sich heute zu einem wichtigen wirtschaftlichen Potenzial insbesondere der historisch geprägten Städte entwickelt. Und von diesem Potenzial zehrt nicht allein nur das Hotel- und Gastronomiegewerbe, viele andere Gewerbe erleben durch den steigenden Städtetourismus ebenso einen Aufschwung. Spezifisch für Sachsen-Anhalt ist in diesem Zusammenhang die deutschlandweit höchste Dichte an UNESCO-Welterbestätten im Land. Ein Großteil dieser Welterbestätten befindet sich zudem in den Erhaltungsgebieten und damit in den Kernlagen der sachsen-anhaltinischen Programmkommunen im Städtebaulichen Denkmalschutz (Quedlinburg, Lutherstädte Wittenberg und Eisleben, Oranienbaum und Wörlitz).

Städtebau- und Wirtschaftsförderung folgen den Erkenntnissen des touristischen Potenzials häufig in der Weise, indem sie die Maßnahmen zunehmend auf so genannte Wachstumskerne beschränken. Die Aufgaben der Stadtentwicklung in Zeiten vielschichtiger Transformationsprozesse werden jedoch größer, die Ansprüche an den fortwährenden Revitalisierungsprozess der historischen Kerne werden weiter steigen. In Sachsen-Anhalt wird daher die Bedeutung an grundsätzlichen konzeptionellen und gesamtstädtischen (integrativen) Vorstellungen einer Kommune zur zukünftigen Stadtentwicklung noch stärker im Fokus stehen. Auch, weil sich die Fördergebiete verschiedener Förderprogramme im Stadtgebiet räumlich überlagern und die spezifischen Ziele eines Förderprogramms mit denen eines bzw. der anderen fortwährend abgestimmt und in Einklang gebracht werden müssen.

Die allumfassenden, weit vorausschauenden, interdisziplinären Überlegungen sind seit Anbeginn eine Schwerpunktaufgabe des Stadtumbauprogramms. Während es früher galt, Flächen als Bauland für Gewerbe und Wohnungen auszuwei-



Abb. 4 | Touristen im Burgpark von Tangermünde

sen und Nutzungsverträglichkeiten von Nachbarschaften in bestehenden Strukturen im Interesse des Gemeinwohls der Stadt zu garantieren, muss eine moderne Stadtplanung heute zunehmend geeignete Rückbaupotenziale aufspüren. Mit dem Rückbau von Gebäuden, technischer Infrastruktur, Versorgungs- und Verkehrssystemen bekommt die Stadtplanung eine neue Dimension, denn Ziel eines solchen Umbaus muss es sein, das menschliche Zusammenleben in der Stadt trotz verringerter Nachfrage in allen Bereichen (Wohnen, technische und soziale Infrastruktur etc.) weiterhin ökonomisch zu realisieren und ein effizientes Funktionieren der vorhandenen städtischen Systeme zu sichern.

Die Expertengruppe Städtebaulicher Denkmalschutz hat im Rahmen verschiedener Bereisungen, insbesondere in Freiberg/Sachsen im September 2008, festgestellt, dass in der weiteren Umsetzung des Stadtumbau-Programms eine besondere Chance für die Stärkung der verschiedensten Interessenlagen, unter anderem auch für die Ziele des Städtebaulichen Denkmalschutzes, besteht, welche genutzt werden muss. Die erzielten Erfolge des Stadtumbau-Programms sind auch in Sachsen-Anhalt unübersehbar. Der bisherige Schwerpunkt Abriss in den Neubaugebieten hat neben den mittlerweile bereits deutlich erkennbaren Stabilisierungseffekten auf dem Wohnungsmarkt auch dazu beigetragen, die Attraktivität vieler Stadtteile, auch die Attraktivität der Altstadt, durch Rückzug zu erhöhen. Inzwischen liegt der Schwerpunkt des Mitteleinsatzes im Stadtumbauprogramm in Sachsen-Anhalt in der Aufwertung, womit revitalisierende Maßnahmen auch aus diesem Programm zum Teil direkt der Altstadt zugute kommen.

Der Umbauprozess gefährdet erst dann die Existenz des innerstädtischen kultur- und baugeschichtlichen Erbes konkret, wenn eine Stadt unter dem Primat kurzfristiger ökonomischer Marktvorteile falsche Prioritäten setzt und sich vorschnell von erhaltenswürdigen Beständen trennt. Wohnungsunternehmen etwa planen Bestandsreduzierungen häufig dort, wo noch keine großen Investitionssummen in die Bestandssanierung geflossen sind. Nachdem zunächst unsanierte Plattenbauten zur Disposition standen, trifft das insbesondere in den

ostdeutschen Kommunen vor allem die noch unsanierten Denkmale und historischen Bauten der Innenstädte. Diese leiden ohnehin vielerorts noch unter den Spätfolgen des aus DDR-Zeiten überkommenen Leerstandes sowie der oft jahrelangen Klärungsprozesse von Eigentumsfragen. So erklären sich heute der extrem schlechte Zustand mancher kulturhistorisch besonders wertvoller innerstädtischer Baudenkmale und ihre leider nur gering vorhandene Perspektive, mittelfristig in Nutzung zu gelangen.

Die Revitalisierung von Innenstädten und insbesondere historischer Zentren bedarf daher in erster Linie wieder eines gesamtstädtischen Planungsansatzes mit integrativen Entwicklungsstrategien. Die Entleerung der Innenstädte und damit die Gefahr ihres weiträumigen „Ausblutens“ haben ihre Ursachen vielfach in Prozessen, die sich außerhalb, in anderen Stadtgebieten oder im suburbanen Raum, vollziehen und von dort auf die Innenstadt zurückwirken.

Angesichts dieser Situation und der Notwendigkeit einer städtischen Planung, die konzeptionell von außen nach innen vorgeht, werden sich die Kommunen anders als bisher positionieren und arrangieren müssen. In vielen Städten hat zwischenzeitlich die Wirtschaftsförderung Priorität bei Planungsentscheidungen gewonnen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass der städtebauliche Denkmalschutz nicht zunehmend aus Entscheidungsprozessen mit Relevanz für eine nachhaltige Stadtentwicklung ausgegrenzt wird, insbesondere deshalb nicht, weil das Programm in den vergangenen nahezu 20 Jahren seiner Existenz seine integrierende Wirkung nachgewiesen hat.

Stadtentwicklungskonzepte bzw. integrierte Handlungskonzepte sind hilfreiche und wirkungsvolle Instrumente zur Umsetzung nachhaltiger Stadtentwicklungsvorstellungen. In ihnen werden die vielfältigen Handlungsstränge gebündelt und vernetzt, unterschiedliche Einzelmaßnahmen werden mittlerweile auch verstärkt mit einem Zeit- und Finanzbezug versehen. Ob Fachplanungen, konkrete Vorhaben oder Vorstellungen von Interessensverbänden, die städtischen Entwicklungskonzepte

werden – zumeist von einem externen Gutachter – zusammengetragen, fachlich analysiert, bewertet und fortgeschrieben. Ein daraus abgeleitetes, umfassend formuliertes Leitbild für unterschiedliche Ressorts bildet die Basis zukunftsfähigen Handelns. Der Städtebauliche Denkmalschutz als Förderprogramm wird in diesem Zusammenhang weiterhin seinen unterstützenden Beitrag leisten. Nicht mit dem Fokus auf das Einzeldenkmal, sondern immer mit dem Blick auf die zusammenhängende städtische Struktur, als „Stück Stadt“, als „Stück Lebensraum“.

Bildnachweis

Abbildungen 1-2: Stadt Lutherstadt Wittenberg;

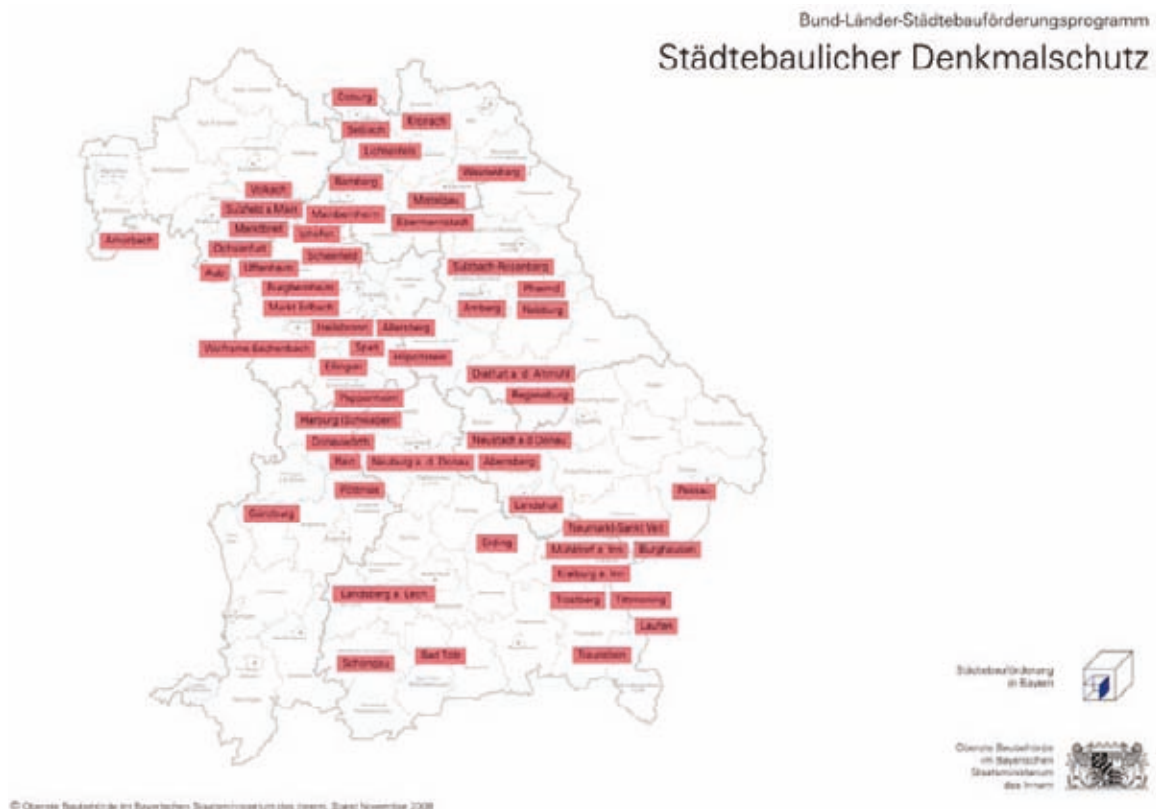
Abbildungen 3-4: Stadt Tangermünde

Maik Crawenhoff

Seit 2005 Referent im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt, Referat Grundsatz Wohnungswesen und Städtebau, Städtebauförderung und Haushalt. Architekturstudium an der TU Braunschweig, Hochbaureferendariat im Land Sachsen-Anhalt (Bauassessor), seit 1995 in der staatlichen Hochbauverwaltung der Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt tätig.

Gestaltungsempfehlungen zum städtebaulichen Denkmalschutz – Instrumente zur Qualitätssicherung im Städtebaulichen Denkmalschutz

Armin Keller
 Hannelore Höllerer
 Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern



© Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Stand November 2008

Abb. 1 | Übersicht Programmkommunen

Städtebaulicher Denkmalschutz sichert Standortqualitäten

Bereits seit 1971 zählen die Ziele und Aufgaben eines städtebaulichen Denkmalschutzes zu den wesentlichen Querschnittsaufgaben der Städtebauförderung und das mittlerweile in allen Programmen. Der neue Programmansatz „Denkmalschutz West“ der Städtebauförderung soll nunmehr auch eine eigene programmbezogene Schwerpunktsetzung auf den historisch und baukulturell bedeutenden Siedlungsbestand darstellen.

In Bayern liegt der Schwerpunkt derzeit vor allem bei historisch bedeutenden Stadt- und Ortskernen. 56 bayerische Städte und Gemeinden aus allen Regierungsbezirken mit besonders denkmalge-

schützten Ensemblebereichen wie zum Beispiel die Weltkulturerbestätte der Altstadt von Regensburg, aber auch historische Ortskerne im ländlichen Raum, wie der spätmittelalterliche Ortskern von Sulzfeld a. Main, wurden in das neue Programm aufgenommen.



Abb. 2 | Ortsansicht der Gemeinde Sulzfeld a. Main

Mit diesem 2009 erstmals aufgelegten Programm werden auch historische Quartiere, die bereits in früheren Jahren eine erste Phase der Sanierung abgeschlossen haben, bei spezifischen Problemstellungen neue Unterstützung erfahren. Am Anfang der Sanierung und damit auch der Förderung stehen planerische Konzepte zum Städtebaulichen Denkmalschutz, sei es im Rahmen neuer Planungen oder durch Fortschreibung von Untersuchungen zu aktuellen baulichen Entwicklungen oder Erhebungen, wie etwa der Denkmalwerte. Eingebunden dabei sind auch weitere Aspekte, wie z.B. die Energieeffizienz der Quartiere.

Das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz bringt die Erfahrungen und Methoden der baulichen Denkmalpflege mit den Erfahrungen der gebietsbezogenen Förderinstrumente der Städtebauförderung zusammen.

Die bayerischen Gemeinden können hierbei auf die Erfahrungen mit denkmalpflegerischen Erhebungsbögen des Landesamtes für Denkmalpflege zurückgreifen.

Ziel ist, die Gemeinden verstärkt bei der Standortstabilisierung der historischen Zentren zu unterstützen und deren Multifunktionalität zu wahren. Im Vordergrund steht dabei natürlich die Erhaltung der historischen Stadt- und Ortsbilder.

Bauliche Anpassungsmaßnahmen und die bauliche Weiterentwicklung historischer Quartiere erfordern wirksame Steuerungsinstrumente, um das Erscheinungsbild dieser Gebiete, wie in Art. 4 der VV Städtebauförderung von Bund und Ländern beschrieben, auf breiter Grundlage zu sichern und zu wahren.



Abb. 3 | Stadt Marktbreit – Historisches Zentrum, Hauptstraße



Abb. 4 | Stadt Marktbreit – Historisches Zentrum, Malerwinkelhaus

Bewährte Steuerungsinstrumente zur Wahrung und Entwicklung des historischen Stadtbildes

Als bewährte rechtliche Steuerungsinstrumente der baulichen Entwicklung stehen den Gemeinden im Programm Städtebaulicher Denkmalschutz die Erhaltungssatzung nach § 172 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und die Sanierungssatzung gemäß § 142 BauGB des Besonderen Städtebaurechts zur Verfügung. Deren wahlweise Anwendung ist Fördervoraussetzung bei der Durchführung der Gesamtmaßnahmen.

Darüber hinaus können Gemeinden zur Wahrung ihres historischen Erscheinungsbildes gemäß § 81 Bay. Bauordnung von kommunalen Ortsrecht Gebrauch machen und örtliche Gestaltungssatzungen erlassen.

In der Regel erfolgt dabei ein Zusammenwirken der Schutzbestimmungen des Denkmalschutzes, z. B. innerhalb eines Ensemblebereiches, mit örtlichen Bauvorschriften, Sanierungssatzungen, Gestaltungssatzungen bzw. Gestaltungsempfehlungen.

Erhaltungssatzungen

Erhaltungssatzungen besitzen, im Gegensatz zu Sanierungssatzungen und Gestaltungssatzungen, rein schützenden Charakter. Der Erlass einer Erhaltungssatzung nach § 172 Abs. 1 Nr. 1 BauGB dient der Erhaltung der städtebaulichen Eigenart eines Gebiets auf Grund seiner städtebaulichen Gestalt. Im Zusammenwirken mit einer Sanierungssat-

zung oder einer Gestaltungssatzung kann eine Erhaltungssatzung z. B. dazu dienen, baukulturell bedeutende Strukturen der jüngeren Nachkriegszeit, die nicht die Wertigkeit eines Ensembles im Sinne des Denkmalschutzgesetzes besitzen, aber im Erhalt gefährdet sind, zu schützen und fortzuentwickeln. In ihrem Geltungsbereich gelten verschärfte Genehmigungsanforderungen für den Rückbau, die Änderung oder Nutzungsänderung und die Errichtung baulicher Anlagen. Voraussetzung für den Erlass einer Erhaltungssatzung sind umfassende Erhebungen, die den ortsbildprägenden und schützenswerten Charakter begründen.

Sanierungssatzungen

Den Gesamtmaßnahmen des Städtbaulichen Denkmalschutzes in Bayern liegen in der Regel Sanierungssatzungen und deren steuernde Eingriffsmöglichkeiten zu Grunde. Die dadurch eingeleiteten städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen haben das Ziel, die betroffenen Gebiete zu erhalten, zu erneuern und fortzuentwickeln und den Erfordernissen des Denkmalschutzes Rechnung zu tragen. Für die Gemeinden besteht damit die Möglichkeit, bei baulichen Maßnahmen, die den Zielen der Sanierung entgegen stehen, im Rahmen des von Ihnen gewählten Sanierungsverfahrens und der gewählten besonderen Sanierungsbestimmungen einzugreifen.

Die Ziele und Maßnahmen der städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen, z. B. zur Wahrung des historischen Erscheinungsbildes, werden auf der Grundlage Vorbereitender Untersuchungen ggf. in Kombination mit integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepten festgeschrieben.

Die bewährten Verfahren des besonderen Städtebaurechts, wie etwa der Gebietsbezug oder die Mehrjährigkeit der Maßnahmen, tragen dazu bei, den Denkmalschutz im städtebaulichen Gesamtzusammenhang zu fördern und umzusetzen. Ein weiterer Vorteil innerhalb von Sanierungsgebieten sind die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten des § 7 h Einkommenssteuergesetz für private Baumaßnahmen. Diese erzeugen zusätzliche Anstoßeffekte für investive Maßnahmen.

Gestaltungssatzungen

Besondere Anforderungen an die äußere Gestaltung baulicher Anlagen sowie zur Erhaltung und Gestaltung von Ortsbildern können die Gemeinden mittels Gestaltungssatzungen regeln. Die Stadt Königsberg/Bayern (Landkreis Hassberge) erarbeitete bereits 1971 eine der ersten Gestaltungssatzungen. Mit der Aufnahme von Grundsätzen zur erhaltenden Erneuerung wurde diese auch Grundlage für die ganzheitliche Sanierung der Altstadt von Königsberg.

Ein weiteres gutes Beispiel ist die Gestaltungssatzung der Stadt Iphofen (Landkreis Kitzingen), die sichtbar das Erscheinungsbild der historischen Stadt geprägt hat. Die Satzung, die 1982 erstmals erlassen wurde, dient noch heute dem Schutz des Stadtbildes von Iphofen. Neben gestalterischen Festsetzungen zu Gebäuden und privaten Freiflächen wurden insbesondere städtebaulich wichtige Gestaltungsmerkmale zu Gassen, Plätzen und Wallanlagen aufgenommen und Freihaltezonen für den Blick auf die Altstadt festgelegt. Für Bauherren, Architekten und Handwerker war sie bisher eine wichtige Handreichung zur Sicherung der Gestaltsqualität, aber auch Anregung für eine den Ort angemessene Architekturqualität.

Gestaltungssatzungen erweisen sich insbesondere in historischen Zentren mit einem gut erhaltenen Ortsbild und einheitlichen Gestaltselementen als wirksames Gestaltungsinstrument. Andere Gemeinden beschränken je nach Erfordernis ihre Satzungen auf bestimmte Gestaltsbereiche, wie z. B. Werbeanlagen um das Erscheinungsbild zu schützen. Ein aktuelles Thema in denkmalgeschützten Ensemblebereichen oder in Nähebereichen von Baudenkmalern ist die Errichtung von Photovoltaik- und Solaranlagen.

Allerdings sind Gestaltungssatzungen in der Vergangenheit vielerorts als überregulierend und zu einengend in der Gestaltungsfreiheit empfunden worden. Hinzu kommen Konflikte über deren Auslegung und Anwendung.



Abb. 5a | Sanierungsplan mit Umgriff Gestaltungssatzung der Stadt Iphofen



Abb. 5b | Sanierungsplan mit Umgriff Gestaltungssatzung der Stadt Iphofen

Gestaltungsempfehlungen

Viele Gemeinden verwenden daher vorrangig Gestaltungsempfehlungen mit informellem Charakter als Leitfaden für Bauherren und Architekten. Sollen diese wirksame Instrumente zum Erhalt des historischen Erscheinungsbildes sein, ist eine begleitende breite Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation mit Eigentümern und Bürgern erforderlich.

Gestaltungsempfehlungen können die kommunalpolitischen Ziele der Sicherung und Bewahrung der Baukultur unterstützen. Je mehr diese technische Entwicklungen und ein sich wandelndes Energiebewusstsein berücksichtigen, umso mehr werden sie hilfreiche Handreichungen für die Beteiligten. Überzeugen geht vor Überreden. Daher sind Gestaltungsempfehlungen immer vorrangig gegenüber Gestaltungsatzungen zu sehen (ultima ratio).

Je größer die Gestaltungsvielfalt in historischen Stadtbildern ist, umso schwieriger ist es, Qualitätskriterien für die Stadtbildgestaltung zu formulieren. In größeren Städten wie Regensburg, Passau, Landshut oder Landsberg am Lech werden daher für Fragen der Stadtgestalt auch Gestaltungsbeiräte eingesetzt.

Im Rahmen der Städtebauförderung hat sich die finanzielle Förderung kommunaler Förderprogramme in Kombination mit Gestaltungsatzungen oder Gestaltungsempfehlungen wie Fibeln oder Handbücher zur Umsetzung ortsbildgerechter Sanierungsmaßnahmen als praktikabel erwiesen. So berichtet die Stadt Iphofen, dass zu Sanierungsbeginn eine geringe Bereitschaft der Privateigentümer in ihren Altstadtbesitz zu investieren, bestand. Mit Aufnahme der Förderung privater Sanierungs- und Neubaumaßnahmen im Rahmen eines kommunalen Förderprogramms wurde ein Schub an Maßnahmen eingeleitet und die Qualität der Sanierungen insgesamt deutlich verbessert.

Kommunale Förderprogramme zur Umsetzung von Gestaltsempfehlungen

Gemäß den Bayerischen Städtebauförderungsrichtlinien können Gemeinden in Erneuerungsgebieten zur vereinfachten Förderung kleinerer privater Maßnahmen gemeindliche Förderprogramme auflegen. Solche förderfähigen Maßnahmen können Fassadenrenovierungen, Hofsanierungen oder auch private Freiflächensanierungen beinhalten und müssen keine umfassenden Gebäudesanierungen darstellen. Anträge auf Förderungen sind vor Maßnahmenbeginn von den Privateigentümern bei der Gemeinde einzureichen. Die Höhe der Förderung beträgt meist bis zu 30 % der förderfähigen Kosten und wird in der Regel pauschal begrenzt, meist auf 10.000 €. In der Regel setzt die Förderung eines kommunalen Förderprogramms die Erarbeitung von örtlichen Gestaltungsvorgaben für den zu fördernden Bereich voraus.



Abb. 6 | Private Sanierungsmaßnahme in der Stadt Iphofen

Kommunale Förderprogramme sind besonders für kleinere private Sanierungsmaßnahmen und oft auch in kleinen Gemeinden, die es sich nicht leisten können umfassende Privatsanierungen zu fördern, geeignete Förderinstrumente, um Maßnahmen anzustoßen.

Hilfreich in Verbindung mit kommunalen Förderprogrammen und Gestaltungsempfehlungen ist auch die begleitende und kostenlose Bauberatung pri-

vater Bauherren durch das Sanierungsbüro. Im Rahmen eines Werkvertrages berät dieses, vergleichbar einem externen Sanierungsbeauftragten, die potenziellen Bauherren über zulässige Gestaltungsmöglichkeiten und gibt Vorschläge zu Gestaltungsalternativen.



Abb. 7 | Marktplatz der Stadt Aub



Abb. 8 | Fördermaßnahme im Kommunalen Förderprogramm der Stadt Aub

Besonders die kleineren privaten Sanierungsmaßnahmen vor Ort bestimmen das örtliche Erscheinungsbild und können Vorbildfunktion haben. Mit einem im Verhältnis geringen Mitteleinsatz je Maßnahme kann hier ein wichtiger Beitrag zur Förderung der Baukultur und Qualitätssicherung im Städtebaulichen Denkmalschutz geleistet werden.

Bildnachweis

Abbildungen 1-8 : Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern

Armin Keller

Seit Dezember 2006 Leiter des Sachgebiets Städtebauförderung an der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern. Architekturstudium an der Technischen Universität München, Tätigkeit in Architekturbüros, 2. Staatsprüfung (Regierungsbaumeister), Ortsplanungsstelle für Schwaben, Oberste Baubehörde, 2001 - 2006 Leiter des Sachgebiets Städtebau an der Regierung von Oberbayern

Hannelore Höllerer

Seit September 2005 Referentin im Sachgebiet Städtebauförderung an der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern. Architekturstudium an der Technischen Universität München, Tätigkeit in Architekturbüros, 2. Staatsprüfung, ab 1990 Ortsplanungsstelle für Oberbayern, Referentin an der Regierung von Oberbayern für Planung, Bauordnung und Städtebauförderung

Die Altstadt von Ravensburg in der Integrierten Stadtentwicklung

Reinhard Rothenhäusler
Stadt Ravensburg



Abb. 1 | Stadtansicht Ravensburg

Stadtsanierung und städtebaulicher Denkmalschutz in Ravensburg

Die integrierte Entwicklung und Bewahrung der mittelalterlichen Altstadt ist für die Stadt Ravensburg ein Schwerpunkt der Stadtpolitik. Bereits 1972 wurde das erste Stadtsanierungsgebiet in der Altstadt ausgewiesen. Bis heute sind es 5 Gebiete, drei davon sind bereits abgerechnet. Der Ravensburger Weg bei der Sanierung und Entwicklung der Stadt heißt:

Innen vor Außen

Dieser Grundsatz gilt schon seit den 1980er Jahren für die gesamte Ravensburger Stadtentwicklung und wurde auch konsequent bei der Ansiedlung von Gewerbe und großflächigem Einzelhandel umgesetzt. So ist aus der historischen Altstadt ein großes, offenes Einkaufszentrum und ein Anziehungspunkt für Jung und Alt, BürgerInnen und Gästen geworden.



Abb. 2 | Ausblick Blaserturm Marienplatz



Abb. 3 | Marienplatz mit Blaserturm



Abb. 4 | Blaserturm

Ansiedlungen von Märkten mit innenstadtrelevanten Sortimenten werden auf der grünen Wiese nicht zugelassen. In der Altstadt werden neben der Erhaltung und Sanierung der erhaltenswerten Substanzen und der Stadtstruktur auch den neuen Verkaufsformen und dem großflächigen Handel Chancen zur Entwicklung gegeben. So ist es gelungen, den Mediamarkt in der Altstadt und nicht auf der grünen Wiese anzusiedeln. Auch konnte sich das in der Innenstadt alteingesessene Kino vor Ort um mehrere Säle erweitern. Damit wurden die Ansiedlungswünsche von Multiplex-Kinos abgewehrt und das junge Publikum konnte in der Altstadt gehalten werden. Auch die duale Hochschule hat ihren Kern in Bestandsgebäuden der Altstadt.

Bewahrende Sanierung steht im Vordergrund. Als begleitende Instrumente hat die Stadt seit 1976 eine Allgemeine Stadtbildsatzung für die Altstadt, welche die Gestaltung von Gebäuden bei Modernisierungen, Umbauten und ergänzenden Neubauten regelt. Seit 1990 gibt es eine Erhaltungssatzung für

die Altstadt. Zur weiteren Qualitätssicherung bei allen baulichen Maßnahmen in der Altstadt hat die Stadt über Werkvertrag zwei Architekten als Sanierungsbeauftragte verpflichtet. Sie beraten insbesondere die privaten Sanierungsbauherren bei ihren Vorhaben. Der Altstadtbeirat, ein beratender Ausschuss des Gemeinderats aus Fachleuten, Bürgervertretern und Stadträten, begleitet seit Mitte der 1970iger Jahren die Stadtsanierung. Seit 2008 werden prägende Baumaßnahmen zudem von einem aus vier externen Architekten/Stadtplanern besetzten Gestaltungsbeirat begutachtet und bewertet.

Lebendige Stadt

Eine urbane, lebendige Stadt ist das Nebeneinander bzw. die gesunde Mischung von Arbeiten, Kultur und Wohnen. Deshalb waren neben der Entwicklung des Handels und der Dienstleister auch die Modernisierung von Wohnräumen sowie die Aktivierung von Leerflächen ein Schwerpunkt der Stadtsanierung. In fast vierzig Jahren Sanierung ist es gelungen, die Bewohnerzahl in der Altstadt bei rund 3.000 Einwohnern zu halten.

Auch als Ort für kulturelle Veranstaltungen bietet unsere Altstadt den richtigen Rahmen.

Als neuesten Baustein konnten wir unser Stadtmuseum in 5 Gebäuden eines spät-mittelalterlichen Quartiers unterbringen. Das landesweit einzigartig gut erhaltene Quartier, bestehend aus 7 Kulturdenkmälern, wurde schonend saniert und neuen Nutzungen zugeführt. Die Sanierung des Quartiers wird seit 2009 durch das Bund-Länder-Programm Städtebaulicher Denkmalschutz mit gefördert. Das Museum Humpis-Quartier lässt eine breite Öffentlichkeit diese hochwertigen Kulturdenkmäler dauerhaft erleben. Seit der Eröffnung im Juli 2009 bis Ende 2009 zählte das Museum schon über 80.000 Besucher.

Die 1993 verliehene Auszeichnung der „Internationalen Konferenz für lebenswerte Städte“ als „Stadt mit einer lebenswerten Zukunft“ („Cities of Vision Award“) bestätigte die integrierte Stadtsanierung als richtigen Weg. Die Auszeichnung wurde verliehen als Anerkennung für die Ravensburger Anstrengungen zur Erneuerung der historischen Alt-



Abb. 5 | Museum Humpis-Quartier



Abb. 6 | Museum Humpis-Quartier: Blick in den Innenhof



Abb. 7 | Museum Humpis-Quartier: Zunfttraum

stadt als lebenswerte Mitte der Stadt. Sie ist und war Ansporn bei der Stadtentwicklung, auf die Nachhaltigkeit der Maßnahmen und deren Integration in das vorhandene, ausgewogene Stadtgefüge zu achten.

Die Altstadt von Ravensburg im ADHOC Projekt

ADHOC- Adapted Development of Historical Old Towns in Central and Eastern Europe to the Social and Demographic Change, übersetzt: „Die an den sozialen und demographischen Wandel angepasste Entwicklung historischer Altstädte in Mittel- und Osteuropa“. An diesem, im Rahmen des EU-Programms INTERREG III B geförderten Projekts hat die Stadt Ravensburg vom März 2006 bis Februar 2008 teilgenommen.



Abb. 8 | Auftaktveranstaltung ADHOC

Partner im Projekt waren die Städte Jelenia Góra (Polen) als Leadpartner, Plock (Polen), St. Pölten (Österreich), Ptuj (Slowenien), Trnava (Slowakei), Varazdin (Kroatien), Bamberg, Bautzen, Zittau und Ravensburg (alle Deutschland). Neben diesen Städten waren Projektpartner die Wirtschaftsuniversität Wroclaw (Breslau, Polen), die Technische Universität Kaiserslautern (Deutschland), der Deutsche Verband für Wohnungswesen, Städtebau- und Raumordnung e. V. und das Sächsische Staatsministerium des Innern. Mit der externen Projektsteuerung wurde vom Leadpartner nach einer EU-weiten Ausschreibung die Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH beauftragt. Jeder der 10 Projektstädte hatte

ein Thema bzw. lokales Projekt zu wählen, um damit die Herausforderungen, denen sich die historischen Altstädte durch die demografische Entwicklung und den sozialen Wandel stellen müssen, exemplarisch zu bearbeiten.

Das Thema des lokalen Projekts der Stadt Ravensburg lautete: „Wohnen für junge Familien mit Kindern in der Altstadt Ravensburg“. Projektgebiet war die eng bebaute historische Altstadt von Ravensburg mit überwiegend mittelalterlichen Strukturen.



Abb. 9 | Markt und Rossbachstrasse

Die Altstadt ist ein urbanes Zentrum:

- Es überwiegen die Kerngebiete mit Einkaufszentren, Banken und Gaststätten.
- Rund 11.000 Menschen haben dort ihren Arbeitsplatz.
- Sie ist das kulturelle Zentrum der Stadt mit Veranstaltungsräumen, Konzerthaus und vielen Veranstaltungen (sogenannten Events) im öffentlichen Raum,
- aber auch Wohngebiet für rund 3.000 Bürger.

Diese sehr wohl gewollte Durchmischung, die auf der einen Seite die Lebendigkeit und den Lebenswert begründet, ist auf der anderen Seite auch ein Grund für das Hauptproblem der Altstadt.

Die umfänglichen gewerblichen Aktivitäten, insbesondere der Gaststättenbetrieb, aber auch die vielen Events stehen im Konflikt mit dem Ziel, das Wohnen, vor allem für Familien mit Kindern, nachhaltig zu sichern.



Abb. 10 | Central außen bei Nacht



Abb. 11 | Kupferle bei Nacht

Hinzu kommt, dass durch den demografische Wandel eine verstärkte Nachfrage von älteren Bürgern nach Wohnraum in Konkurrenz zu Familien mit Kindern eingetreten ist. Hier gilt es, ein ausgewogenes Verhältnis herzustellen, um die schleichende Überalterung in der Altstadt und die damit verbundenen Probleme verhindern zu können.

Wie kann das Wohnen für Familien unterstützt werden?

Aufgabe unseres lokalen Projektes war es, unter dem Gesichtspunkt des Wohnens von Familien mit Kindern den notwendigen Anpassungsbedarf und die Entwicklungsvorgaben festzustellen.

Mit den unterschiedlichsten Methoden der Beteiligung von Bürgern und Interessenvertretern sollte erhoben werden:

- ob die jetzigen Bedingungen einen ausgeglichenen Mix zwischen Wohnen und Arbeiten

darstellen, der zwar immer wieder Konfliktpotenzial in sich birgt, aber im Großen und Ganzen beherrschbar ist oder

- was in der Altstadt angepasst bzw. geändert werden muss, um Familien mit Kindern in der Altstadt zu halten oder sie für die Altstadt zu gewinnen.
- ob die als erforderlich herausgearbeiteten Änderungen ausreichen, um das Wohnen für Familien mit Kindern in der Altstadt attraktiv zu halten bzw. zu machen und ob diese auch technisch und finanziell umsetzbar sind, ohne den für eine lebendige Stadt notwendigen Mix zwischen Wohnen, Arbeiten und Events nachhaltig zu stören.

Ziel hierbei war und bleibt, die Entwicklung zu einer Monostruktur – egal ob Gewerbe / Kultur oder Wohnen – zu vermeiden.

Aktivitäten und Arbeitsmethoden zur Umsetzung des Projekts

Folgende erfolgreiche Hauptaktivitäten wurden eingesetzt:

- Die Beteiligung der Bürger und Interessensvertreter an unseren lokalen ADHOC Aktivitäten.
- Das Wissen und die Erfahrungen der Bürger und der Interessensvertreter um ihre historische Altstadt (ihren Wohn- bzw. Arbeitsstandort), abgefragt mit
 - einer Auftaktveranstaltung, zu der alle Bürger geladen waren,
 - einer Fragebogenaktion an alle Eigentümer von Gebäuden in der Altstadt,
 - Interviews mit Wohnungsmietern in der Altstadt und Bewohnern von Referenzgebieten außerhalb der Innenstadt,
 - einer Expertenrunde,
 - einem Bürger-Workshop bei dem die Altstadtbewohner aufgefordert waren, Lösungen für die Verbesserung ihrer Wohnsituation vorzuschlagen,
 - einem Weblog.



Abb. 12 | Kirchstraße



Abb. 13 | ADHOC: Übersicht Nutzungen im EG

- Das Sammeln von fundierten Grundlagen für künftige Entscheidungen. Es ging darum, das bei der Verwaltung und beim Gemeinderat vorhandene Wissen um die Konflikte zwischen Gewerbe / Kultur und Wohnen
 - zu bestätigen oder
 - diesen Kenntnisstand - zum Teil sind es vielleicht nur Thesen/Annahmen - zu widerlegen und
 - eine fundierte Basis für die Entscheidungen zur weiteren Gestaltung unserer Altstadt herzustellen.

Konnten wir die gesetzten Ziele erreichen?

Die für unsere lokalen Aktivitäten gesetzten Ziele haben wir weitgehend erreicht. Es liegen ausreichend aussagekräftige Daten vor, deren Informationsgehalt grafisch relativ gut ablesbar dargestellt werden kann.

Die Altstadtbewohner fühlen sich an ihrem Wohnstandort trotz der vorhandenen Konflikte mit den anderen Nutzungen überwiegend sehr wohl. Sie sehen aber den Bedarf für Verbesserungen. Es wur-

den Vorschläge für bauliche Maßnahmen unterbreitet, aber auch für Maßnahmen, die nur eine andere Regelung bzw. Organisation der gemeinsam genutzten öffentlichen und halböffentlichen Flächen erfordern (z.B. Parkierungs- und Zufahrtsregelungen).

Projektergebnisse, Erfahrungen und Ausblick

Durch das Projekt erhielten wir umfangreiches Datenmaterial, grafisch aufgearbeitet mit relativ genauen Aussagen zu:

- den Nutzungen in den einzelnen Gebäuden über alle Geschosse. Dadurch sind mögliche Konfliktpotenziale durch Überlagerungen von Nutzungen in einzelnen Gebäuden ablesbar. Die Erdgeschosslagen sind fast ausschließlich öffentlichen und gewerblichen Nutzungen einschließlich Dienstleistungen vorbehalten. Ab dem ersten Obergeschoss überwiegt das Wohnen. In der nordwestlichen Unterstadt ist ab dem 1. Obergeschoss fast nur noch Wohnnutzung festzustellen;



Abb. 15 | Bachstraße

- der Bevölkerungsdichte und Altersstruktur in den einzelnen Bereichen.

In den Beteiligungsprozessen mit den Bewohnern kristallisierten sich für die weitere Stadtentwicklung folgende Handlungsfelder zur Verbesserung des Wohnumfeldes heraus:

- Mängel in der Qualität und Anzahl von Frei- und Bewegungsflächen in der Altstadt. Die Aufenthaltsqualität in der Stadt, insbesondere für Kinder, muss gesteigert werden, damit das Wohnen für Familien in der Altstadt auch weiterhin interessant bleibt.
- Im Nachgang zum ADHOC Projekt wurde parallel zur Umgestaltung einer Straße in einen verkehrsberuhigten Bereich mit Bewohnern und Geschäftsinhabern ein neues System für den ruhenden Verkehr (Parken für Kunden und Anwohner) ausgearbeitet.
- Erreichbarkeit der Wohnung mit dem PKW. Hier können unseres Erachtens mit geringem finanziellen Aufwand Verbesserungen erreicht werden.
- Umgang mit Lärm.

Mit diesen Erkenntnissen können wir dem Gemeinderat bei Entscheidungen über die Umgestaltungen von Plätzen und Verkehrskonzeptionen, wie auch bei anderen Sanierungsobjekten, fundiertere Grundlagen an die Hand geben.

Weiterhin wurden durch die neuen Formen der Bürgerbeteiligung sowohl innerhalb der Bürgerschaft, aber auch innerhalb der Verwaltung und Politik, evtl. noch bestehende Barrieren abgebaut und die Wichtigkeit des Miteinanders und Verständnisses für die einzelnen Interessen betont.

Die Beteiligung am ADHOC Projekt hat uns geholfen den in der Stadtsanierung bereits geführten Dialog mit den Betroffenen weiter zu entwickeln und auszubauen. Die Erfahrungen unserer Partnerstädte mit ihren Projekten sind für uns ein sehr guter Maßstab und auch Ansporn, diesen Prozess laufend zu verbessern. Das ADHOC Projekt ist für uns ein Benchmarking zum Thema Dialogprozess.

Abschließend ist festzuhalten, dass der transnationale Erfahrungsaustausch im ADHOC-Projekt, insbesondere mit den Partnern aus den neueren EU-Ländern und den östlichen Bundesländern, für uns

sehr informativ und interessant war. Wir glauben, dass wir diese Erfahrungen in künftigen Projekten nutzen können. Die gleichen Erkenntnisse haben die meisten unserer Projektpartner gewonnen. Sie wollen möglichst in weiteren EU-Projekten diesen Erfahrungsaustausch fortsetzen und vertiefen.

Reinhard Rothenhäusler

Seit 1992 Amtsleiter für Stadtssanierung / Städtebauförderung und Projektsteuerung bei der Stadt Ravensburg. Davor 6 Jahre Abteilungsleiter städtische Liegenschaften.



Abb. 14 | Innenhof Bachstraße

Als gemeinsames Ergebnis der Zusammenarbeit haben die am ADHOC-Projekt und einem vergleichbaren Interreg III B EU-Projekt, Hist.Urban, teilnehmenden Partner eine Deklaration verfasst und von ihren Gremien beschließen lassen. Sie ist eine Bestätigung für die integrierte Stadtentwicklung unter Wahrung des baulichen, historischen Erbes.

Anhang

Erklärung für eine integrierte Revitalisierung Historischer Städte

(Seite 41-43)

Bildnachweis

Alle Abbildungen: Stadt Ravensburg

ERKLÄRUNG FÜR EINE INTEGRIERTE REVITALISIERUNG HISTORISCHER STÄDTE

Bedeutung und Herausforderungen kleiner und mittelgroßer historischer Städte

Unsere Städte sind die wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Motoren für ein dynamisches und nachhaltiges Europa. Sie sind integraler Bestandteil europäischer Geschichte, Identität und regionaler Vielfalt. Kleine und mittelgroße historische Städte prägen mit ihrem baukulturellen Erbe unsere Stadtlandschaften und bilden das Rückgrat einer ausgewogenen und polyzentrischen Siedlungsstruktur – einer der großen territorialen Stärken Europas. Dennoch, unsere historischen Städte stehen vielseitigen Herausforderungen gegenüber, wie einer fortschreitenden Globalisierung, strukturellen, sozialen und demographischen Veränderungen oder auch Umweltproblemen. Sie müssen die Balance finden zwischen dem Erhalt und der Bewahrung ihres einzigartigen Kulturerbes auf der einen Seite sowie einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung auf der anderen. Unsere historischen Städte dabei zu unterstützen, ihre Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und zu stärken, bildet eine zentrale Voraussetzung für ein wettbewerbsfähiges und nachhaltiges Europa mit einer einzigartigen Identität. Dies befördert die Ziele von Lissabon und Göteborg.

In den transnationalen Kooperationsprojekten Hist.Urban und ADHOC haben sich 32 Partner aus zwölf mittel- und südosteuropäischen Ländern zu einer starken Partnerschaft zusammengeschlossen, um innovative und zukunftsorientierte Lösungsansätze für lebendige, attraktive und sozial ausgewogene historische Städte zu entwickeln und umzusetzen. Trotz verschiedener wirtschaftlicher, sozialer, geographischer, kultureller und institutioneller Hintergründe teilen alle Partner den Willen, integrierte Revitalisierungsstrategien und –instrumente anzuwenden, die nicht nur städtebauliche, sondern auch soziale, ökologische und ökonomische Aspekte behandeln und damit die Stadtentwicklung mit der Förderung des baukulturellen Erbes als Entwicklungspotential und Element lokaler und europäischer Identität verbindet.¹

Mit dieser Erklärung bringen wir unsere gemeinsame Überzeugung zum Ausdruck, und rufen alle verantwortlichen Akteure auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene auf, die integrierte Revitalisierung historischer Städte zu unterstützen.

Wir verpflichten uns, integrierte Revitalisierungsstrategien auf lokaler Ebene anzuwenden

Eine integrierte Revitalisierung betont die Entwicklung lebendiger Stadtzentren als attraktive Lebens-, Arbeits-, Investitions- und Freizeitstandorte für alle Akteure, Bevölkerungsgruppen und Generationen

Mit unseren Aktivitäten wollen wir eine attraktive und ausgewogene Nutzungsmischung sowie eine gesunde Lebenswelt sicherstellen und fördern. Daher werden wir

- die Potenziale des Kulturerbes für den Tourismus sowie für kulturelle, kreative, wirtschaftliche und Freizeitaktivitäten bestmöglich nutzen,
- innerstädtischen Einzelhandel und Dienstleistungen stärken, um unsere historischen Zentren als Entwicklungspole zu stärken, die bestimmte Funktionen für die Gesamtstadt und ihre Region übernehmen. Dies ist zu verbinden mit der Beschränkung von Entwicklungen auf der Grünen Wiese, die innerstädtischen Funktionen schaden,
- die lokale Identität unserer Stadtzentren als „Orte der Identifikation“ sichern und
- die Bevölkerungszahl stabilisieren bzw. erhöhen und eine ausgeglichene Sozialstruktur gewährleisten.

¹ Ausführliche Informationen über die INTERREG III B Projekte Hist.Urban und ADHOC sowie deren Ergebnisse finden Sie auf den Webseiten www.histurban.net und www.adhoc.jeleniagora.eu.



Eine integrierte Revitalisierung verbindet den Schutz unseres baukulturellen Erbes mit den Anforderungen einer sich verändernden Gesellschaft und Wirtschaft.

Wir wollen dazu beitragen, ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen den entgegengesetzten Anforderungen an zukunftsfähige Nutzungen des baukulturellen Erbes und dessen Erhaltung herzustellen. Dafür werden wir

- unseren historischen Gebäuden und Stadträumen nachhaltige und zukunftsorientierte Funktionen geben,
- unser baukulturelles Erbe im Hinblick auf dessen physische Gestalt und Umweltbilanz an sich verändernde ökonomische, soziale, ökologische und demographische Bedingungen behutsam anpassen, erneuern und aufwerten, ohne dem bedeutenden Charakter des Kulturerbes und der einzigartigen Identität unserer Städte zu schaden.
- alle öffentlichen und privaten Akteure für diese anspruchsvollen Aufgaben aktivieren und beständig versuchen, das Bewusstsein für die herausragenden Werte und Potenziale unseres baukulturellen Erbes für die gesamte Stadt und Region zu wecken und zu befördern.

Eine integrierte Revitalisierung basiert auf einem kontinuierlichen, prozessorientierten und integrativen Entwicklungsansatz.

Um eine zukunftsfähige Nutzungsmischung zu gewährleisten, divergierende Interessen auszugleichen, die Ressourcen aller Interessenvertreter zu mobilisieren sowie eine nachhaltige Gestaltung und Revitalisierung unserer Städte zu erreichen, werden wir Instrumente und Methoden einer integrierten Stadterneuerung anwenden, die folgende Schlüsselemente aufweisen:

- eine gesamtäumliche Perspektive für die gesamte Stadtregion mit einem besonderen Fokus auf das historische Stadtzentrum;
- eine umfassende und holistische Sichtweise, die alle Dimensionen des städtischen Lebens beinhaltet;
- eine fachübergreifende Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Verwaltungsabteilungen und Behörden;
- einen kommunikativen und partizipativen Prozess, der alle relevanten Interessenvertreter aktiviert und einbindet;
- eine strategische und konzeptionelle Vorgehensweise, die - basierend auf einer gründlichen Analyse der Ausgangslage - von der Entwicklung eines gemeinsamen Leitbildes bis hin zu konkreten Projekten und Maßnahmeplänen führt;
- ein kontinuierlicher und umsetzungsorientierter Verbesserungsprozess, der greifbare Ergebnisse liefert;
- Monitoring und Evaluierung des Revitalisierungsprozesses und seiner Ergebnisse.

In unseren Anstrengungen für eine integrierte Revitalisierung benötigen wir die Unterstützung aller politischen Ebenen

Revitalisierung braucht permanente Anstrengung und die Einbindung in lokale und nationale Entwicklungsstrategien und -politiken. Daher rufen wir regionale, nationale und europäische Entscheidungsträger auf, uns in unseren Aktivitäten für eine nachhaltige Entwicklung lebendiger und attraktiver historischer Städte zu unterstützen. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die **Territoriale Agenda der EU und die Leipzig Charta für nachhaltige europäische Städte**. Mit unseren Bestrebungen für eine integrierte städtische Revitalisierung tragen wir zur Umsetzung dieser beiden politischen Rahmendokumente bei.

Wir erwarten von den Mitgliedsstaaten und den europäischen Institutionen, dass sie nun die Leitlinien und Prinzipien in wirkliche praktische und politische Aktivitäten umzusetzen. Das bedeutet:

- fachübergreifende Kooperation und querschnittsorientiertes Denken sollen die Arbeitsprinzipien aller beteiligten Regierungsebenen sein, um integrierte Politiken und Programme zu erarbeiten;



- alle politischen Ebenen haben städtische und territoriale Belange sowie die Bedeutung kleiner und mittelgroßer Städte für eine polyzentrische Siedlungsstruktur in ihren Politiken zu beachten;
- Politiken müssen den Wert des baukulturellen Erbes als wichtigen Faktor für die Entwicklung von Städten und Regionen anerkennen und entsprechende Unterstützungsprogramme entwickeln;
- Die integrierte Stadtentwicklung ist über das Jahr 2013 hinaus als wichtiges Element in der EU-Kohäsionspolitik zu verankern und mit ausreichenden Finanzmitteln zu versehen;
- Alle Entwicklungspolitiken und entsprechenden Programme haben integrierten lokalen Lösungsansätzen Vorrang zu geben;
- Der Rahmen von Politiken ist flexibel zu gestalten und hat territoriale Unterschiede zu berücksichtigen, um lokale Initiativen zu unterstützen anstelle lokale Strategien an europäische bzw. nationale Programme anzupassen;
- Die übergeordneten Entscheidungsebenen haben die Kompetenzen und Legitimität der lokalen Ebene anzuerkennen, ziel- und problemorientierte Lösungswege zu entwickeln und umzusetzen und deshalb die lokalen Behörden direkt in die Formulierung und das Management von Politiken und Förderprogrammen einzubinden;
- die Effekte von Förderprogrammen sowie Gesetzgebungen im Bereich der Stadtentwicklung sind ständig zu überwachen und zu evaluieren;
- Nationale und transnationale Zusammenarbeit, Netzwerke und der Aufbau von Fähigkeiten sind zu stärken, um den Erfahrungs- und Wissensaustausch sowie gute Praxisbeispiele zu befördern und damit die Leistungsfähigkeit einer integrierten Stadtentwicklung zu verbessern.

Alle Entscheidungsebenen sollen (müssen) gemeinsam arbeiten und - in enger Zusammenarbeit mit Städten - die Voraussetzungen schaffen, damit wir die integrierte Entwicklung unserer historischen Städte weiter verfolgen können.

_____, _____.2008, Ort: _____

unterschrieben von den gesetzlichen Vertretern
der an den EU Projekten ADHOC und HIST.URBAN
teilnehmenden Partner



Hamburg im Förderprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz

Christoph Schwarzkopf

Denkmalschutzamt der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Ausdehnung des Förderprogramms des Bundes auf die gesamte Bundesrepublik ging einher mit der Überlegung, nicht nur historische Stadtkerne, sondern auch baugeschichtlich und somit denkmalpflegerisch bedeutsame Stadtgebiete als förderfähig einzustufen. In der Freien und Hansestadt Hamburg wurden 15 Gebiete untersucht, die potenziell für eine Förderung in Betracht kommen. Aus diesen sind zwei für das Förderprogramm angemeldet, die mit ihren spezifischen Charakteristika und Förderbedarfen hier vorgestellt werden sollen. In Hamburg ist für die Steuerung der Städtebauförderung die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) zuständig. Für die Umsetzung vor Ort sind die Bezirksämter verantwortlich. Die Festlegung der Fördergebiete erfolgte in sehr enger Kooperation zwischen der BSU und dem Denkmalschutzamt. Durch den einstufigen Aufbau der Denkmalbehörde und durch die enge Vernetzung in der Verwaltung ist das Denkmalschutzamt als Fach- und Schutzbehörde bei allen Förderentscheidungen unmittelbar eingebunden.

Die beiden Fördergebiete können unterschiedlicher kaum sein:

1. Dulsberg: Erhaltung des Stadtbildes mit und ohne Wärmedämmverpackung

Kurzcharakteristik des Gebietes

In den 1920er Jahren entstand mit den Wohnsiedlungen, die sich um die heutige Innenstadt gruppieren, „ein Gürtel um Hamburgs Leib“, so Fritz Schumacher, der diese Bebauung als Hamburger Oberbaudirektor maßgeblich prägte.

Die ab 1921 errichtete Siedlung Dulsberg ist die größte dieser Wohnsiedlungen. Schumacher hat hier unter Abänderung eines Bebauungsplans von

1903 eine Konzeption nach reformerischen Ideen entwickelt, in der viele Menschen in ‚gesunder‘, moderner und städtebaulich ansprechender Umgebung Wohnung finden sollten. Die Siedlung besteht aus zahlreichen Wohnblocks und einigen öffentlichen Gebäuden. Die Hauptachsen des Gebietes bilden die sich kreuzenden Straßburger und Nordschleswiger Straßen sowie ein 50 m breiter und mehr als 1 km langer Grünzug zwischen den Straßen Dulsberg-Nord und –Süd, der sich mit einer Achse kreuzt, die aus Sportplätzen gebildet ist.

Ein hierarchisiertes Netz aus Straßen und Wegen erschließt die einzelnen Blöcke. Innerhalb der 10-jährigen Bauzeit wurden durch verschiedene Wohnungsgesellschaften gruppierte Wohngebäude errichtet, die die Bandbreite architektonischer Möglichkeiten der 1920er Jahre vorführen. Gleichzeitig harmonisieren sie in der Gesamtanlage aufgrund des allgemeingültigen städtebaulichen Entwurfs und verbindender Elemente, wie der konsequenten Verblendung aller Bauten mit dunklen Klinkern. Meist als Blockrandbebauung errichtet, finden sich bereits Mischformen aus dieser und der Zeilenbauweise, aber auch reine Zeilenbauten. Diese wird mustergültig durch die „Frankschen Laubenganghäuser“ vertreten.

Die bis auf eine Ausnahme viergeschossigen Wohnbauten wurden mehrheitlich bei Luftangriffen am Ende des zweiten Weltkrieges zerstört. Der Wiederaufbau der 1950er Jahre orientierte sich an den Plänen der Bauzeit, veränderte aber nach Bedarf auch Grundrisse und Geschossigkeit, um mehr Wohnraum zu schaffen.

Dennoch hat die Siedlung ihren Charakter als typisches Wohnquartier in der Hamburger Backsteinarchitektur der 1920er Jahre bewahrt.

Nicht alle Teile des Gebietes stehen unter Denkmal-

schutz. Dennoch ist allgemein anerkannt, dass eine Erhaltung des gesamten baulichen Bestandes zur Überlieferung der heute als Denkmal erfassten Teile in einem verständlichen Kontext erforderlich ist.

Dementsprechend wurde eine Städtebauliche Erhaltungsverordnung gem. §172 BauGB erlassen, um den gestalterischen Gesamtcharakter zu wahren und im Einzelfall bei Einzelobjekten steuern zu können, wenn Änderungen vorgesehen werden. Ferner wurden in Dulsberg 1995 – 2002 im Rahmen der sozialen Stadtteilentwicklung zahlreiche Maßnahmen durchgeführt, die insbesondere die soziale Infrastruktur und sozialen Netzwerke im Gebiet verbessert haben (www.dulsberg.de).

Differenzen zwischen Substanz und heutigen Nutzungsansprüchen

Wohnungen und Freiflächen im Gebiet sind geprägt von den Vorstellungen und Möglichkeiten ihrer Entstehungszeiten in den 1920er und 1950er Jahren. Dies stimmt in mehrfacher Hinsicht nicht mit den Bedürfnissen der heutigen Zeit überein: Vorrangiges Problem ist die in der derzeitigen Betrachtung mangelhafte Wärmedämmung der Gebäude, hinzu kommt die fehlende Schlagregensicherheit von Fassaden. Vor dem Hintergrund, dass es sich im Dulsberg um ein Gebiet mit preisgünstigem Wohnraum handelt, bedarf es für die angesprochenen Probleme angemessener Lösungen.

Zur Vorbereitung der Maßnahmen im Rahmen des Förderprogramms „städtebaulicher Denkmalschutz“ soll zunächst ein Gesamtkonzept erarbeitet werden.

Denkmalpflegerische Analyse

Bislang war nur summarisch klar, welche Bauteile, auch in den Freianlagen, der Erbauungszeit angehören, welche im Wiederaufbau geschaffen wurden und welche Veränderungen späteren Jahren angehören. Das Denkmalschutzamt hat zur Vorbereitung der Gesamtmaßnahme den Baubestand und die Bauakten intensiv betrachtet. Im Ergebnis wird derzeit eine detaillierte Baualterskartierung und eine umfassende Dokumentation erstellt.

Substanzbewertung der Gebäude vor „Energie-tischer Sanierung“

Bislang gelten nachträglich aufgebraute Wärmedämmverbundsysteme als Allheilmittel für Fassadenrisse, Kondenswasserprobleme und zur Energieeinsparung. Auch auf dem Dulsberg ist deutlich, dass nach heutigen Erkenntnissen nachträgliche Wärmedämmmaßnahmen erforderlich sind.

Alle Außendämmmaßnahmen führen jedoch bei den Backsteinfassaden zwangsläufig zum Verlust von Gestaltqualität, da die bewegten Backsteinoberflächen nicht wirklich nachbildbar sind, geschweige denn baukünstlerischer (Backstein)zierat. Dass die bauzeitlichen Oberflächen verdeckt bzw. zerstört werden, wird zudem gern übersehen. Deshalb ist Ziel des Denkmalschutzamtes, Alternativen zur Fassadendämmung zu finden. Basis ist zunächst, eine intensive Analyse der Außenwandkonstruktionen durchzuführen.

In einem Fragebogen, der anfangs für 40 Objekte genutzt werden soll, werden zudem detaillierte Angaben zu Reparaturgeschichte der Außenwände, Nutzung, Instandhaltungsstatus u.v.a.m. erhoben. Auf einer dann gesicherten Basis sollen daraufhin spezifische Empfehlungen für die sog. „energetische Sanierung“ entwickelt werden.

Externes Sachverständigen-Gutachten und Prioritätensetzung

Aufbauend auf den Analysen soll in Zusammenarbeit mit dem Denkmalschutzamt ein Gutachten erarbeitet werden. Dieses wird in bautechnischer und baukünstlerischer Hinsicht Entwicklungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten zur Bewahrung von Einzelgebäuden aufzeigen. Ziel ist, den Gesamtcharakter des Gebietes zu bewahren.

Das Gutachten dient auch der Ableitung von Prioritäten. Diese werden bestimmt durch a) die Bedeutung des zu fördernden Objektes in baukünstlerischer bzw. bauhistorischer Hinsicht und b) die Dringlichkeit der Maßnahme.

Denkmalgerechte Modernisierungen einzelner Objekte

Es ist davon auszugehen, dass die Entwicklung und

Umsetzung der für die Einzelobjekte angepassten, denkmalgerechten Maßnahmen Mehraufwendungen entstehen. Da es sich fast ausschließlich um preisgünstigen Wohnraum handelt, sind dies zumeist unrentierliche Kosten, die gefördert werden müssen, um sie durchsetzen zu können.

Erhaltung historischer Pflasterungen und Freianlagen

In einigen Fällen sind auch Maßnahmen mit denkmalpflegerischem Schwerpunkt im öffentlichen Raum ohne Förderungsmöglichkeiten nicht umsetzbar. Hierzu gehört der Erhalt charakteristischer Pflasterungen, von Einfriedungen, Brunnen etc., der über die normalen Haushaltsansätze für die Instandhaltung und Pflege durch das zuständige Fachamt des Bezirksamtes hinausgeht.

Einbindung der Vorhabens in den gesamtstädtischen Kontext

Nicht nur baukulturell besonders engagierte Vereine, sondern eine Mehrheit der für die Baukultur Verantwortlichen in Hamburg ist zu der Überzeugung gelangt, dass mit den um sich greifenden Wärmedämmmaßnahmen das vom Backstein geprägte Hamburger Stadtbild in Gefahr ist. Seit 2009 hat der Oberbaudirektor deshalb zu diesem Thema einen „Runden Tisch“ eingerichtet. Dieser hat verschiedene Maßnahmen initiiert, so eine Bestandsaufnahme aller für das Stadtbild relevanten backsteinsichtigen Gebiete. Es gibt Handlungsempfehlungen zum Umgang mit den Fassaden, die in einem Handbuch zusammengefasst werden. Vorgesehen ist, dass künftig ein Verein, in dem alle relevanten Akteure zusammenwirken, beratend für Maßnahmen an den genannten Gebäuden zur Verfügung steht, wenn diese Auswirkungen auf das Stadtbild haben können. Dem Fördergebiet Dulsberg kommt bei den genannten Überlegungen eine Leitfunktion zu.

2. Der Harburger Binnenhafen: Die dritte Konversion eines Gebietes

Der Harburger Binnenhafen stellt ein einzigartiges, weitläufiges Schichtendenkmal dar, in dem sich im Laufe der Jahrhunderte verschiedene Bauschichten

übereinander abgelagert und miteinander verwoben haben. Teils treten die Schichten offen zu Tage, teils sind sie nur für den Kundigen, andere nur für die Archäologie zu erkennen.

Am Anfang: Siedlung und Burg

Die Wurten und der Damm im Bereich der Schlossstraße sind heute noch an der Parzellierung kenntlich, die Wurten anhand der Bodenschichtung archäologisch nachweisbar. Gleiches gilt für den Burghügel der Schlossinsel. Von der Burg des 14. Jh. sind Teile im heute noch so genannten „Schloss“ auf der Schlossinsel enthalten.

Vom Ausbau der Siedlung im 16. Jh. zeugt die Anlage der Straße Karnapp mit ihrer Parzellenstruktur. Parallel zur Straße verlief der Seevekanal, der für den Bahnbau 1881 zugeschüttet wurde.

Die erste Konversion: Bau der Festung

Von der im 17. und 18. Jh. mächtig ausgebauten Festung auf der „Schloßinsel“ ist über dem Erdboden nicht viel zu erkennen. Die relativ kleine Burginsel mit dem umgebenden Graben wurde Mitte des 17. Jh. zu einer in dieser Zeit üblichen, fünfeckigen Festung mit doppeltem Wassergraben ausgebaut. Für die weitläufigen Anlagen wurden einige Häuser am nördlichen Stadtrand abgebrochen.

Aus der Festungszeit hat sich im Gebiet nur ein Fachwerkhaus in der Straße Karnapp erhalten. Die teils giebelständigen Fachwerkbauten in der Schloßstraße stammen aus dem 18. Jh. Durch die Verwendung damals bereits älterer Bauformen vermitteln sie die Vorstellung eines älteren Straßenraumes.

Die zweite Konversion: Entwicklung von Hafen und Industrie

Ende des 18. Jh. fiel die Entscheidung, die bereits veraltete Festungsanlage nicht mehr zu modernisieren. Zunächst nutzte man die Zitadellengräben für den Hafen. Ende des 19. Jh. wandelte sich das Bild, als die Gräben teilweise verfüllt wurden. Somit müssen sich Teile der Befestigungsanlage als archäologisches Denkmal erhalten haben, Teile aber auch in den Kaimauern. Von der Entwicklung des Hafens zeugen die Kais mit ihrer Pflasterung, den Schienen und den Kaimauern, aber auch zwei kleine Werften auf der Schlossinsel. Im angrenzenden Stadtgebiet dokumentieren Kontorhäuser und ver-

schiedene Speicherbauten die Hafententwicklung. Am Binnenhafen siedelte sich nach dessen Ausbau in der Mitte des 19. Jahrhunderts Industrie an, für die der Warentransport auf dem Wasserweg besonders günstig war. Dazu gehörten Gummi und Teer herstellende Unternehmen, so die erste Hartgummifabrik Deutschlands. Die Gebäude stammen aus unterschiedlichen Bauphasen, meist in historisierender Architektur.

Im 20. Jh. entstanden einige Industriebauten, aber auch die heutige Verkehrsinfrastruktur: Hierzu zählen die beiden Klappbrücken, die 1933/34 errichtete Brücke über den Bahnhofskanal und die Holzhafenklappbrücke von 1929/30, aber auch Kräne am Lotsekai. Diese stehen ebenso wie der um 1900 in ein Mietshaus für Werftarbeiter umgebaute Schloss-Westflügel unter Denkmalschutz.

Die dritte Konversion: Nachnutzung für Wohnen und Gewerbe

Im 20. Jh. verlor der Binnenhafen allmählich seine Bedeutung, da für die immer größer werdenden Seeschiffe kein Platz vorhanden war. Zudem verlor Harburg mit der Eingliederung nach Hamburg 1937 seine Eigenschaft als preußischer Zugang zur Nordsee. Nach 1945 verließ auch die Industrie nach und nach den Standort.

Gleichzeitig erwachte das Interesse der Öffentlichkeit an dem Gebiet. Noch 1973 war der vorletzte Schlossflügel auf der Insel abgebrochen worden, begleitet von öffentlichen Protesten. Inzwischen wird die Nachnutzung des Gebietes, unter Beachtung denkmalpflegerischer Interessen, in geordnete Bahnen gelenkt: Ziel ist, das Gebiet, das aus dem Hafengebiet entlassen wird, unter Respektierung baulicher Spuren weiterzuentwickeln.

Für den Binnenhafen existiert ein städtebaulicher Rahmenplan, der den Denkmalbestand integriert. Geplant ist u. a., die Werften, die heute hier bestehen, auch künftig zu belassen. Der Charakter des Gebietes soll auch durch die Weiterführung dieses Gewerbes bewahrt werden. Verstärkt soll auf der Insel Wohnungsbau betrieben werden. Das geht mit der Anlage eines Parks einher. Damit wird auch das Kulturdenkmal „Schloss“ ein neues, angemesseneres Umfeld haben.

Diese Vorhaben werden durch ein Bebauungsplanverfahren gesichert. In diesem Zuge erfolgt auch die denkmalrechtliche Festsetzung großer Teile des Gebietes als Denkmalensemble.

Denkmalpflegerische Ziele

Die Besonderheit des Gebietes, die Vielfalt der Spuren und Schichten seiner Entwicklung aus 800 Jahren, soll erhalten bleiben und in Verbindung mit den neuen Entwicklungsprojekten die Identität des Quartiers prägen. Das bedingt im Kontext dieses Gebietes, überlieferte Schichten bei dessen Weiterentwicklung sinnvoll einzubinden.

Die Spuren der Geschichte sollen auch lesbarer und erlebbarer werden. Erforderlich sind dafür neben der genannten Integration auch Hinweise, Wegleitungen und Zugänglichkeiten im bzw. aus dem öffentlichen Raum heraus.

Die Förderung ist vorgesehen für:

- die Bestandssicherung von Einzelobjekten (z.B. Likörfabrik, Hafenkran und Drehbrücken)
- die Integration von älteren Schichten in neue Vorhaben (Pflasterung, Kaimauern, archäologische Bestände)
- die Erkundung im Vorfeld von Planungen oder Baufreimachung (Archäologie und Bauforschung, Archivrecherchen)

Einbindung in den Kontext gesamtstädtischer Entwicklung

Die Entwicklung des Binnenhafengebietes ist Teil der vom Hamburger Senat beschlossenen Leitprojekte „Sprung über die Elbe“ und „Internationale Bauausstellung Hamburg 2013“. Mit diesen Impulsen sollen die südlichen Stadtgebiete besser in die Gesamtstadt eingebunden werden.

Fazit

Mit der Aufnahme der beiden Gebiete in das Förderprogramm sollen neue Themen und Probleme bearbeitet werden, die aufgrund der bisherigen Programmsystematik nicht im Fokus der Städtebauförderung standen. Der neue Programmbereich

stärkt die Kooperation zwischen Stadtentwicklung und Denkmalschutz in Hamburg, die hier gebietsbezogen und auf Basis integrierter Konzepte erfolgen soll.

Christoph Schwarzkopf

Seit 2008 Denkmalschutzamt der Freien und Hansestadt Hamburg, 1989 Architekturdiplom in Weimar, 1990-1994 Thüringisches Landesamt für Denkmalpflege, zuständig u.a. für die Betreuung des Förderprogramms städtebaulicher Denkmalschutz in Hildburghausen, Heldburg, Themar, 1994-1995 Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten, 1995-2008 freiberufliche Tätigkeit als Architekt und Bauhistoriker in Erfurt und Weimar, 2002-2008 Landesdenkmalamt Baden-Württemberg (seit 2005 RP Karlsruhe), zuständig für die praktische Denkmalpflege in Karlsruhe (Teilzeitbeschäftigung)

Verfügungsfonds für den Städtebaulichen Denkmalschutz

Hathumar Drost

Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz

Erstmals wurde mit der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2009 (VV Städtebauförderung 2009) des Bundes mit den Ländern für alle Programme der Städtebauförderung die Einrichtung von Verfügungsfonds explizit ermöglicht. Insbesondere im Rahmen des Programms Soziale Stadt wurden bundesweit vielfältige Erfahrungen mit Verfügungsfonds gemacht. Vielfach unter einem anderen Titel wie z.B. Quartiersfonds, Stadtteilfonds etc. wurden vielfältige Aktivitäten Dritter unterstützt. Die geförderten Einzelaktivitäten sollten dabei jeweils die Umsetzung der Programmziele unterstützen. Dabei können kleine investive Projekte wie die Beleuchtung eines Fußweges ebenso unterstützt werden wie die Erstellung eines Stadtplans für Kinder oder die Ausrichtung von Dankesveranstaltungen für Ehrenamtliche.

Im Rahmen des Programms Aktive Stadt- und Ortszentren sollen ganz gezielt Finanzierungspartner für die Stärkung der Funktion von städtischen Mittelpunkten gewonnen werden. Für Maßnahmen und Projekte, die aus dem Verfügungsfonds finanziert werden sollen, ist eine Mitfinanzierung durch Dritte (private Mittel, weitere öffentliche Mittel, Spenden etc.) in Höhe von mindestens 50% der Maßnahme- oder Projektkosten erforderlich. Ziel ist es, mit dem Verfügungsfonds weitere Akteure und Partner für die Innenstadtentwicklung zu gewinnen und in die Finanzierung von Maßnahmen einzubinden.

Das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz ist von jeher darauf ausgerichtet Impulse für ein breites Engagement Dritter zu geben. Die Erneuerung von Straßen, Plätzen und Grünanlagen verbessert die Investitionsbereitschaft privater Eigentümer merklich. Qualitätsvorgaben im Rahmen kommunaler Regelungen wie beispielsweise Gestaltungssatzungen, mehr noch aber die Vorbild-

wirkung gestalterisch hochwertiger Bauprojekte der öffentlichen Hand signalisieren, dass in den Sanierungs- und Erhaltungsgebieten des Städtebaulichen Denkmalschutzes ein überdurchschnittliches baukulturelles Engagement der Immobilieneigentümer erwartet wird. Der Erfolg des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz basiert aber auch auf der Identifikation der Bewohner und Gewerbetreibenden in den Programmkulissen mit den jeweils stadtindividuellen Programmzielen. Eine der Qualität des Umfeldes angemessene Nutzung, eine liebevolle Gestaltung des eigenen Wohn- und Arbeitsumfeldes sowie ein am historischen Erbe orientiertes künstlerisches und kulturelles Engagement sind sichtbarer Ausdruck der Wirksamkeit des Programmes über die baulich-räumliche Erneuerung hinaus. Das bauhistorische Erbe hat zudem eine hohe Strahlkraft über das jeweilige Programmgebiet hinaus: historische Stadtkerne, erhaltenswerte Stadtquartiere, baukulturell bedeutsame im Umbruch befindliche Industrieanlagen faszinieren Bewohner der jeweiligen Stadt und Region sowie vielerorts auch deren Besucher.

Die Programmgebiete des Städtebaulichen Denkmalschutzes benötigen über eine dauerhaft tragfähige und gestalterisch anspruchsvolle Erneuerung hinaus angemessene Nutzungen und städtisches Leben, das in direktem Bezug zu den Qualitäten des bauhistorischen Erbes steht. Die Förderung von Maßnahmen und Vorhaben, die die Herausbildung bzw. die Stärkung von städtischer Belebung unterstützen ist daher ein wichtiger Bestandteil des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz. Das Instrument Verfügungsfonds kann wesentlich dazu beitragen, da es ausdrücklich auf die Kofinanzierung durch Dritte ausgerichtet ist. Mit Verfügungsfonds sollen ausdrücklich kleinteilige Herangehensweisen unterstützt werden.

Bislang sind in der Bundestransferstelle keine Verfügungsfonds bekannt, die aus Mitteln des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz finanziert werden und einen direkten Bezug zu den übergeordneten und jeweiligen Stadtindividuellen Programmzielen haben. Verfügungsfonds werden jedoch als gute Möglichkeit eingeschätzt, um in den Programmgebieten der neuen Länder erreichte Qualitäten zu sichern und das Engagement für die historischen Stadtkerne zu verstetigen. In den Programmgebieten der alten Länder können bestehende Initiativen mit Hilfe von Verfügungsfonds gezielt unterstützt und hinsichtlich der Programmziele sensibilisiert werden. Zudem können neue Impulse für eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem bauhistorischen Erbe gegeben werden.

Ein mögliches Verfügungsfondsmodell könnte folgendermaßen ausgestaltet sein:

- Fondssumme / Jahr: offen, z.B. 20.000 EUR für Verfügungsfonds Gesamtvolumen (inkl. mind. 50% Eigenanteil) mind. 40.000 EUR
- Fondsverwaltung: Stadt (Bewirtschaftung ggf. über treuhänderischer Sanierungsträger, Programmbeauftragter)
- Kofinanzierung: mindestens 50%
- Art der Kofinanzierung: Drittmittel bzw. private Mittel, Spenden, Sponsoring, weitere Eigenmittel der Kommunen o.a.
- Antragsteller: Projektträger aus der Kommune oder dem Programmgebiet (juristische Person des privaten Rechts, Personengesellschaft, natürliche Person, nicht rechtsfähige Organisation)
- Auswahlkommission: Auswahlkommission / Akteursgremium Verfügungsfonds auf kommunaler Ebene (Stadt, Vereine, Akteure etc.), abhängig von Stadt / Akteursstruktur und Aufgabenstellung

Mögliche Verfahrensschritte sind:

1. *Schritt:* Antragsvorbereitung durch Projektträger vor Ort inkl. Vorabstimmung mit Programmbeauftragter des Gebiets / mit Kommune
2. *Schritt:* Antragstellung an den Programmbeauftragten des Gebietes inkl. Darstellung des Eigenan-

teils

3. *Schritt:* Votierung des Projektes durch die Auswahlkommission (inhaltliche und kaufmännische Prüfung, Voraussetzung positives Votum Programmbeauftragter)
4. *Schritt:* Projektumsetzung durch Projektträger auf Basis des Abschlusses einer Vereinbarung zwischen Programmbeauftragten / Stadt und Projektträger (inkl. Verwendungsnachweis)
5. *Schritt:* Öffentlichkeitswirksamer Abschluss

Mögliche Bewertungskriterien sind:

- Die Höhe der Projektförderung entspricht den Verfügungsfondsregeln z.B. Höchstgrenze 5.000 EUR Förderung, zzgl. Eigenanteil mindestens 50%, Bagatellgrenze 500 EUR Förderung, zzgl. Eigenanteil mindestens 50 %.
- Die Maßnahme ist ein Baustein zur Umsetzung des Gebietskonzeptes.
- Die Umsetzung erfolgt innerhalb des laufenden Programmjahres.
- Die Maßnahme hat aktivierenden und motivierenden Charakter (Mehrwert).
- Zudem können der Gebietsbezug, die Öffentlichkeitswirkung, der Wettbewerbsschutz und die Wahrung des Gleichheitsgrundsatzes mögliche Kriterien sein.

Das Modell sichert die Projektumsetzung und Einbindung der Beteiligten in den Programmgebieten und stärkt das Verantwortungsbewusstsein. Mit dem denkbaren Verzicht auf die Unrentierlichkeitsprüfung bei geringen Fördersummen erscheint die Mitwirkung Dritter / privater Träger möglich. Durch die transparente und demokratische Votierung und Entscheidung vor Ort kann der ordnungsgemäße Mitteleinsatz gesichert werden.

Um den Verfügungsfonds attraktiv auszugestalten und private / sonstige Mittel dafür zu gewinnen, müssen Vorhaben möglich sein, die in den Regelprogrammen mit seinen Fördertatbeständen nicht förderfähig und umsetzbar sind. Hier ist insbesondere die Abgrenzung zu Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit erforderlich. Die Städte sind gefordert, hier eigene und auf die kommunalen Strukturen passende Regeln im Einklang mit der

Richtlinie zu entwickeln.

Bei Verfügungsfonds kann aufgrund geringer Summen, die plausibel festzulegen sind ggf. auf den Nachweis der Unrentierlichkeit verzichtet werden, gleichwohl müssen die Bewertungskriterien, die die Stadt sich für den Verfügungsfonds gegeben hat, erfüllt sein. Die Anforderungen an die Zusammensetzung, die Aufgaben und die Entscheidungsabläufe der Auswahlkommissionen sowie die Abgrenzung der Aufgaben zu den Städten / Sanierungsträgern müssen eindeutig formuliert werden. Idealerweise wird die Umsetzung des Verfügungsfonds vor Ort durch einen eigenen, auf die kommunalen Interessen ausgerichteten Leitfadern gesichert.

Das Instrument der Verfügungsfonds ermöglicht eine niedrighschwellige Einbindung Dritter in die Umsetzung von Programmzielen – auch im Bereich Städtebaulicher Denkmalschutz. Die Rahmenbedingungen sind durch die Programmstädte in Abstimmung mit den jeweiligen Landesregelungen gestaltbar. Gleichwohl übertragen die Städte damit für einen Teil der Fördermittel die Verantwortung für eine zielorientierte Umsetzung an Dritte. Das muss von den Städten gewollt und kommunalpolitisch legitimiert sein. Die guten Erfahrungen in Rahmen anderer Programme der Städtebauförderung machen Mut. Die Bundestransferstelle steht für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Hathumar Drost

Seit 1991 geschäftsführender Gesellschafter von complan Kommunalberatung mit Sitz in Potsdam. Diplom-Pädagoge / TU Berlin sowie Studium und praktische Tätigkeiten in den Bereichen Sozialarbeit sowie Stadt- und Regionalplanung. Seit 2008 Leiter der Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz. Seit 2003 Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft „Städte mit historischen Stadtkernen“ des Landes Brandenburg und seit 2007 Mitglied im Kuratorium Kulturland Brandenburg. Zusätzliche Mitgliedschaft in DASL, BDB, SRL und Deutscher Werkbund.

Zu besonderen Themen im Städtebaulichen Denkmalschutz



Hattingen, Nordrhein-Westfalen | complan Kommunalberatung

Hattingen – Stadtentwicklung im Zeichen der Kulturhauptstadt RUHR.2010

Walter Ollenik
Astrid Hardtke
Stadt Hattingen

Hattingen – ein Stadtporträt

In kaum einer anderen Stadt im Ruhrgebiet sind Tradition und Geschichte in Kombination mit Modernität und Avantgardismus so augenfällig wie in Hattingen. Zeugen neuzeitlicher Industriegeschichte, mittelalterlicher Burgen und moderner Stadtentwicklung begegnen sich hier. Der weit greifende Spannungsbogen der Geschichte lässt sich noch heute im Stadtbild ablesen, und das unterscheidet Hattingen von zahlreichen anderen Städten des Ruhrgebietes.

„Hattingen hatt`s“: Im Süden Wald mit den Ausläufern des Bergischen Landes, im Norden die Ruhr. Die stille, etwas verträumte Ruhrlandschaft mit einem Paradies für Vogelwelt und Wassersportler, längs der Ruhr drei mächtige Burgen, die von der früheren Bedeutung Zeugnis ablegen, die mittelalterlichen historischen Stadt- und Ortskerne Hattingen-Altstadt und Blankenstein, Mühlen und Museen, und nicht zuletzt die sanften Hügel der Elfringhauser Schweiz.

Hattingen ist eine mittelalterliche Stadt, die vor mehr als 1000 Jahren unter dem Schutz der Franken besiedelt wurde. Hattingen war immer eine Grenzstadt. Im Mittelalter musste sie sich im Grenzland der Franken und Sachsen behaupten, in ihrer Blütezeit im 16. Jahrhundert war sie eine bedeutende Handelsstadt und Mitglied der Hanse zwischen Westfalen und Rheinland. Hattingen hat aber auch eine 150-jährige Geschichte von Stahl und Eisen. Heute lebt die Stadt den Strukturwandel des Ruhrgebietes an der Grenze zum Bergischen Land.

Ein Slogan reicht für Hattingens Vielfalt und Attraktivität nicht aus. Hattingen entwickelt sich zwischen Fachwerk + Stahl, Tradition + Moderne.



Abb.1 | Collage

Im Fokus der Stadtentwicklung stehen nach wie vor die historischen Siedlungskerne Altstadt, Blankenstein und Welper mit der ehemaligen Henrichshütte, heute Industriemuseum des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe und Ankerpunkt der Route der Industriekultur.



Abb.2 | Hochofen



Abb. 3 | Burg Blankenstein

Die Attraktivität Hattingens ist neben der Natur in kulturellen Ereignissen und den herausragenden Exponaten des Denkmalschutzes begründet. Das Bügeleisenhaus, das Alte Zollhaus, das Alte Rathaus oder der schiefe Turm der St.-Georgs-Kirche auf dem Kirchplatz sind bekannte Markenzeichen der Altstadt.

Bemerkenswert ist das Krämersdorf, eine Platzanlage der 1950er Jahre ganz im Stil eines romantisierenden Klassizismus. Hier hatten Bomben des II. Weltkrieges die reformatorische Kirche mit angrenzenden Fachwerkhäusern zerstört. Der gelungene Platz des damaligen Stadtbaurates Ullrich stellt eine in sich geschlossene Architektursprache dar und ist eine ruhige Oase inmitten der Fußgängerzone. Diese erstreckt sich als T von der Großen Weilstraße über die Heggerstraße in Richtung Henrichshütte und ist neben der Frankfurter Zeil eine der ersten Fußgängerzonen Deutschlands.

Die Phase der Stadtsanierung der Hattinger Altstadt setzte erst in den 1970er Jahren ein, unmittelbar nach der kommunalen Neuordnung. Die lange Planungszeit unter Prof. Martin Einsele führte bereits mit Beginn der 1960er Jahre auf der Grundlage einer breit angelegten und intensiven Bürgerbeteiligung zu einer weitgehenden Berücksichtigung und damit Schonung der Denkmalsubstanz. Trotz der notwendigen Abrisse im südlichen Teil der Altstadt für ein modernes Kaufhaus – als Magnet für die weitere Belebung der Geschäftswelt gedacht – konnte der historische Straßengrundriss mit 150 Baudenkmalern und einer in großen Teilen erhaltenen Stadtmauer bis heute erhalten bleiben.

Leider ist es seinerzeit auf Grund der angrenzenden Gebäude der Gründerzeit und bereits vorher angelegter Straßentrassen nicht gelungen, die Wall- und Grabenzonen komplett freizuhalten. Gute Ansätze sind jedoch im westlichen und östlichen Bereich der Altstadt erkennbar – heute grüne Biotope oder Kinderspielplätze im Schatten der erhaltenen Stadtmauer.

Aus heutiger Sicht wird die Hattinger Stadtsanierung – insbesondere unter Berücksichtigung des seinerzeitigen Zeitgeistes – bundesweit als weit-sichtig und beispielhaft empfunden. Dies gilt vor allem vor der Kulisse der Sanierungen in den benachbarten Städten des Ruhrgebietes. Selbst die architektonische und städteplanerisch wenig gelungene Realisierung des Kaufhauses ist unter dem Druck der damaligen Befürchtung einer weiteren Verslumung verständlich und akzeptabel.

Neben dem Warenhaus bildeten ein Parkhaus aus Beton und der komplett betonierte großzügige Zentrale Omnibus Bahnhof (ZOB) einen städtebaulichen Missstand, der im Jahre 2009 durch das integrierte Einkaufszentrum Reschop Carré beseitigt wurde. Allerdings ist der Zugang zur Altstadt vom S-Bahnhof aus über eine Brücke mit Anbindung durch das Einkaufszentrum nicht optimal gelöst. Die Architektur löst sich in Einzelgebäude auf und nimmt hinsichtlich der Kubatur Rücksicht auf die unmittelbar angrenzende Altstadt.

Das Bild der Stadt hat sich nach dem Niedergang der Henrichshütte im Jahr 1989 gewandelt. Der Strukturwandel ist gelungen, der Henrichspark rund um den denkmalgeschützten Hochofen mit Industriemuseum füllt sich zusehends mit modernen, zukunftsorientierten Firmen. Die unmittelbare Lage an der Ruhr, die weitläufigen Grünflächen am Alten Ruhrarm und die Nähe zur Altstadt zahlen sich aus. Mit der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) und dem Land Nordrhein-Westfalen hatte die Stadt verlässliche und starke Partner.

Einzelhandelsentwicklung in Hattingen

Der Einzelhandel in der Hattinger Innenstadt ist

seit jeher durch einen guten Mix aus bekannten Filialisten und inhabergeführten Fachgeschäften geprägt. Insgesamt umfasst das innerstädtische Angebot heute rund 200 Einzelhandelsgeschäfte mit einer Verkaufsfläche von ca. 37.000 m². Das qualifizierte Einzelhandelsangebot wird ergänzt durch eine vielfältige Gastronomieszene. Konsumnahe Dienstleister sowie öffentliche Einrichtungen runden die Nutzungsstruktur im Stadtzentrum ab. Neben der historischen Altstadt konzentriert sich der Einzelhandel entlang der Heggerstraße, einem gründerzeitlichen Stadterweiterungsgebiet. Darüber hinaus hat sich mit der Eröffnung des Einkaufszentrums Reschop Carré im Frühjahr 2009 am südlichen Rand der Altstadt ein neuer Einzelhandelschwerpunkt etabliert.

Trotz der aus Sicht des Einzelhandels „schwierigen“ Lage zwischen den direkt benachbarten Oberzentren Bochum, Essen und Wuppertal präsentiert sich die Innenstadt als leistungsstarker Einzelhandelsstandort, der seine Wettbewerbsposition sukzessive ausbaut. Wesentlicher Standortvorteil ist die besondere Einkaufsatmosphäre, die die historische Altstadt vermittelt. Die kleinteiligen historischen Baustrukturen verhinderten in der Vergangenheit aber die Schaffung großflächiger Verkaufsflächen mit modernen Zuschnitten. Unternehmen vor allem aus dem Elektro- und Textilwarenbereich, die seit Jahren ihr Interesse am Standort bekundet haben, fanden keine geeigneten Flächen. Daher konnte der Hattinger Einzelhandel bisher nur unterdurchschnittlich die am Ort vorhandene Kaufkraft binden. Die Kaufkraftbindungsquote lag vor der Eröffnung des neuen Einkaufszentrums bei 66 Prozent.

Erst mit der Verlagerung und einhergehenden Verkleinerung des Busbahnhofes sowie dem Abriss eines unansehnlichen städtischen Parkhauses aus den 1970er Jahren sind am Rand der Innenstadt – direkt an der stark befahrenen B 51 und der S-Bahn-Haltestelle - neue Flächenpotenziale entstanden. Mit der Realisierung des Einkaufszentrums Reschop Carré wurde nicht nur die südwestliche Ecke der Innenstadt städtebaulich arrondiert, es ist auch eine spürbare Ausweitung der Angebotsflächen für Einzelhandel und in begrenztem Umfang für Gastro-

nomie und Dienstleistungen erfolgt. Magnetmieter sind ein SATURN Elektromarkt sowie die Textilhäuser H & M und C & A. Insgesamt umfasst das Reschop Carré eine Nutzfläche von 11.500 m². Dies ist für ein innerstädtisches Shopping-Center eine relativ geringe Größenordnung, die ein isoliertes, nur auf sich selbst bezogenes Angebot ausschließt. Das Zusammenspiel mit der gewachsenen Einkaufszone soll erfolgen. Dies wird auch durch die relativ offene Architektur, die sich um einen neuen Platz gruppiert, gefördert. Die Erfahrungen der ersten Monate zeigen, dass das Einkaufszentrum die angestrebte Magnetwirkung für die gesamte Innenstadt entfaltet. Höhere Passantenfrequenzen und Kunden- und Umsatzzuwächse im bestehenden Einzelhandel sind zu verzeichnen. Gleichzeitig fand auch eine erste Initiative zur Angleichung bzw. Ausweitung der Öffnungszeiten statt.



Abb. 4 | Reschop-Carré

Die Integration des neuen Einkaufszentrums in die bestehenden vielfältigen Nutzungsstrukturen der Innenstadt wird auch durch die Einrichtung der Stadtbibliothek im 3. und 4. Obergeschoss des Objektes gefördert. Der Umzug in das Stadtzentrum und die moderne Ausstattung dieser wichtigen öffentlichen Einrichtung haben u. a. zu einem deutlichen Anstieg der Besucherzahlen geführt und tragen insgesamt zur Belebung der Innenstadt bei.

Die angestrebte Abstimmung des Angebotes sowie die städtebauliche Anbindung des benachbarten Hertie-Hauses (u. a. Öffnung des Hertie-Hauses hin zum Reschop Carré) ist durch die Insolvenz und Schließung des Warenhauses im Sommer 2009 z. Z. nicht realisierbar. Zwischenzeitlich wurde die Im-

moblie an die Kaufland Stiftung verkauft, die hier ein SB-Warenhaus eröffnen wird. Das Sortiment wird den Angebotsmix der Innenstadt positiv ergänzen, da es nicht gelungen war, im Reschop-Carré ein großflächiges Lebensmittelangebot zu integrieren.

Wichtig für die Stärkung des Einzelhandelsstandortes Innenstadt ist die konsequente Ansiedlungssteuerung durch Politik und Verwaltung im gesamten Stadtgebiet. Die Innenstadt hat oberste Priorität für den zentrenrelevanten Handel. Einzelhandelsstrukturuntersuchung (1999), Rahmenplan Innenstadt (2004) und Masterplan Einzelhandel (2009) bilden die Grundlagen des kommunalen Handelns. Ein Stadtmarketingverein, getragen von Privatwirtschaft und Stadt, koordiniert zudem seit einigen Jahren Veranstaltungen und Aktionen, die die Stärken der Innenstadt in Szene setzen und überregional auf den Standort aufmerksam machen.

Hattingen und die Kulturhauptstadt Europas
RUHR.2010

RUHR.2010 ist ein einmaliges so schnell nicht wieder stattfindendes Ereignis und wird ein neues Bild

des Ruhrgebietes in die Welt tragen – eine grüne Metropole Ruhr mit viel Kultur, die in der geballten Form in Deutschland ihresgleichen sucht. Die Kulisse bilden zum großen Teil aufgegebene Industriestandorte – Industriekultur – und die Ergebnisse des Stadtumbaus der IBA-Emscherpark. Kultur durch Wandel – Wandel durch Kultur, wo wäre dies besser nachvollziehbar als in der Metropole Ruhr?

Die Imageverbesserung des Ruhrgebietes, verbunden mit einer neuen Wahrnehmung auf dem Medien- und Tourismussektor ist unbezahlbar. Und es fing schon gut an. Am 9. Januar 2010 fand die Eröffnung auf Zollverein in Essen statt. Über 200.000 Besucherinnen und Besucher erlebten die Eröffnungsfeier. Hierzu Fritz Pleitgen (Journalist): „So wurde das Ruhrgebiet noch nie wahrgenommen. Aber das war erst der Anfang, wartet mal ab, was noch kommt!“

Auch Bundespräsident Horst Köhler sowie der EU-Ratspräsident José Manuel Barroso fühlten sich trotz der widrigen Wetterumstände auf Zollverein ausgesprochen wohl und waren von der einzigartigen Eröffnung begeistert. Der Höhepunkt der Eröffnungsveranstaltung war sicherlich Herbert Grö-



Abb. 5 | Lichtinstallation Stadtmuseum

nemeyer mit der neuen Hymne „Komm zur Ruhr“.

„Wir sind Kulturhauptstädter!“ Mit diesem Slogan wirbt die Stadt Essen für die Kulturhauptstadt RUHR. 2010. Doch neben Essen sind es 52 weitere Kommunen, die das Ruhrgebiet – die Metropole Ruhr – mit ihren 5,5 Mio. Einwohnern der Welt als Orte der Kultur vorstellen möchten. Und Hattingen ist dabei.

Wie kann ein derartiges, weltweit beachtetes Kulturereignis den Strukturwandel und das Image einer Stadt beflügeln? Diese Fragen stellen sich natürlich viele Menschen angesichts leerer Kassen und Sanierungsstaus an viele kommunalen Gebäuden und Straßen. Ist eine Kulturhauptstadt überhaupt leistbar?

Hattingen bietet schon jetzt eine Reihe kultureller Besonderheiten, die im Rahmen des Kulturhauptstadtereignisses integriert werden. So findet seit 2004 alle zwei Jahre das bundesweite Aphoristiktreffen mit internationaler Beteiligung statt. Ein Resultat ist der Aufbau des Deutschen Aphorismus-Archivs in Hattingen. Im Rahmen der Kulturhauptstadt 2010 ist eine Ausweitung auf den europäischen Raum geplant.



Abb. 6 | Burg Blankenstein - Montage

Mehrere große Kunstprojekte werfen ihre Schatten ebenfalls bereits voraus. Zum Beispiel „Lichtkunst Altstadt“: Der Schatten der St.-Georgs-Kirche, die beleuchtete Stadtmauer, Bügeleisen, Altes Rathaus und Zollhaus rücken die Altstadt ins rechte Licht. Künstlerische Lichtinstallationen am Kirchplatz werden Hattingen zusätzlich zu einem glitzernden Juwel machen.

Desweiteren ist eine künstlerische Inszenierung der Altstadt zur städtebaulichen Markierung der Stadttore geplant. Die Stadtbefestigung Hattingens geht zurück ins 14. Jahrhundert. Der Stadtgrundriss ist im wesentlichen erhalten geblieben, ein großer Teil der Stadtmauer steht auch heute noch, die Lage der alten Stadttore ist noch erkennbar. Sie bilden nach wie vor die Eingänge in die Altstadt.

Die Idee besteht darin, alle Stadttore durch moderne Kunst neu zu definieren und ungewöhnliche städtebauliche Zeichen zu schaffen. Dabei stand Europa Pate: der Hattinger Künstler Bernhard Matthes und der ehemalige Direktor des Bochumer Museums Dr. Peter Spielmann suchten für das Projekt bewusst europäische Künstler internationalen Ranges aus. Pünktlich zur Kulturhauptstadt werden im Frühjahr 2010 zwei Tore realisiert: am ehemaligen Bruchtor die Arbeit „La Porta Aperta“ des italienischen Künstlers Marcello Morandini mit Hilfe einer Landesförderung und am Holschentor „Engel ante Portas“ des Schweizer Künstlers Urs Dickerhof durch die Sparkassenstiftung.

Das 6m x 6m große Kunstwerk La Porta Aperta – Das geöffnete Tor – lädt förmlich zum Durchschreiten ein. Nahezu unmittelbar am Platz des historischen Bruchtores liegt es direkt am neuen ZOB – das Tor ist zur Altstadt und zum Reschop Carré hin geöffnet. Es heißt die Besucher auf großzügige Weise willkommen. Die Arbeit ist typisch italienisch, typisch Marcello Morandini: Schwarz-Weiß. Schwarzer afrikanischer Granit wechselt mit weißem italienischen Marmor. Ein Dialog in Schwarz und Weiß – kein Zufall, denn schon im Jahr 2002 präsentierte sich Morandini mit der Ausstellung „dialogo bianco e nero“ im Hattinger Stadtmuseum.



Abb. 7 | Stadttor von Marcello Morandini

Der Schweizer Künstler Urs Dickerhof schafft eine sehr heitere, menschliche Arbeit. Flankiert von Engeln, Menschen und Tieren betritt der Besucher die Altstadt am Holschentor. Dickerhofs Figuren scheinen die schöne Stadt Hattingen förmlich erstürmen zu wollen. Auch von der mächtigen Stadtmauer lassen sie sich nicht aufhalten. Die sehr differenzierten Figuren aus verzinktem Stahl reizen den Betrachter jeden Tag aufs Neue zu intensiver Betrachtung. Man entdeckt immer neue Details und Bezüge. Die Arbeit steckt voller Symbolik. Das Material erscheint bei wechselnden Lichtverhältnissen oder nachts künstlich beleuchtet in unterschiedlichen Oberflächen und verleiht dem Kunstwerk zusätzlichen Reiz. Das Holschentor wird zu einem unverwechselbaren Ort.

Rechtzeitig zur Kulturhauptstadt wurde auch der Rundgang durch die historische Altstadt neu aufgelegt. Ein Rundgang entlang der Kunst im öffentlichen Raum vervollständigt das Angebot.

Kulturelles Highlight im Kulturhauptstadtjahr 2010 ist auch das Altstadtfest vom 02. bis 04. Juli 2010 im Rahmen der Local Heroes Woche. Jede der 52 teil-

nehmenden Städte ist mit ihrem Programm eine Woche lang Mittelpunkt der Kulturhauptstadt Europas. Eine eigens konzipierte !SINGSäule als Staf-felstab mit gesungenen Grußbotschaften wandert durchs Ruhrgebiet – ein interaktives Element, das alle Local-Heroes-Wochen programmatisch miteinander verbindet.



Abb. 8 | Programmheft Hattinger Altstadtfest

Diese vielfältigen Kulturprojekte im ganzen Ruhrgebiet wie auch in den 52 Mitgliedsstädten werden ein neues Bild des Ruhrgebietes – der Metropole Ruhr – zeichnen. Die ganze Region, jede einzelne Stadt, wird hiervon profitieren.

Auch für die Wahrnehmung innerhalb der Bevölkerung wird sich vieles positiv verändern. Man wird sich zunehmend als Metropole verstehen, jede Stadt als stolzer Teil des Ganzen. Die Zusammenarbeit unter den Städten wird intensiviert, Netzwerkprojekte werden in Zukunft die Regel sein. Schon jetzt planen viele benachbarte Städte ihre planerische Zukunft gemeinsam.

Das vielfach immer noch vorherrschende Bild des Ruhrgebiets, bestehend aus Kohle und Stahl, Ruß und Dreck, wird korrigiert. Industriekultur, eine neue Medienlandschaft, gelebte Integration, Modernität in gewachsener historischer Tradition werden kommuniziert.

Bildnachweis

Abbildungen 1-2, 4-8: Stadt Hattingen;

Abbildung 3: Hans Blosssey

Walter Ollenik

Nach dem Architekturstudium an der RWTH Aachen und Referendariat seit 1978 tätig bei der Stadt Hattingen – zunächst als Bauordnungsamts- und Hochbauamtsleiter, jetzt Leiter des Fachbereichs Weiterbildung und Kultur. Seit 1978 Leiter der Denkmalbehörde. Mitarbeit in zahlreichen überregionalen Gremien wie Städtetag, Arbeitsgemeinschaften der Historischen Stadt- und Ortskerne, Arbeitskreis der Denkmalpfleger im Ruhrgebiet. Lehraufträge an der RUB Bochum und der Universität Dortmund. Zahlreiche Veröffentlichungen auf dem Gebiet des Denkmalschutzes wie „Zeitmaschine Architektur“.

Astrid Hardtke | Thema Einzelhandel

Seit 2001 im Fachbereich Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing und Touristik der Stadt Hattingen u. a. verantwortlich für das Aufgabengebiet Innenstadt- und Einzelhandelsentwicklung. Nach dem Studium der Raumplanung an der TU Dortmund ab 1995 tätig als Projektleiterin bei der GMA Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung mbH, Niederlassung Erfurt. Beratung von Kommunen – überwiegend in den neuen Bundesländern – in Fragen der Einzelhandelssteuerung, des Stadtmarketings und bei Freizeitinfrastrukturprojekten.

„Denkmal an Energie – Gutes Klima in historischen Stadtkernen“

Harry Müller

Arbeitsgemeinschaft »Städte mit historischen Stadtkernen« des Landes Brandenburg

...so lauteten Titel und Thema der Herbsttagung der Arbeitsgemeinschaft Städte mit historischen Stadtkernen des Landes Brandenburg am 12.11.2009 in Wittstock/Dosse.

Die bewährte Tagungstradition widmete sich demnach der Energieeffizienz bei historischen Gebäuden und bot Mitgliedsstädten, Sanierungsträgern und Fachleuten eine interessante Austauschplattform. Auf die Beiträge des Fachministeriums (Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg), der Architekten, der Wissenschafts- und Hochschullehre, der kommunalen und wirtschaftlichen Anwender sowie der Denkmalbehörden soll hier nicht näher eingegangen werden. Verfügbar sind sie bei der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft unter www.ag-historischen-stadtkerne.de. Erwartungsgemäß trugen alle Darlegungen die Tendenz, dass diesbezügliche Herausforderungen besonders groß seien, da bisher aus kunsthistorischen und ästhetischen Gesichtspunkten alles unterlassen wurde, was außerhalb von Denkmalsbereichssatzungen längst gängige Praxis ist. Die historischen Stadtkerne also „**Klimakiller**“ der besonderen Art? Selbst die agierenden Denkmalfachleute wehren sich gegen diese „Schreckensthese“ eher defensiv.

Nachfolgend einige Denkansätze, die ermuntern und anregen mögen, dass die baukulturellen Schätze selbstbewusstere Fürsprecher bekommen. Möglich und glaubwürdig wird dies wohl nur, wenn sich meine „Antithese“ – dass nämlich kompakte historische Stadtkerne bereits von je her einen klimaefizienteren Wirkungsgrad als die offene Bebauung der peripheren Siedlungsteile besitzen – akademisch und empirisch belegen lässt. Nun stelle ich beim Verfassen dieses Aufsatzes fest, dass es sich mit der soliden Nachweisführung und Quellenbelegung so ähnlich verhält wie mit der globalen

Klimadiskussion, die leider allzu oft aus medialer Sensationssucht geradezu hysterisierend publiziert wird. Die Zurückhaltung namhafter Institute und Fachakademiker schadet der wissenschaftlichen Ausgewogenheit und Objektivität dieser unausweichlichen Debatte. Klar dürfte sein, dass diverse Veränderungen leichter feststellbar sind als dass die Vermeidbarkeit weiterer Verschlechterungen vorhersehbar ist. Als Geodät sehe ich allerdings das Erfordernis einer „Null-Messung“ bzw. „Null-Marke“ beim Veränderungsnachweis als besonders prioritär an. Und da dürfte in der mittleren und langfristigen Klimavergangenheit noch viel zu erforschen sein.

Ein Vorredeinschub noch zur Klarstellung meines diesbezüglichen Weltbildes:

Selbst wenn die weitere solide Erforschung von Klimavergangenheit und -zukunft relativierende Erkenntnisse zu Tage fördern sollte, ein „unbekümmertes Weiter so“ muss nicht zuletzt aus zwei Gründen abgelehnt werden:

1. Aus Ethik und Anstand gegenüber unseren Nachfahren ist dem rücksichtslosen Verbrauch endlicher Ressourcen – insbesondere der fossilen – ein Ende zu setzen.
2. Besitzer und Bewohner von denkmalgeschützten Häusern haben das gleiche Recht auf bezahlbare Betriebskosten.

Übrigens, die Ökonomie der Gebäudenutzung stand zu allen Zeiten mit im Fokus der Siedlungstätigkeit im Allgemeinen und im Städtebau des vergangenen Jahrtausends im Besonderen. Auch wenn Stadtgeschichtler die Wärme sparenden Auswirkungen vielleicht nur als Sekundäreffekte ansehen mögen.

Die Doppelnutzung des Rohstoffes Holz als wichtigstes Baumaterial und bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts als alleiniges Brennmaterial dürfte durchaus die eine oder andere Not zum siedlungs- und baupraktischen Umdenken gesetzt haben. In der Regel waren jene Notsituationen Folgen von menschlichen Kulturstrukturen (zuweilen auch der Unkultur), gelegentlich aber auch von klimatischen Veränderungen begleitet. Wohl seltener werden durch wirtschaftliche, kriegerische oder demografische Zeitgeschehnisse Klimabeeinträchtigungen provoziert worden sein.

Allerdings, um damit zu beginnen, ist wissenschaftlich hinreichend belegt, dass die Eisenschmelze des Hochmittelalters große Bereiche im Abendland entwaldete. Mit den Wasserkraft getriebenen Poch- und Hammerwerken zogen auch Eisenschmelzer und Köhler in die Flusstäler. Diese waren zum Teil – so wie im Harz – von Meilern übersät und zeitweise unbewohnbar geworden. Spuren der Gewässerverunreinigung jener Zeit und Orte werden selbst in skandinavischen Fjorden noch nachgewiesen. Dass dieser Zeitabschnitt wohl eher als Warmphase anzusprechen sein wird, dürfte sich mit Blick auf den Universalrohstoff Holz etwas entspannend auswirken haben.

Im 11. und 12. Jahrhundert ist es dem dezimierten Deutschen Wald abermals an den Kragen gegangen. Mit der Kolonisation slawischer Siedlungsgebiete in Mittel- und Ostdeutschland wurde eine Vielzahl neuer Dörfer und Städte auf teilweise zuvor gerodeten Flächen gegründet.

Eine erstaunlich rasche Wirtschaftsblüte und Bevölkerungszunahme ließen die Nachfrage nach Bau- und Brennholz explodieren. So konnten sich die sintflutartigen Regenfälle der 1450er Jahre zur ökologischen Katastrophe auswachsen, indem der kulturfähige Boden von den Höhenlagen abgeschwemmt wurde und sie für immer landwirtschaftlich unnutzbar wurden. Zugleich war es der Beginn jener Kaltzeit, die am Ende des Dreißigjährigen Krieges ihren Höhe - respektive Tiefpunkt – erreichte.

Auf die großen Pestwellen, welche von 14 Millionen Deutschen nur 8 Millionen übrig ließen und letztlich die große Agrarkrise mit vielen dörflichen Wüstungen provozierten, will ich hier nicht eingehen. Nur die positive Wirkung auf den nachwachsenden Rohstoff Holz vermerken.

Eine solche hatte auch der ansonsten verheerende Dreißigjährige Krieg zur Folge. Forst- und Jagdwissenschaften belegen, dass sich Kriegszeiten in der Regel mit Waldzuwachsen verbinden. Wilderei hält den Wildbestand gering und die Männer der Holzwirtschaft waren entweder Soldaten oder tot. Um nach Kriegsende wüste Parzellen wieder zu besetzen, wurden neue Siedler angeworben. Auf sie wartete harte Arbeit. Wiesen und Äcker mussten zum Teil neu gerodet werden. Man erhielt z. B. im Elbe-Elster-Land 20 Taler bares Geld und 30 Stämme Bauholz. Letzteres sollte bald wieder knapp werden, wie auch später Brennholz, erst recht mit der frühkapitalistischen Industrierevolution des 18. und der gründerzeitlichen Dynamik des 19. Jahrhunderts.

Die geneigte Leserschaft möge diesen langen „geschichtslirischen“ Vorspann ohne dezidierte Quellenangabe nicht als thematische Verfehlung, sondern als Erklärungsversuch für einige nachfolgend aufgeführte Maßnahmen der Wärmedämmung im historischen Städtebau gelten lassen:

1. Wechsel der dominierenden Giebelständigkeit zur Traufständigkeit mit beiderseitiger Grenzbebauung: Der jeweilige Nachbargiebel übernimmt die Wärmedämmung.
2. Anordnung der Raumnutzungsstruktur nach Wärmebedarf: Küche und Aufenthalts-(Wohn-)Zimmer waren im Geschosszentrum, Schlaf- (Kalt-) Kammern an den Außenwänden untergebracht.
3. Reduzierung der Stubenhöhe auf das minimale Nutzungserfordernis.
4. Vermeidung von Warmbereichen im Dachbodenraum.
5. Maßvolle (klimabewusste) Öffnungsgestaltung für Fenster und Türen.
6. Festungsschutz nicht nur vor den Feinden, sondern auch vor extremer Auskühlung: Insgesamt war der kompakte zumal hoch um-

mauerte Stadtkörper bestens geeignet, um Sonnenenergie aufzunehmen und länger zu speichern als die vom Wind umblasenen Bauten im freien Felde.

7. Integration der wärmenden Tierunterkünfte im Wohnhaus oder unmittelbarer Anbau von Stallseitenflügeln, die so die (3.) Hofseite dämmten: Obwohl die Scheunen vornehmlich aus Platz- und Brandschutzgründen in besonderen (peripheren) Vierteln ausgesiedelt wurden – logistische Aspekte hätten sicher für die Mitnahme des Viehbestandes gesprochen – behielt man die Tiere bei sich. Nicht selten diente in extremen Wintern vorgestapelter Stallung als temporärer Einfrier- und Wärmeschutz.

Soviel also zur Begründung des selbstbewussten Umgangs der historischen Stadtkerne mit ihrer „Klimageschichte“. Wie könnte sie uns nun hilfreich für die Gegenwart sein?

- Zu 1.: Die Grenzbebauung sollte als traditionierte Regel (dort wo sie es nachweislich war und ist) geboten bleiben. Auch der Lückenfall sollte diesen Bestand nicht liquidieren. Das Bauordnungsrecht dürfte hier gründlich zu überdenken sein.
- Zu 2.: Eine Bestandsanalyse durch die entwurfsverfassenden bzw. sanierungsbegleitenden Architekten wäre diesbezüglich grundsätzlich geboten. Bei Vorhandensein schlüssiger Raumordnungsstrukturen sollten solche nicht ohne Not aufgegeben werden.
- Zu 3.: Wird wohl für die Gegenwart und Zukunft eher bedeutungslos sein, da zeitgemäße Wohnparameter (auch im Stadtkern) dominierende Merkmale der wohnungswirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit darstellen. „Lieblingsstücke“ werden eher gebremste Nachfrage erzielen. Auf den gegensätzlichen Sachverhalt der extrem hohen Räume, besonders im gründerzeitlichen Bestand, kann hier nicht eingegangen werden.
- Zu 4.: Hier dürften nach Einschätzung des Verfassers die größten Energieeinsparreserven zu realisieren sein. Vorausgesetzt der extreme

Trend der letzten zwei Jahrzehnte – nämlich aus Renditegründen Häuser bis unter den First mit Wohnraum zu überfrachten – lässt sich umkehren. Da sich der Konflikt zwischen Bestand und Nachfrage durch die demografische Katastrophe der nächsten Jahrzehnte dramatisch verschärfen wird, sind Dachausbauten längst nicht mehr sinnfälliger. Vielmehr sollte sogar die Stilllegung bzw. der Rückbau von Dachgeschosswohnungen finanziell angereizt werden (analog zur Stilllegungsprämie der Landwirtschaft). Stadtbau bzw. -rückbau im Kleinen würde die Chance für Leerstandseseitigung in Hauptgeschossen erhöhen, wäre also anregenswert.

- Zu 5.: Die Relevanz dieses Aspektes liegt auf der Hand und wird ja auch weitgehend beim Rückbau modistischer Überformungen der 60er bis 80er Jahre beachtet. Aber auch im (post-)modernen innerstädtischen Lückenschluss sollte die extreme Anwendung des Baustoffes Glas überdacht werden.
- Zu 6.: Die Wiedererrichtung geschleifter Stadtmauern wäre natürlich eine alberne Überlegung. Die Erwägung, vorhandene Wall- oder Grabenzonen durch geschlossene Bepflanzungsgürtel (z.B. hohe Hecken) mit Windschutz zu verbinden, sollte jedoch in der Garten- und Baudenkmalpflege nicht tabuisiert bleiben.
- Zu 7.: Es gilt zu hoffen, dass in der Zukunft allen historischen Stadtkernen derartige Wärmenot und Lebensarmut fernbleibt, folglich auch das Zusammenziehen von Mensch und Tier. In dörflichen Siedlungsstrukturen wäre die intellektuelle Vertiefung dieses Denkansatzes jedoch lohnend.

Vorstehender Beitrag möge zu der Erkenntnis beitragen, dass häufig erst Nöte erfinderisch machen und auch das „Ökohaus“ in diesem Kontext keine Neuerung ist. Als Bestandteil allgemeiner Wohlstandsdekadenz (in den „führenden“ Nationen) war die exzessive Energie- und Ressourcenvergeudung nie extremer als gegenwärtig. Die geistigen und handwerklichen Elemente aus der Vergangenheit müssen in diesem Zusammenhang wieder an Bedeutung gewinnen. Folglich werden

auch die historischen Stadtkerne im Fokus der zeitgemäßen sowie vor allem der energiesparenden Baukunst stehen.

Harry Müller

Bürgermeister i. R. der Stadt Luckau, Ehrenvorsitzender der AG Städte mit Historischen Stadtkernen des Landes Brandenburg, Hobby: Siedlungskundler

Probewohnen: Eine neue Strategie zur Revitalisierung von Gründerzeitquartieren in ostdeutschen Städten

Anne Pfeil
Görlitz Kompetenzzentrum

In vielen ostdeutschen Städten ist ein überdurchschnittlich hoher Leerstand von Altbauwohnungen und vergleichsweise niedriger Leerstand in den Großwohnsiedlungen der 1970er und 1980er Jahre in Stadtrandlage zu verzeichnen¹. Im Freistaat Sachsen steht im Durchschnitt jede vierte bis fünfte Altbauwohnung leer². Hiervon betroffen sind insbesondere gründerzeitliche Wohnquartiere. Bis heute wird ihre Attraktivität in den neuen Bundesländern oftmals nicht in gleicher Weise wahrgenommen wie in westdeutschen Städten. Dabei muss differenziert werden: Während repräsentative Gründerzeitviertel am ehesten von Aufwertungsprozessen und einer Nachfrage seitens der Bürger betroffen sind, stehen einfach gestaltete, ehemalige Arbeiterquartiere aus der Gründerzeit unter einem deutlich höheren Problemdruck. Mitunter sind es gerade die einfachen gründerzeitlichen Baubestände die in ostdeutschen Klein- und Mittelstädten im Stadtumbau zur Disposition gestellt werden³.

Wesentliche Ursachen hierfür sind in der von der DDR-Regierung verfolgten Stadtentwicklungspolitik zu suchen, die sich gegen das kleinteilige Wohneigentum und bürgerliche Wohnen wendete. Diese Politik hatte eine jahrzehntelange Vernachlässigung der historischen Quartiere – Repräsentanten einer politisch nicht mehr gewollten bürgerlichen Gesellschaft – zur Folge. Nach der politischen Wende 1989 hatte die Instandsetzung in den mittelalterlichen Altstadtkernen Priorität vor der Modernisierung der Gründerzeitquartiere. Angesichts ihrer stadträumlichen Lage, strukturellen Eigenschaften und ihres baukulturellen Wertes sind die Erhaltung und Nutzung der Gründerzeitquartiere für eine nachhaltige Stadtentwicklung im Sinne der Leipzig Charta⁴ von nationaler Bedeutung. Dies ist langfristig nur möglich wenn es gelingt, die Bürger für diese Wohngebiete

zu begeistern. Neben der stärkeren Berücksichtigung der Wohnvorstellungen der Bürger bei der baulichen Erneuerung sind experimentierfreudige Vorgehensweisen und Strategien zur Steigerung der bürgerlichen Nachfrage nach Stadträumen und urbanen Lebensstilen gefragt. Oder mit anderen Worten: es gilt, die „Bürgerstadt“ in ostdeutschen Städten in zeitgemäßer Form wieder zu etablieren.

In der Stadtentwicklung wirft die Bewältigung der Folgen des demografischen und wirtschaftlichen Wandels Fragen auf, da die klassischen, auf Wachstum ausgerichteten Instrumente im Sinn ihres ursprünglichen Einsatzes nun nicht mehr in gleicher Weise greifen. Bei der Suche nach integrierten Lösungsansätzen gewinnen bürgerschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung zunehmend an Bedeutung. Auch, da an Planungsprozessen beteiligte Bürger nicht, wie man zunächst vermuten könnte, primär Eigeninteressen verfolgen, sondern sozialverträgliche, konsensfähige Lösungen erarbeiten⁵. Um tragfähige Ergebnisse erzielen zu können, bedarf es neben der Motivation auch Kompetenzen seitens der Bürger. Die Sensibilisierung und Qualifizierung der Bürger für baukulturelle Werte und die vielschichtigen Wirkungszusammenhänge in der Stadtentwicklung sind vor diesem Hintergrund zukunftsweisend.

In der Stadt Görlitz, der östlichsten Stadt Deutschlands an der deutsch-polnischen Staatsgrenze gelegen, ist der gründerzeitliche Stadtteil „Innenstadt“ (s. Abb. 1) von den beschriebenen Problemen besonders betroffen. Trotz der enormen Sanierungserfolge in den letzten zwei Jahrzehnten weist der Stadtteil aufgrund der Spätfolgen der Städtebaupolitik der ehemaligen DDR eine Reihe von städtebaulichen Missständen auf, die zum höchsten Woh-

nungsleerstand⁶ in der Stadt und einem schlechten Image⁷ als Wohnort führen.

Vor diesem Hintergrund entwickelt das „Görlitz Kompetenzzentrum Revitalisierender Städtebau“ der „Technischen Universität Dresden“ die Projektidee „Probewohnen“ (s. Abb. 2), um es interessierten Bürgern aus Stadtrandgebieten und dem Görlitzer Umland zu ermöglichen, die Innenstadt kostenlos eine Woche als Wohnort auszuprobieren. Der Bürger wird in seiner Rolle als „Experte“ für die Beurteilung der Wohnqualität im Stadtquartier eingebunden und kann zugleich sein persönliches Meinungsbild vom Wohnen in der Innenstadt durch die konkreten Erfahrungen überprüfen. Ziel ist es, den aus Sicht der Stadtrandbewohner vorhandenen Handlungsbedarf im Wohnungsbestand und im Wohnumfeld zu ermitteln und die Hemmschwelle, das Gründerzeitquartier als Wohnort auszuprobieren, herab zu setzen. Im Idealfall können dabei mögliche Vorurteile der Teilnehmer gegenüber dem Wohnen in der Innenstadt abgebaut werden.

Das Modellvorhaben „Probewohnen“ leistet einen konkreten Beitrag zur Umsetzung der politischen Forderungen nach einer stärkeren Bürgerbeteiligung und einem integrierten Vorgehen von Stadtentwicklung und Denkmalpflege.

Auch wenn mit der Idee und der Umsetzung unmittelbar auf die spezifische Ausgangslage in der Stadt Görlitz reagiert wird, besitzt das Projekt für andere ostdeutsche Städte Modellcharakter. Aus diesem Grund wird es als Modellvorhaben der Nationalen Stadtentwicklungspolitik vom Bundesamt für Bau-

wesen und Raumforschung (BBR) und Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) gefördert (2008/2009). Die Umsetzung erfolgt in enger Kooperation mit den beiden Projektpartnern, der WBG Wohnungsbaugesellschaft Görlitz und der Stadtverwaltung Görlitz.

Für das Projekt werden zwei leer stehende, hinsichtlich Lage, Größe und Ausstattungsstandard für den innerstädtischen Wohnungsleerstand in Görlitz repräsentative, Gründerzeitwohnungen in der Innenstadt ausgewählt und eingerichtet (s. Abb. 3a+b).

Das Modellvorhaben richtet sich mit seinem Angebot in erster Linie an Haushalte in stadtnahen Neubausiedlungen, an Bewohner des ländlichen Raums in der Region und an Bürger der polnischen Nachbarstadt Zgorzelec. Auch entfernt wohnende Bewerber werden in der zweiten Phase berücksichtigt. Bei der Auswahl der Probewohner wurde darauf geachtet, ein möglichst breites Spektrum an Lebensstilen und Haushaltstypen zu finden (junge Paare, junge Familien, Alleinerziehende, Allein-



Abb. 1 | Stadtbild Gründerzeitquartier: Ausblick aus einer der beiden Probewohnungen



Abb. 2 | Plakat zum Modellvorhaben „Probewohnen“ mit dem Slogan des Projektes : Schau doch mal rein!

stehende, Wohngemeinschaften, ältere Ehepaare, etc.).

Die erwachsenen Teilnehmer werden im Rahmen der Begleitstudie am Kompetenzzentrum vor, während und nach dem Probewohnaufenthalt zu ihren Erfahrungen befragt. Und es wird untersucht, inwieweit die Wohnerfahrungen Verschiebungen im Meinungsbild über die innerstädtische Wohnqualität bei den Teilnehmern zur Folge haben.

Die Laufzeit des Modellvorhabens ist auf 18 Monate begrenzt. Während dieses Zeitraumes wohnen in 12 Wochen 24 Haushalte zur Probe. Insgesamt bewarben sich rund 750 Personen aus 460 Haushalten aus ganz Deutschland und vereinzelt aus dem Ausland⁸.

Aufgrund der hohen Nachfrage haben sich die drei Projektpartner dazu entschlossen, das Projekt in leicht modifizierter Form gemeinsam fortzuführen. Für das Folgeprojekt „Probewohnen Version 2“ übernimmt die WBG Wohnungsbau-gesellschaft Görlitz mbH die organisatorische Federführung. Bis zum Sommer 2010 testen rund 100 weitere Haushalte aus ganz Deutschland für eine Woche die Wohnungen. Die Fortsetzung soll zeigen, dass das Projekt in eine eigenwirtschaftliche Finanzierung überführt werden kann. Gelingt dies, sind Folgeprojekte sowohl für private als auch für öffentliche Haus- und Grundeigentümer in anderen Gründerzeitquartieren denkbar.

Die Ergebnisse der Begleitstudie bestätigen, dass sich durch das Ausprobieren des eigenen Alltags in der Innenstadt, die komplexen Zusammenhän-

ge zwischen persönlicher Identität und Stadtbaukultur im direkten Erfahrungsaustausch mit Fachexperten leichter vermitteln lassen. Dies kann zum Abbau von Vorurteilen beitragen. Bei dem Großteil der Teilnehmer stellt sich im Projektverlauf eine Sensibilisierung für die baukulturellen Qualitäten des historischen (gründerzeitlichen) Baubestandes, die innerstädtische Wohnqualität und die Konsequenzen des eigenen Handelns auf die Entwicklung der (Innen)Stadt ein. Insofern wird das Angebot zur Probe zu wohnen als Instrument zur Sensibilisierung und Qualifizierung der Bürger bestätigt. Die Begleitstudie erweist sich hierbei als ein wichtiges Instrument, um die Bürger zu motivieren, die Bewohnerperspektive engagiert einzunehmen und sich mit dem Thema Wohnen in der Innenstadt auseinanderzusetzen.

Die Strategie Probewohnen erscheint aufgrund der dargestellten Ergebnisse vielversprechend, um in Görlitz einen Beitrag zur Entwicklung eines aktiven Stadtkerns und belebter innerstädtischer Wohnquartiere zu leisten. In Görlitz kann sie vielleicht auch eine kulturelle Brücke schlagen zur polnischen Nachbarstadt Zgorzelec und so zum erfolgreichen Zusammenwachsen der binationalen „Europastadt Görlitz/Zgorzelec“ beitragen (s. Abb. 4).

Die Steigerung der Nachfrage nach dem Wohnen in der Stadt erfordert Kreativität, Weitblick und Offenheit von sämtlichen Beteiligten gegenüber neuen Anforderungen und unerwarteten Entwicklungen. Womöglich könnte die Strategie „Probewohnen“, angepasst auf die jeweiligen lokalen Rahmenbedingungen auch in anderen (ost)deutschen Städten einen adäquaten Beitrag leisten, um die

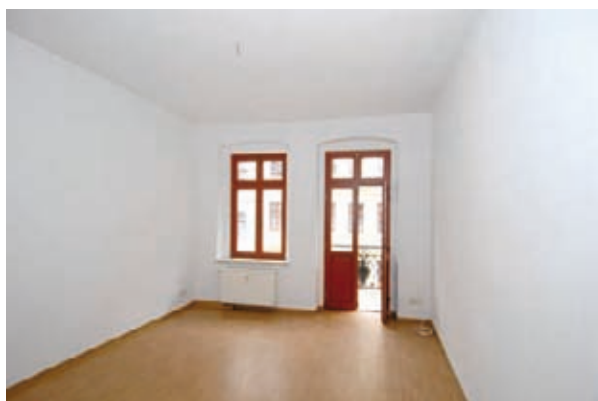


Abb. 3a | Eine der Probewohnungen vor der Einrichtung



Abb. 3b | Eine der Probewohnungen nach der Einrichtung

Überwindung persönlicher Grenzen „in den Köpfen“ der unterschiedlichen Beteiligten zu ermöglichen und die Städte wieder zu rehabilitieren vom Ort der Probleme zum „Ort der Lösungen“⁹.

¹ Insgesamt liegt die Leerstandsquote in Mittelstädten in den neuen Bundesländern bei 17 %, in den Altbaubeständen stehen mit 25 % der WE überdurchschnittlich viel WE leer. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) / Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR): Bestandssituation und Bewirtschaftungsstrategien privater Eigentümer in den neuen Bundesländern und ihre Einbeziehung in den Stadtumbau Ost, Forschungen Heft 131, Bonn 2007, S. 15.

² Der Wohnungsleerstand konzentriert sich in den unsanierten Beständen. Er tritt aber auch in sanierten Beständen dauerhaft auf. So ist ca. jede zehnte sanierte Altbauwohnung in Sachsen nicht bewohnt. Vgl.: Oexle, Judith: Fokus Innenstadt – die neue Verwaltungsvorschrift zur Städtebauförderung im Freistaat Sachsen. In: BMVBS, BBSR (HG.): Bilanz und Perspektiven Städtebaulicher Denkmalschutz, Informationsdienste Städtebaulicher Denkmalschutz 34, Berlin 2009, S. 17.

³ Unveröffentlichtes Gutachten des Görlitz Kompetenzzentrums zum „Umgang mit Altbaubeständen im Stadtumbau anhand ausgewählter Fallbeispiel“ im Auftrag von BBR und BMVBW (2005/2006).

⁴ Vgl. hierzu: Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt, angenommen anlässlich des Informellen Ministertreffens zur Stadtentwicklung und zum territorialen Zusammenhalt in Leipzig am 24./25. Mai 2007.

⁵ Vgl. hierzu: Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2005): Effizientere Stadtentwicklung durch Kooperation? Abschlussbericht zum ExWoSt-Forschungsfeld „3stadt2 – Neue Kooperationsformen in der Stadtentwicklung“. Werkstatt: Praxis Heft 36, Bonn S.56.



Abb. 4 | Altstadtbrücke in Görlitz am Tag ihrer Eröffnung (2005)

⁶ Der Wohnungsleerstand im Geschosswohnungsbau beträgt im Stadtteil Innenstadt rund 28%. In der Gesamtstadt ist ein durchschnittlicher Leerstand von rund 15% zu verzeichnen. Im westlichen Teil der Innenstadt, einem einfachen Gründerzeitquartier, stehen 46 % der Wohnungen leer. Nur 20 % der Wohngebäude sind dort vollständig belegt. Quelle: Stadtplanungsamt Görlitz, 2007.

⁷ Das Image des gründerzeitlich geprägten Stadtteils und die Wohnqualität in ihm werden deutlich schlechter bewertet als das der Altstadt oder der Großwohnsiedlungen am Stadtrand. Die Einwohner der Gründerzeitgebiete bewerten die Wohnqualität in ihrem Quartier jedoch deutlich höher als die Bewohner aus anderen Stadtteilen. Unveröffentlichte Studie des Görlitz Kompetenzzentrums Revitalisierender Städtebau im Jahre 2006/2007.

⁸ Polen, Frankreich Schweiz, Chile

⁹ „Die Stadt ist kein Ort der Probleme, sondern der Lösungen.“ Jaime Lerner zitiert nach: Jaggi, Yvette: Unzer trennlich: Stadt und Kultur(en), in: Sulzer, Jürg: Revitalisierender Städtebau. Kultur. Band 2 der Schriftenreihe Stadtentwicklung und Denkmalpflege, TUDpress, Dresden, 2006, S.40

Bildnachweis

Abbildungen 1, 3a+b: Anne Pfeil;

Abbildungen 2, 4: Görlitz Kompetenzzentrum Revitalisierender Städtebau/TU Dresden

Anne Pfeil

Architekturstudium an der Technischen Universität Berlin nach dem Biologiestudium an der Rheinischen Friedrich Wilhelms Universität zu Bonn. Von 2001 bis 2003 Mitarbeit in Planungs- und Architekturbüros mit den Arbeitsschwerpunkten Städtebau, Stadtentwicklung, Architektur und Landschaftsarchitektur. 2003 Hochschulassistentin am Lehrstuhl für Landschaftsarchitektur und Entwerfen an der Universität Hannover. Seit 2004 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Stiftungsprofessur Stadtumbau und Stadtforschung der Technischen Universität Dresden und am Görlitz Kompetenzzentrum Revitalisierender Städtebau. 2009/2010 Projektleiterin des Modellvorhabens „Probewohnen – Zurück in die Gründerstadt“ und des Folgeprojektes „Probewohnen Version 2“.
Kontakt: anne.pfeil@tu-dresden.de

denkmal aktiv – Kulturerbe macht Schule

Das Schulprogramm der Deutschen Stiftung Denkmalschutz

Dr. Susanne Braun
Deutsche Stiftung Denkmalschutz

Mit dem Programm „denkmal aktiv – Kulturerbe macht Schule“ wird der in der Satzung der Deutschen Stiftung Denkmalschutz verankerte Auftrag der kulturellen Bewusstseinsbildung um eine bundesweite Initiative für Schülerinnen und Schüler ergänzt. Seit 2002 stellt die Deutsche Stiftung Denkmalschutz die fachlichen, organisatorischen und – gemeinsam mit den Förderern und Partnern des Schulprogramms – die finanziellen Mittel für die Durchführung von Projekten zur Verfügung, die Schülerinnen und Schüler dazu motivieren, die gebaute Umwelt genauer wahrzunehmen und das kulturelle Erbe als Teil der eigenen Geschichte kennen zu lernen.

Jungen Menschen den Wert und die Bedeutung von Kulturdenkmalen nahe zu bringen und ein Bewusstsein für den Erhalt des baulichen Erbes zu wecken – das ist das Ziel der bundesweiten Initiative.

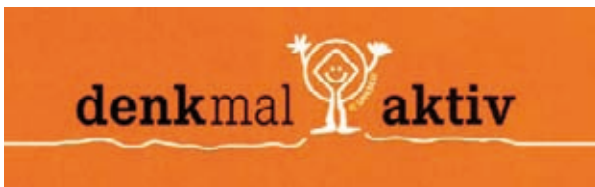


Abb. 1 | „denkmal aktiv“-Logo

Darüber hinaus bietet „denkmal aktiv“ die Möglichkeit, das Themenspektrum kulturelles Erbe und Denkmalschutz im schulischen Alltag junger Menschen zu verankern. Ob im Unterricht, in Form von schulischen Arbeitsgemeinschaften oder als Ganztagsangebot, im Zentrum von „denkmal aktiv“ stehen die Erkundung und Erforschung des kulturellen Erbes im Lebensumfeld der Schüler. Das Themenspektrum, mit dem sich die Schüler gemeinsam mit ihren Lehrern – und in Zusammenarbeit mit fachlichen Partnern – im Rahmen von „denkmal aktiv“ auseinandersetzen, reicht von historisch bedeutenden Bauwerken über gestaltete Grünanlagen bis hin zu UNESCO-Welterbestätten. Typische Fragen, denen die Kinder und Jugend-

lichen nachgehen, lauten: Was sind Kulturdenkmale und worin besteht ihr Wert? Welche historischen Bauten und Stätten sollten erhalten bleiben und warum? Was können wir dazu beitragen, dass unser kulturelles Erbe in der Öffentlichkeit mehr Beachtung findet?

So vielfältig das thematische Spektrum und die methodischen Ansätze sind, wesentliches Element der einjährigen Projektarbeit ist immer, dass die Bauten und Anlagen nicht nur besichtigt werden, vielmehr setzen sich die Schülerinnen und Schüler praktisch und theoretisch mit den geschichtlichen Zeugnissen auseinander. In Projekteinheiten vor Ort erkunden sie das Objekt und sammeln Informationen zu „ihrem“ Kulturdenkmal. In der direkten Auseinandersetzung mit dem Denkmal erkennen die Schüler, dass nicht nur die Schule ein Ort des Lernens ist, sondern dass auch das Denkmal ein ebenso spannender wie authentischer Geschichtsort ist. Zu speziellen Fragestellungen recherchieren die Schüler in Archiven und Bibliotheken oder führen Interviews mit Zeitzeugen und versuchen so, die oft komplexe Geschichte des Ortes zu erfassen. Viele Schulen befassen sich auch mit Fragen zum Erhalt „ihres“ Denkmals und führen in Zusammenarbeit mit ihren fachlichen Partnern Restaurierungsmaßnahmen durch.



Abb. 2 | Die Aufarbeitung der Geschichte des jüdischen Friedhofs in Hausberge (NRW) stand im Zentrum des denkmal aktiv-Projekts an der Gesamtschule Porta Westfalica im Schuljahr 2008/09. Zu den Arbeiten vor Ort gehörte auch das Vermessen der Grabsteine.

Im Unterricht geht es dann um Architektur und Geschichte, bis hin zu Fragen nach Einflüssen von Umwelt oder Tourismus. Auch die Diskussion um Möglichkeiten und Probleme bei Pflege, Erhalt und Nutzung der historischen Gebäude und Anlagen werden diskutiert. Beteiligte Fächer sind dabei neben den „Klassikern“ Geschichte und Kunst auch Deutsch, Geographie, Religion, Sozial- und Gemeinschaftskunde und naturwissenschaftliche Fächer wie Biologie, Chemie oder Physik, wenn es etwa um Umwelteinflüsse auf Gesteinsarten geht, um historische Mauerwerke als Biotop für Flora und Fauna oder etwa um historische Anlagen der Energiegewinnung und -verbreitung. Gerade in der Kombination aus der praktischen Arbeit am Denkmal selbst und den theoretischen Projekteinheiten werden Bedeutung und Wert klar und nachvollziehbar.



Abb. 3 | Grünpflegearbeiten unter fachlicher Anleitung an der Efeu-mauer des jüdischen Friedhofs in Hausberge (NRW) tragen zum Erhalt des historischen Mauerwerks bei.

Vielfach bietet sich im Verlauf eines „denkmal aktiv“-Projekts die Chance, Denkmalschutz „live“ zu erleben, denn die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern aus der Denkmalpflege und angrenzenden Berufsfeldern ist obligatorisch. Sie unterstützen die Projektarbeit aber nicht nur fachlich, sie geben den Schülerinnen und Schülern auch interessante Einblicke in ihren jeweiligen Arbeitsalltag.

Am Ende der Projektarbeit steht eine Abschlussarbeit. Das kann ein Plakat sein oder ein Flyer, ein Aufsatz in der Schulzeitung oder eine Broschüre. Aber auch Audio-Guides, Internetseiten, Ausstellungen oder Führungen sind bereits erfolgreich erprobte Medien, die Ergebnisse aus der Projekt-

arbeit festzuhalten und das erlernte Wissen an andere weiterzugeben, aber auch, um Öffentlichkeit herzustellen und so einen Beitrag zum Erhalt des kulturellen Erbes zu leisten.

Neben den „handfesten Ergebnissen“ ist aber vor allem wichtig, dass den Schülerinnen und Schülern das Arbeiten am und mit dem Denkmal Freude bereitet, neue Erkenntnisse bringt und so zu einem Anreiz wird, Denkmale auch weiterhin aufmerksam zu betrachten und deren Erhalt zu unterstützen. Die Identifikation der jungen Menschen mit ihrem historisch gewachsenen Umfeld kann so gefördert werden. Zusätzlich können die aufgezeigten Handlungsfelder bei einem denkmalpflegerischen Schulprojekt bei der Berufsfindung der Schülerinnen und Schüler helfen.



Abb. 4 | Nicht nur die Schule ist ein Ort des Lernens. Bibliotheken und Archive und deren Bestände helfen, die Geschichte eines Ortes nachzuvollziehen.

Mit „denkmal aktiv“ werden alle staatlichen und staatlich anerkannten allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen der Sekundarstufe I und II angesprochen sowie Einrichtungen der Lehreraus- und -fortbildung. Vielfach bewährt haben sich dabei Schulverbünde, bei denen projekterfahrene Schulen mit anderen zusammenarbeiten und sich über den Austausch von Erfahrungen und Kompetenzen ergänzen. Dabei ist die Zusammensetzung der Schulverbünde nicht vorgegeben – eine Kombination gleicher Schularten ist ebenso möglich, wie eine Kombination aus Realschule, Gymnasium und Berufsfachschule. Auch Institutionen der Lehreraus- und -fortbildung oder Partnerschulen aus dem Ausland können mit in ein Projekt einbezo-

gen werden. Durch die verschiedenen Spezialisierungen und Herangehensweisen bei der schulübergreifenden und interdisziplinären Zusammenarbeit lernen alle.

Insbesondere durch die Zusammenarbeit in den Schulverbänden etabliert sich seit dem Start von „denkmal aktiv“ ein kontinuierlich wachsendes Netz von Schulen, welche die Themen Denkmalschutz und Kulturdenkmale in den Schulalltag einbinden. Diese Strukturbildung wird unterstützt durch die Teilnehmertreffen, die das Jahr der Teilnahme an „denkmal aktiv“ begleiten. Dort treffen sich Lehrer und Schüler, die am Schulprogramm teilnehmen, stellen ihre Projekte vor und tauschen Informationen und Erfahrungswerte aus, nehmen Kontakt mit Referenten aus der Denkmalpflege auf und holen sich fachliche wie methodische Anregungen in Workshops.

Die Kombination aus schulischer Wissensvermittlung, Lerneinheiten am Objekt, das Kennen lernen von wissenschaftlichen Methoden der Informationsbeschaffung und die Zusammenarbeit mit außerschulischen fachlichen Partnern macht „denkmal aktiv“ zu einem außergewöhnlichen Programm. Im Rahmen der einjährigen Projektarbeit erkennen die Schülerinnen und Schüler Besonderheiten des baukulturellen Erbes und tragen dazu bei, die Kulturdenkmale ihrer Region stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen. Zusätzlich können sie einen Beitrag zum Erhalt und zur Pflege der Denkmale leisten.

Wie abwechslungsreich die Auseinandersetzung mit Denkmalen im Unterricht und in Projektgruppen sein kann, zeigt eine kleine Auswahl aus den Teilnehmern der vergangenen Jahre. Gefördert wurden z.B.:

- Die Erarbeitung eines Denkmalführers durch Ratingen (NRW), in dem nicht nur Denkmale von Schülern für Schüler erklärt werden, sondern auch Rätsel zum Mitmachen einladen. Zusätzlich können viele weitere Informationen als MP3-Audio-Führung aus dem Internet heruntergeladen werden (Klasse 6d des Kopernikus-Gymnasiums Ratingen).



Abb. 5 | Ratinger Denkmale – von Schülern für Schüler / Broschüre des „denkmal aktiv“-Teams am Kopernikus-Gymnasium, Ratingen-Lintorf

Alte Gebäude werfen Fragen auf, erzählen aber auch spannende Geschichten. Unter dieser Überschrift sind im Schuljahr 2008/09 Schülerinnen und Schüler einer 6. Klasse des Kopernikus-Gymnasium in Ratingen-Lintorf der spannenden und manchmal wechselvollen Geschichte historischer Gebäude ihres Schulortes nachgegangen. Die Ergebnisse aus ihren Recherchen hat das „denkmal aktiv“-Team in einer Broschüre zusammengefasst.

- Die Erforschung des Schlosses Schönfeld (SN) und seiner Geschichte. Die Schüler untersuchten in vier Arbeitsgruppen den Bau, erkundeten sich bei ehemaligen Bewohnern, recherchierten in Archiven und konnten so neben der Geschichte der ehemaligen Besitzer auch die wechselvolle Zeit der Enteignung und Umnutzung des Schlosses anschaulich machen. In Führungen gaben sie Ihr Wissen an jüngere Schüler weiter. Die Geschichte des Schlosses und zahlreiche Begebenheiten und Anekdoten aus früherer Zeit sind in einer Broschüre und auf Schautafeln vor Ort festgehalten (Projektgruppe der 8. - 10. Klassen der Mittelschule Schönfeld).
- Die Untersuchung von Bauten der 1950er und 60er Jahre im Kontext der städtebaulichen Ent-

wicklung der Nachkriegszeit. Beteiligt waren Schulen aus Saarbrücken und Saarlouis (SL) sowie Schwerte (NRW). Die teilnehmenden Schüler des Schulverbundes verschafften sich einen Überblick über die Nachkriegsgeschichte ihrer Orte und die Bauten, die im Zuge des Wiederaufbaus errichtet worden waren. Anhand von ausgewählten Gebäuden oder Architekten der Zeit befassten sie sich näher mit Baustilen, Architekturschulen und städtebaulichen Konzepten. Auch die Relevanz des Denkmalstatus bei Bauten der 1950er und 60er Jahre wurde diskutiert. Am Ende präsentierten eine Ausstellung und ein fast 100seitiger Katalog die Ergebnisse des Projekts aus Saarbrücken, in Saarlouis wurde eine Baudokumentation und Bestandsaufnahme eines Bauwerks erstellt und in Schwerte entstand eine Auflistung der schützenswerten Bauten (Klasse ZB 11.2 des Technisch-gewerblichen Berufsbildungszentrums 1 Saarbrücken (federführend), Klassen Maurer (Mittelstufe) / Stuckateure (Mittelstufe) / Fachoberschule Ingenieurwesen des Technisch-gewerblichen und sozialpflegerischen Berufsbildungszentrums Saarlouis, 10. Klasse des Friedrich-Bährens-Gymnasiums Schwerte).

- Ein Projekt zur Analyse der Umnutzungsmöglichkeiten von denkmalgeschützten Sakralbauten, durchgeführt von Schülern aus Nauen (BB). Die Gymnasiasten befassten sich dazu im Unterricht und in Museumsrecherchen mit sakraler Architektur und mittelalterlichen Kirchenbauformen, Fragen der Erhaltungswürdigkeit und möglicher Nutzung leer stehender Kirchen. Auch moralische Aspekte fanden bei der Diskussion der Umnutzungsvorschläge Beachtung. Die Ergebnisse wurden in einer Ausstellung in der Schule visualisiert (Projektgruppe der 8. und 12. Klassen des Gymnasiums Leonardo da Vinci Campus Nauen).
- Die Untersuchung und Pflege der Weichsel-schlucht und der Agrarflächen des Klosters Roggenburg (BY) als Teil einer Kulturlandschaft. In den vergangenen Jahren beschäftigten sich Schüler aus Neusäß mit der historischen Gestaltung des klösterlichen Kräutergartens und dessen Neuanlage sowie der Erfassung und Kartierung des Geländes der Streuobstwiesen und des historischen Baumbestandes. Nun wird zusam-

men mit anderen Fachschulen die Pflege der Streuobstwiese und die Wiederherstellung der Trockensteinmauern in Angriff genommen. Dabei soll die Arbeit im Spannungsfeld zwischen den Belangen des Naturschutzes, des Umweltschutzes und des Denkmalschutzes mit den Schülern diskutiert werden, und auch dem Aspekt des Denkmals als ökologische Nische soll Rechnung getragen werden (Klassen 10 und 11 (Gartenbau) der staatlichen Berufsschule mit Berufsfachschulen für Diätassistenten, Hauswirtschaft und Kinderpflege Neusäß (federführend), Sekundarstufe II der beruflichen Schulen Kempten III, Klassen 11B1 und 11B2 (Baumschule und Obstbau) der staatlichen beruflichen Schulen Höchstädt).

Die Begeisterung an den vielfältigen Projekten ist den Schülern anzumerken, egal ob es sich um städtische oder eher ländliche Denkmale, um Einzelbauten oder eine ganze Denkmalgattung dreht. Häufig bleibt das Engagement auch nach Ablauf des Schuljahres und damit der Teilnahme an „denkmal aktiv“ bestehen: Projektgruppen recherchieren weiter, „Aufräumaktionen“ tragen zum Erhalt der Denkmale bei, Kontakte zu Partnerschulen werden gepflegt und sogar Vereine werden gegründet, die aus einem Schulprojekt resultieren und nun dauerhaft für den Erhalt und die adäquate Nutzung eines Denkmals sorgen.

„denkmal aktiv“ gibt den Anreiz, in Sachen Denkmalschutz bundesweit aktiv zu werden und Schüler dauerhaft für den Erhalt von Kulturgütern zu sensibilisieren.

Das seit dem Start des Schulprogramms im Schuljahr 2002/03 rund 550 Schulen gefördert werden konnten ist ein gutes Zeichen für frischen Wind im Denkmalschutz – aber auch dafür, dass die kulturelle Bewusstseinsbildung von Schülern weiterhin ein zentrales Anliegen sein muss.

Bildnachweis

Abbildungen 1+5: Deutsche Stiftung Denkmalschutz ;

Abbildungen 2-4: Deutsche Stiftung Denkmalschutz /

Foto: K-W. Pultke, Porta Westfalica.

Dr. Susanne Braun

Studium der Kunstgeschichte an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt und der Universität Köln.
2001-2004 Mitarbeiterin des Deubner-Verlags / Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Kunsthistorische Arbeitsblätter“ sowie bis 2008 freiberufliche Tätigkeiten, u.a. bei der Photographischen Sammlung/SK Stiftung Kultur KölnBonn und bei der Deutschen Stiftung Denkmalschutz. Seit 2008 Projektleitung des Schulprogramms der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, denkmal aktiv - Kulturerbe macht Schule.

Zum Stand der Forschung



Eigentümerstandortgemeinschaften im Stadtumbau – ein Beitrag zur erhaltenden Erneuerung innerstädtischer Quartiere

Prof. Dr. János Brenner

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Eigentümerstandortgemeinschaften (ESG) sind Zusammenschlüsse von Eigentümern benachbarter Immobilien mit dem Ziel, durch gemeinsame Aktivitäten oder Maßnahmen die Verwertungschancen ihrer Objekte zu verbessern. Aus den USA und Kanada kennen wir den Begriff der Business Improvement Districts (BID) und Housing Improvement Districts (HID). Der Ausbreitung der Idee in Deutschland kommt zugute, dass auch hierzulande die Stadtentwicklung – neben der Vielzahl hoheitlicher Instrumente – hauptsächlich von kooperativen Prozessen geprägt ist.

ESG sind sowohl auf öffentlich-rechtlicher Grundlage wie auch auf privatrechtlicher Grundlage (als Vereine, BGB-Gesellschaften und in anderen Rechtsformen) vorstellbar. Die öffentlich-rechtlich organisierten ESG beruhen auf § 171f des Baugesetzbuchs („Private Initiativen zur Stadtentwicklung, Landesrecht“). Die Länder können Regelungen für die Festlegung von Gebieten treffen, „in denen in privater Verantwortung standortbezogene Maßnahmen durchgeführt werden, die auf der Grundlage eines mit den städtebaulichen Zielen der Gemeinde abgestimmten Konzepts der Stärkung oder Entwicklung von Bereichen der Innenstädte, Stadtteilzentren, Wohnquartiere und Gewerbezentren sowie von sonstigen für die städtebauliche Entwicklung bedeutsamen Bereichen dienen. Zur Finanzierung der Maßnahmen und gerechten Verteilung des damit verbundenen Aufwands können durch Landesrecht Regelungen getroffen werden“ (Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 [BGBl. I S. 2414], zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 24. Dezember 2008 [BGBl. I S.3018]).

Die ESG löst sich aus der einzelwirtschaftlichen Betrachtung des Einzeleigentümers, um gemeinschaftlich die Quartiersrentabilität in den Blick zu

nehmen, da der Wohnwert einer Immobilie nicht nur aus der Qualität der Immobilie selbst entsteht, sondern wesentlich auch aus der Qualität des Umfeldes bzw. des Quartiers. Ein „aufgeklärtes Eigeninteresse“ ist daher die Basis einer weitergehenden Eigentümerzusammenarbeit im Quartier.

Bislang sind solche Initiativen vor allem aus dem Einzelhandelsbereich bekannt. Das hier vergleichsweise homogene Interesse (höhere Frequenz) führt dazu, dass die Motivation größer und die Organisationsfähigkeit besser ist als in Wohn- oder Mischquartieren, so dass in Deutschland bisher vornehmlich BIDs entstanden sind. Eine Frage des ExWoSt-Forschungsfeldes ist daher auch, ob eine Übertragbarkeit auf Wohn- oder Mischquartiere realistisch ist. Das Forschungsfeld setzt an den privatrechtlichen Modellen an, wenn auch das HID Hamburg-Steilshoop als Referenzprojekt für die öffentlich-rechtlichen Modelle dient.

Das Forschungsfeld ordnet sich in den Stadtumbaukontext ein, d.h. als Reaktion auf städtebauliche Funktionsverluste, die durch ein vorhandenes oder zu erwartendes dauerhaftes Überangebot an baulichen Anlagen eintreten können. Der Handlungsbedarf ergibt sich somit primär aus der unzureichenden Verwertungsperspektive des Immobilienbestandes am Markt. Daher kann das ExWoSt-Forschungsfeld dazu dienen,

- den Grundgedanken der ESG zu propagieren und die Grundfragen der Selbstorganisation zu klären,
- die für die Arbeit von ESG relevanten Aufgaben zu erproben,
- die Sinnhaftigkeit einer öffentlichen Förderung und Unterstützung von ESG zu diskutieren und auch die Möglichkeiten der Integration in die vorhandenen Förderstrukturen zu erörtern,

- die Grundprobleme des rechtlichen Rahmens, in denen sich ESG bewegen, zu diskutieren.

Aus städtebaulicher Sicht soll dadurch auch ein Beitrag geleistet werden, die bestehenden Defizite bei der Einbindung der privaten Einzeleigentümer – die zumeist Eigentümer von Altbauten sind – in den Stadtumbauprozess zu reduzieren. Nach einer Vorbereitungs- und Qualifizierungsstudie sind 45 Projektskizzen eingegangen, deren fachlicher Vorprüfung durch BBSR und die Forschungsagentur empirica eine Bereisung und Gespräche mit Akteuren bei 20 Projekten folgten. Auswahlvoraussetzung war neben den sachlichen Kriterien die Zustimmung des Landes und der Kommune. Die einzelnen Modellvorhaben werden mit bis zu 100.000 € je Vorhaben gefördert. Fördergegenstand sind Gründung, (Selbst-)Organisation und Arbeit der ESG. Es wurden 15 Modellvorhaben ausgewählt, die in der nachstehenden Tabelle sowie in der Karte (Abb. 1) dargestellt sind.



Abb. 1 | Eigentümerstandortgemeinschaften – Karte der Modellvorhaben

Tabelle: Modellvorhaben (in alphabetischer Reihenfolge)

Bezeichnung der ESG (Bundesland)	Gebietscharakteristik	Geplante Maßnahmen / sonstige Hinweise
Braunschweig (Niedersachsen)	Historisches Innenstadtquartier	Referenzprojekt mit geringerer Förderintensität; Vorlauf über ExWoSt Quartiersimpulse
Bremerhaven-Lehe (Bremen), Goethestr.	Gründerzeitliche, geschlossene Blockrandbebauung	Engagierte Eigentümer, umfassende Standortinitiative, u.a. Wohnumfeldverbesserung
Cottbus (Brandenburg), Ostrower Platz	Heterogenes Quartier: leerstehende Industriebauten, Brachen, Wohnen	Engagierte Eigentümer, mehrere Handlungsfelder
Dresden (Sachsen), Friedrichstadt	Heterogenes Quartier: Barock- und Gründerzeitbauten, Brachen	Engagierte Eigentümer, umfassende Standortinitiative, u.a. Wohnumfeldverbesserung

Duisburg (Nordrhein-Westfalen), Hochfeld	Zwei Straßenzüge eines Gründerzeitquartiers, hoher Migrantenteil	Verbesserung der Qualität des öffentlichen Raumes, Entwicklung des Quartiers in Richtung auf stabilere Haushalte
Görlitz (Sachsen), Landskronenstr. / Löbauer Str. / Bahnhofstr.	Gründerzeitliche, geschlossene Blockrandbebauung	Private, unternehmerische Initiative, umfassendes Konzept für Gebäude und Blockinnenbereich
Halle (Sachsen-Anhalt), Kernbereich Glaucha	Gründerzeitliche, geschlossene Blockrandbebauung	“Eigentümergebiet”, u.a. vorläufige Sicherungsmaßnahmen wegen hoher Leerstände, Wohnumfeldverbesserung
Hamburg (Hamburg), Zentrale Achse Steilshoop	Großsiedlung der 70er Jahre	Referenzprojekt mit geringerer Förderintensität; Innovationsbereich nach Hamburger HID-Gesetz
Helmstedt (Niedersachsen), Kybitzstr. / Schuhstr.	Historisches Innenstadtquartier, hoher Migrantenteil	Hohe Leerstände; Wohnumfeldverbesserung; integrativer Aspekt: Grundeigentümer mit Migrationshintergrund
Hildesheim (Niedersachsen), Michaelisviertel	Historisches und 50er Jahre-Quartier	Vorlauf über Aktivierung der Eigentümer durch ExWoSt-Projekt „Kommunale Konzepte Wohnen“
Leipzig (Sachsen), Bülowviertel	Gründerzeitliche, geschlossene Blockrandbebauung	Mitwirkung zahlreicher Privateigentümer und der LWB unter Moderation von H & G Leipzig, breites Maßnahmenspektrum, u.a. Wohnumfeldverbesserung, Einbindung desinvestierender Eigentümer, Verfügungsfonds
Magdeburg-Buckau (Sachsen-Anhalt), Gnadauer Str. und Klosterbergstr.	Gründerzeitliche, geschlossene Blockrandbebauung	Starkes Engagement H & G, Moderation von zwei ESG'en, u.a. Wohnumfeldverbesserung
Meiningen (Thüringen), Töpfermarkt	Heterogenes Quartier: Barock- und Gründerzeitbauten, Brachen	Hohe Leerstände; Wohnumfeldverbesserung; Zusammenarbeit mit städtischem Wohnungsunternehmen
St. Wendel (Saarland), Brühlstr.	Heterogenes Quartier: Gründerzeitbauten, 50er Jahre	Entwicklung aus schwacher Geschäfts- zu innerstädtischer Wohnlage
Viersen-Dülken (Nordrhein-Westfalen), Mondhöfchen	Heterogenes Quartier: Gründerzeitbauten, 50er Jahre	Zentrum ehemals selbständiger Kleinstadt

Die idealtypische Ausprägung der im ExWoSt-Forschungsfeld vertretenen Eigentümerstandortgemeinschaften sind Altbauquartiere, insbesondere aus der Gründerzeit (z.B. die ESG in Bremerhaven, Görlitz und Magdeburg), teils aber auch ältere Quartiere. Für letztere ist die ESG „Kybitzstr./Schuhstr.“ in Helmstedt ein interessantes Beispiel. Im Kern der ehemaligen Universitätsstadt, der größtenteils zwar saniert ist, bei einigen Baublöcken aber städtebauliche Defizite aufweist, hat sich eine ESG mit wertvoller historischer Bausubstanz unmittelbar am Marktplatz organisiert. Es gibt aber nicht nur Probleme im Quartier (Abb. 2), sondern vor allem baulich-stadträumliche Qualitäten, die es zu erhalten und zu entwickeln gilt (Abb. 3). Die beteiligten Eigentümer haben einen Verein gegründet und packen jetzt gemeinschaftlich die Handlungsfelder „Gebäudeübergreifende Nutzungsmöglichkeiten“, „Grundstücksübergreifende Freiraumnutzung“ und „gemeinsame Vermarktung“ an, verbunden mit einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit.

Am 13. Mai 2009 hat in Magdeburg bei reger Beteiligung eine Auftaktveranstaltung zum Forschungsfeld stattgefunden. Am 22. und 23. Juni 2009 hat die erste Projektwerkstatt stattgefunden, die vor allem dem gegenseitigen Kennenlernen der Eigentümerstandortgemeinschaften untereinander sowie Fragen der Organisationsformen bei der Gründung gedient hat. Der Informationsaustausch soll bei der Projektwerkstatt in St. Wendel am 19. und 20. April 2010 fortgesetzt werden.

Bildnachweis

Abbildung 1: BBSR;

Abbildung 2: Stadt Helmstedt;

Abbildung 3: empirica

Prof. Dr. János Brenner

Dipl.-Ing., Baudirektor, seit 2008 Honorarprofessor an der TU Budapest, seit 2007 stellvertretender Leiter des Referats Stadtumbau im BMVBS. Im ersten Halbjahr 2007 abgeordnet zum Bauministerium von Ungarn. Seit 2001 tätig im Referat Städtebauförderung des BMVBS bzw. BMVBW. 1979-2001 verschiedene Tätigkeiten in der Bauverwaltung auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. 1977-79 Referent im Ungarischen Landesamt für Denkmalschutz.

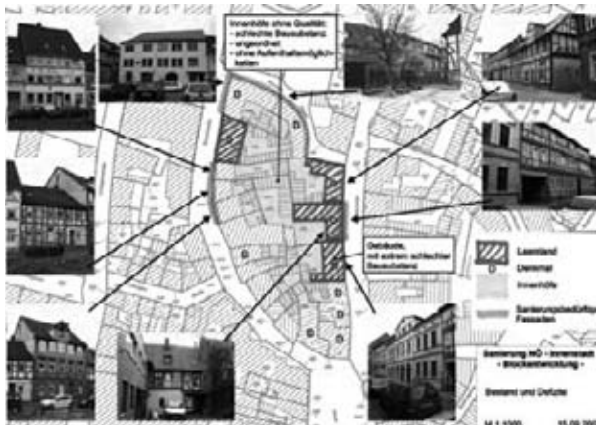


Abb. 2 | Helmstedt, ESG-Quartier – Bestand und Defizite



Abb. 3 | Helmstedt, Blick in die Kybitzstraße

Jugendliche als Akteure bei der Entwicklung historischer Innenstädte – Ergebnisse aus dem ExWoSt-Forschungsfeld „Jugendliche im Stadtquartier“

Stephanie Haury

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

Revitalisierung von Altstädten

Bei der Belebung historischer Innenstädte steht die Entwicklung lebendiger Stadtzentren im Vordergrund, die sich zu attraktiven Lebens- und Arbeitsstandorten für alle Generationen und Bevölkerungsgruppen entwickeln sollen. Dabei kommt es auf eine ausgewogene Nutzungsmischung und eine gesunde Lebenswelt an. Lebendige Stadtzentren sind aber kein Selbstläufer. Sie entstehen nur auf Basis einer Politik neuer integrierter Planungsansätze mit einer ausgewogenen Berücksichtigung aller für die Revitalisierung bedeutsamen Belange. Dazu zählt vor allem eine umfassende Beteiligung der relevanten Akteure, nämlich der Bürger. In ihren Quartieren sind sie nicht nur die Experten für die Bedürfnisse vor Ort, sie sind auch die Säule des Gemeinwesens und können zu einer nachhaltigen Gestaltung und Belebung ihres Quartiers maßgeblich beitragen.

In einer Zeit, in der viele Städte aufgrund des demographischen Wandels Schrumpfungstendenzen aufweisen und der Anteil älterer Einwohner stark zunimmt, müssen zur Revitalisierung historischer Städte vor allem die Interessen von Jugendlichen als zukünftige Leistungsträger der Gesellschaft dauerhaft berücksichtigt werden. Indem ihnen die Bedeutung und Vorzüge historischer Städte vermittelt werden, können sie als Akteure in die Innenstadt zurückgeholt werden. Denn Jugendliche können viel zur Belebung von historischen Innenstädten beitragen: Es sind vor allem Jugendliche, die den öffentlichen Raum beleben und sich darin ihre Nischen suchen. Der öffentliche Raum dient Jugendlichen der Ausübung von Bewegung und Sport, für Repräsentation und Selbstdarstellung als Bühne, vor allem aber als Treffpunkt für Kommunikation und Interaktion. Soll das nachhaltige Ziel einer größeren Identifikation und Belebung histo-

rischer Städte mit adäquaten Aufenthalts- und Entfaltungsmöglichkeiten verfolgt werden, so spielt hierbei gerade diese Nutzergruppe eine wesentliche Rolle.



Abb. 1 | Umgestaltung eines leerstehenden Kinos in Dessau

Das Forschungsprojekt „Jugendliche im Stadtquartier“

Jugend in der Stadt ist charakterisiert durch Unberechenbarkeit, durch ein Handeln und Aneignen von Raum jenseits von Regeln und Standards. Dabei ist „Jugend“ durchaus nicht als homogene Gruppe zu verstehen. Sie setzt sich aus einer Vielzahl von Teilgruppen mit ganz unterschiedlichen Mustern der Raumaneignung und daraus sich ergebenden Bedürfnissen zusammen. Auch ihr Interesse und ihre Beteiligung an öffentlichen Aktivitäten ist unterschiedlich und reicht von der Zurückgezogenheit des „Chatters“ bis hin zu öffentlich sehr engagierten Jugendlichen.

Die Berücksichtigung ihrer Belange findet in den alltäglichen Planungsabläufen jedoch kaum statt. Dies erklärt sich vor allem dadurch, dass Jugendli-

che schwer zu erreichen sind: Sie bevorzugen dynamische, flexible, temporäre Räume, die in den üblichen Kategorien der Stadtplanung keine Entsprechung finden. Ihr Handeln ist in vielen Fällen weniger auf Integration ausgerichtet als auf Abgrenzung. Um Jugendliche umfassend und dauerhaft in die Stadtentwicklungsprozesse historischer Städte einzubeziehen bedarf es eines Umdenkens; bei ihrer Einbeziehung kann nicht auf standardisierte Beteiligungsmethoden zurückgegriffen werden, vielmehr bedarf es eines besonderen Engagements und neuer Strategien.



Abb. 2 | Aachener Jugendworkshop im Straßenraum

Um Methoden ausfindig zu machen, mit denen Jugendliche aktiv in die Prozesse der Stadt- und Quartiersentwicklung einbezogen werden können, wurde innerhalb des ExWoSt-Forschungsprogrammes des Bundes „Innovationen für eine familien- und altengerechte Stadtentwicklung“ im Sommer 2009 der neue Programmbaustein „Jugendliche im Stadtquartier“ entwickelt.

An 31 Modellvorhaben verteilt auf das ganze Bundesgebiet sollten verschiedene Facetten und Aspekte der Jugendbeteiligung erprobt werden. Gesucht wurden dabei innovative Lösungen und Ansätze, wie Jugendliche aktiv an der Gestaltung ihres Stadtteils oder ihrer Stadt mitwirken und Anforderungen an ihre Stadtquartiere formulieren können. Ausschlaggebend für die Projektauswahl waren dabei vor allem die Qualität und der Grad der Einbeziehung der Jugendlichen. Das Spektrum der Projekte reichte von konkreten Maßnahmen

über quartiersbezogene Projekte bis zu gesamtstädtischen Impulsen.

Aktivierungsstrategien: Von Streetart und Downtowncamping

Innerhalb eines Beteiligungsprozesses mit Jugendlichen ist es wichtig, den richtigen Ton der Ansprache zu finden und Methoden zu entwickeln, mit denen Jugendliche aus ihrer gewohnten Routine herausgelockt und als produktive Akteure in ihrem Quartier gewonnen werden können. Im Forschungsfeld wurden bei der Ansprache von Jugendlichen darum teilweise Vermittler eingesetzt, wie beim „Kid-Fit-Programm“ in Oldenburg, bei dem ältere Jugendliche zu sogenannten „Guides“ für jüngere ausgebildet wurden, um einen leichteren Zugang zu Ihnen zu bekommen als Erwachsene das könnten. Die gewählten Beteiligungsformate der Modellvorhaben waren vorwiegend erlebnisorientiert angelegt und ließen viel Raum für eine flexible Ausgestaltung und Zeitplanung.

Im Frankfurter Projekt wurde durch Streetart-, Hip-hop- und Rapworkshops die Aufmerksamkeit der Jugendlichen auf die Neugestaltung eines Jugendhauses gelenkt. Dadurch konnte dann bei der konkreten Beteiligung auf einen großen Teilnehmerkreis zurückgegriffen werden.

Im Modellvorhaben in Dessau wendete man eine andere, sehr intensive Beteiligungsmethode an: beim sogenannten Downtowncamping zelte eine Gruppe Jugendlicher eine Woche lang im Stadtpark, erforschte und erprobte erforderliche jugendspezifische Veränderungen in der Stadt und diskutierte bis tief in die Nacht hinein. Es entstanden dabei Ideen für die Umnutzung eines leerstehenden Kinos, eine Strandbar am innerstädtischen Mulde-Ufer und eine anschließende Ausstellung der erarbeiteten Ideen im öffentlichen Raum.

Die Mitwirkung bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes in Duisburg wurde den Jugendlichen durch einen stadtweiten Songcontest schmackhaft gemacht, bei dem sie ihre Ideen zur Umgestaltung der Stadt in Songs umsetzen konnten.



Abb. 3 | Aufbau einer Strandbar in Dessau

Bei den Projekten von „Jugendliche im Stadtquartier“ stellte sich heraus, dass es nicht nur gilt, die Jugendlichen für den Beteiligungsprozess als Akteure zu gewinnen, sondern durch frische Formate und Strategien zu garantieren, dass die Beteiligten während des Prozesses auch „am Ball“ bleiben. Dies geschah durch eine flexible Handhabung der Beteiligungsformate sowie durch ein zeitnahes und absehbares, möglichst konkretes Ergebnis.

Neue Medien: Von Twitter und YouTube

Ein wichtiger Aspekt bei der Durchführung der Projekte war die Nutzung neuer Medien, den Kommunikationsformen der jugendlichen Alltagswelt. Diese waren schon bei der Projektaktivierung sehr hilfreich. Bei der „Stadtsafari“ in Berlin wurden die Streifzüge durch das Quartier mit der Handykamera aufgezeichnet und in ein 3D-Modell überführt. Bei den meisten Beteiligungsformaten kamen Web 2.0-Plattformen wie „Twitter“, „MySpace“ und „Facebook“ und eigene Webseiten zum Zuge, die eine

schnelle Kommunikation gewährleisteten und einen großen Nutzerkreis ansprachen. Produzierte Videos und Songs konnten auf einfache und schnelle Weise in „YouTube“ eingestellt werden. Über diesen Weg wurde die Präsentation des Ergebnisses vor Familie und Freunden erleichtert und eine höhere Akzeptanz des Projektes erreicht, was gerade bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund ein ausschlaggebender Faktor für deren aktive Beteiligung war.



Abb. 4 | Jugendliche Reporter in München

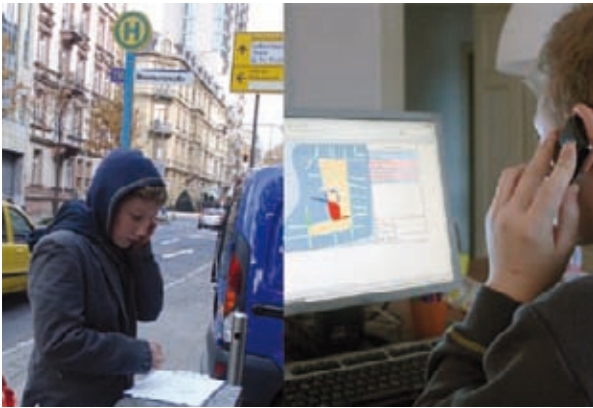


Abb. 5 | Jugendbeteiligung mittels eines Computerspiels in Frankfurt

Neben den neuen Medien kamen auch altbewährte Kommunikationsformen wie z.B. Stadtteilzeitungen zum Einsatz oder wurden mit den neuen Medien wie im Projekt in München kombiniert. Dort wurden Comicstrips über das Quartier erstellt und zu einem Film umgewandelt.

Im „Gamelabor“ in Frankfurt wurde die virtuelle Welt mit der realen Welt verknüpft: in einem Computerspiel wurde hier die reale Welt virtuell nachgebildet und dadurch spielerisch erlebbar gemacht.

Auf Augenhöhe: Von Botschaftern und Jugendfonds

Ein wichtiger Schlüssel für den Erfolg der Beteiligungsprojekte war die (ungewohnte) Akzeptanz durch die Erwachsenen und das Agieren auf Augenhöhe mit professionellen Planern und Architekten. Ein Respekt, der in der Alltagsrealität anscheinend umso schmerzlicher vermisst wird.



Abb. 6 | Agieren auf Augenhöhe in Duisburg

Dies wurde bei der Botschaft des übergeordneten „Young Cities Now“- Workshops deutlich, in dem jugendliche Vertreter aller Modellvorhaben die zentrale Botschaft „Vertraut uns!“ formulierten.

Neben der Teilnahme in jugendpolitischen Zirkeln wie z.B. im Oldenburger Projekt oder „OpenSpace-Werkstätten“, in denen Jugendliche zusammen mit Politikern und Planern über Stärken und Schwächen in ihrer Stadt sprachen, wurden Jugendliche in anderen Projekten auch zu Jurymitgliedern von städtebaulichen Wettbewerben. Durch dieses „Agieren auf Augenhöhe“ konnten sie ihre Belange direkt an politisch Verantwortliche übermitteln und fühlten sich dadurch als Akteure ernst genommen.

Was wollen Jugendliche in der Stadt konkret und wie würden sie es umsetzen? Um dies zu erforschen wurde ein Fondsmodell entwickelt und in mehreren Projekten erprobt. Mit diesem Instrument erhielten Jugendliche die Gestaltungshoheit über eigene Finanzmittel und konnten damit Kleinstprojekte in ihrem Quartier umsetzen. Sie errichteten Tonstudios, gestalteten Brachflächen um und bauten BMX-Anlagen aus.

Treffpunkte: Von fliegenden Bauten und Wohnwagenreisen

Ergebnisse von Umfragen machen deutlich, dass Jugendliche in vielen Städten altersgruppenspezifische Aufenthaltsräume und Treffpunkte vermissen. Sie weichen darum meist auf häusliche Treffpunkte aus und nutzen die vorhandenen und eher auf die Erwachsenenwelt ausgerichteten Angebote der Innenstädte nicht. Viele Modellvorhaben initiierten darum gemeinsam mit den Jugendlichen selbst adäquate Jugendtreffpunkte. Vor allem die Möglichkeit des eigenen Entwurfs und einer konstanten Bespielung des Aktionsortes waren ausschlaggebend für die spätere Akzeptanz. Neben regelmäßig offenen Jugendtreffs wurden vor Ort auch in Eigenregie abgehaltene Kulturevents wie Kinoabende und Jamsessions ermöglicht.

In Bergheim entwickelte eine Gruppe Jugendlicher die Idee eines temporären aufblasbaren Jugendtreffs aus Gummi, der zusammen mit dem Herstel-

ler entworfen und umgesetzt wurde. Zukünftig lässt sich das Objekt ortsungebunden und in wenigen Minuten aufstellen, was eine vielseitige Nutzung des Raumes ermöglicht.



Abb. 7 | Jugendtreff als fliegender Bau in Bergheim

Im Herforder Modellvorhaben entschied man sich ebenfalls für einen variablen Jugendtreff, einen Wohnwagen. Auf dem „langen Weg nach Hause“ ging man mit diesem auf die Reise und holte damit die Jugendlichen aus ihrer gewohnten Lebenswelt heraus. Dadurch schärfte sich ihr Blick für andere Kulturen und produzierte einen veränderten Blickwinkel, der über das Gewohnte hinausging. In mehreren Projekten zogen sich die Jugendlichen in Nischen, transitorischen Räumen oder auf Brachflächen zurück, die von der Erwachsenenwelt nicht belegt waren.

Dabei spielten vor allem Restzonen von U-Bahn-Haltestellen eine große Rolle, die kurzfristig zur Tanzbühne mutierten oder Brachflächen, die zu Quartiersküchen umfunktioniert wurden.

Jugend belebt die Innenstadt: Von Leerständen und Stadtoasen

Um Jugendliche als Akteure zurück in die Innenstädte zu holen ist es von großer Bedeutung, ihnen ein Verständnis für die Historie der Städte zu vermitteln und ihnen den Wert historischer Städte und deren Altbestand näher zu bringen. Bei mehreren Projekten wurden durch fachlich angeleitete Stadterkundungen und die Umnutzung leerstehender Gebäude Bezüge zu historischen Altstädten

mit ihrem gewachsenen Baubestand aufgebaut. In Leipzig wurde unter dem Motto „Rette ein Haus und nutze es!“ ein leerstehendes Gründerhaus von Jugendlichen umgestaltet und zum Stadtteillabor umfunktioniert, welches auch über die Projektlaufzeit hinaus bestehen soll. Die Nutzung besteht neben Tonstudios auch aus einer Indoorskaterbahn im Keller und es zeigte sich, dass leerstehende Gebäude vielseitig umnutzbar sind.

Im Erfurter Projekt „Ladebalken“ wurden leerstehende Ladenlokale von Jugendlichen als Begegnungs- und Ausstellungsflächen zu offenen „Wohnzimmern“ umgenutzt. Die ehemaligen Ladenlokale wurden so zu Schaufenstern für Jugendkultur umfunktioniert und regten im Quartier Diskussionen über die Zukunft schrumpfender Städte an.



Abb. 8 | Stadtoasen für Jugendliche in Rosenheim

Ein Projekt in der nordhessischen Kleinstadt Spangenberg entwickelte umfassende Ideen zur Umgestaltung der historischen Innenstadt. Im Rahmen der 700-Jahr-Feier der Stadt wurden auf einem Jugendaktionstag Freiraumpotenziale der Innenstadt identifiziert und Jugendliche mit dem Thema Leerstand konfrontiert. Doch es blieb nicht nur bei der Analyse: Die Leerstände wurden einen Tag lang „probegenutzt“, so wurde z. B. ein leerstehendes Hotel zum Kino. Die temporäre Nutzung leerstehender Gebäude ist dort ein Modell zur Erprobung möglicher zukünftiger Umnutzungen; das Hotel z.B. soll in Zukunft neu bespielt und zum Kulturzentrum umfunktioniert werden.



Abb. 9 | Umnutzung eines leerstehenden Gründerzeithauses in ein Haus für Jugendliche in Leipzig

In mehreren Projekten gab es jugendbezogene Aktionen im öffentlichen Raum. Im Projekt „Stadtoasen“ in der Rosenheimer Altstadt wurden in Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement temporäre Interventionen auf Restflächen oder ungenutzten Freiflächen ausgeführt, um das Freiflächenangebot für Jugendliche im öffentlichen Raum zu ergänzen.

Fazit

Das ExWoSt-Forschungsfeld „Jugendliche im Stadtquartier“ stellt ein großes Spektrum an innovativen Ideen und Methoden zur Jugendbeteiligung in den Städten vor. Die Durchführung der verschiedenen Beteiligungsformate ist dabei mit einer intensiven Auseinandersetzung mit den jeweiligen jugendlichen Akteuren verbunden und ist geprägt von einer kreativen, flexiblen, teilweise zeitintensiven Ausgestaltung der Prozesse. Sie bewegen sich dabei außerhalb der vorhandenen Beteiligungskultur, bei der die Prozesse zumeist standardisiert

und starr sind. Bei der Revitalisierung historischer Altstädte ist die Implementierung einer neuen Jugendbeteiligungskultur ein unverzichtbarer Faktor. Die Entwicklung und Anwendung dieser Kultur stellt eine aktuelle Aufgabe für die zukünftige Ausrichtung der Stadtentwicklungspolitik historischer Städte dar.

Die Modellvorhaben haben exemplarisch gezeigt, welche vielseitigen Möglichkeiten und Lösungsansätze in diesem Feld bestehen. Im Rahmen des Forschungsfeldes „Jugendliche im Stadtquartier“ konnte nachgewiesen werden, dass bei Jugendlichen ein großes Interesse an ihrem Quartier und an gewachsenen Strukturen besteht. Insbesondere die Unorte unserer Städte werden von Jugendlichen bespielt und können dadurch aufgewertet werden. Der Wunsch von Jugendlichen nach neuen Gemeinschaftsorten und nach Berücksichtigung ihrer spezifischen Belange muss gehört und mit adäquaten Angeboten in der Stadtentwicklungspolitik beantwortet werden. Dann können auch lebendige Innenstädte für alle Bürger entstehen.



Abb. 10 | Leerstehender Laden als offenes Wohnzimmer in Erfurt



Abb. 11 | Übersicht der Modellvorhaben des ExWoSt-Forschungsprojektes „Jugendliche im Stadtquartier“

Weitere Informationen zum Forschungsprojekt finden Sie unter:

<http://www.jugendliche.stadtquartiere.de>

Bildnachweis

- Abbildung 1+3: Anschläge.de;
- Abbildung 2: Stadt Aachen;
- Abbildung 4: Projektteam Modul-7;
- Abbildung 5: Laura Rottmann;
- Abbildung 6: Frank Fischer;
- Abbildung 7: Todde Kemmerich;
- Abbildung 8: Urbanes Wohnen e.V.;
- Abbildung 9: Sven Riemer;
- Abbildung 10: Johannes Smettan;
- Abbildung 11: BBSR

Stephanie Haury

Seit 2009 Referentin beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Studium der Architektur mit der Vertiefungsrichtung Stadtplanung an der Universität Karlsruhe und an der Universität Politècnica de Catalunya, 2000-2002 Mitarbeit im Architektur- und Stadtplanungsbüro in Amsterdam als angestellte Architektin, 2003-2005 Städtebaureferendariat in Nordrhein-Westfalen, 2005-2009 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Siegen im Lehrgebiet Städtebau und Städtebauliches Entwerfen, freiberufliche Tätigkeit als Stadtplanerin.

Forschungsfeld Städtebaulicher Denkmalschutz

Ricarda Ruland

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

Begleitforschung zum Städtebaulicher Denkmalschutz und themenrelevante Forschungsprojekte des Bundes

Das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz versteht sich seit Beginn als ein lernendes Programm. Unterstützt durch die Expertengruppe Städtebaulicher Denkmalschutz und den steten Informationsaustausch zwischen Programmkommunen, Ländern und dem Bund, konnte das Programm immer zeitnah den sich ändernden Anforderungen und Gegebenheiten angepasst werden. Die Begleitforschung des Bundes zu diesem Programm ermöglicht darüber hinaus notwendige vertiefende Untersuchungen bestimmter Sachverhalte durch unabhängige Dritte. Genutzt wird die Begleitforschung zum einen zur Beratung und Klärung von Fragestellungen des Bundes, aber genauso auch zur Information und Hilfestellung für die Kommunen.

In den vergangenen Jahren wurden 0,2% der Bundesfinanzmittel, die jährlich für den Städtebaulichen Denkmalschutz zur Verfügung gestellt werden, in unterschiedliche Begleitprojekte investiert. Vorweg ist hier die 2004 eingerichtete Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz zu nennen, zu deren Aufgaben vor allem Kommunikationsleistungen und der Wissenstransfer gehören. Mit Instrumenten wie dem Internetauftritt, der Erstellung der Informationsdienste, persönlicher Beratung und der Vor- und Nachbereitung der Expertengruppensitzungen werden alle am Programm Beteiligte und Interessierte in ihrer Tätigkeit unterstützt und der Informationsaustausch gewährleistet. Im Bereich der fachlichen Programmbegleitung stand für die Bundestransferstelle vergangenes Jahr vor allem die Vorbereitung der anstehenden Evaluierung im Fokus.

Evaluierung

Die Evaluierung, Schwerpunkt der Begleitforschung in diesem Jahr, ist ein wichtiges Element zur Wirkungsanalyse des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz und wird damit Artikel 104b, Abs. 2 Grundgesetz gerecht, der u. a. besagt, dass die Verwendung der Mittel in regelmäßigen Zeitabständen zu überprüfen ist. Da die Ergebnisse der Evaluierung von erheblicher Bedeutung für die Ausgestaltung der Weiterführung des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz sind, wurde bereits der Vorbereitung der Evaluierung viel Aufmerksamkeit gewidmet. In Abstimmung mit dem Bund und den beteiligten Ländern wurde von der Bundestransferstelle ein Fragebogen für eine Kommunalbefragung entwickelt, der sich im Aufbau an den inhaltlichen Schwerpunkten und Zielen des Programms orientiert. Dieser wurde mit einigen Städten im Hinblick auf Anpassungserfordernisse einem Testlauf unterzogen.

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) hat in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) die Evaluierung des Programms „Städtebaulicher Denkmalschutz in den neuen Ländern“ Ende 2009 öffentlich ausgeschrieben und an complan Kommunalberatung, Potsdam, in Zusammenarbeit mit TAURUSpro - Institut an der Universität Trier, vergeben.

Die Anfang des Jahres 2010 anstehende Kommunalbefragung ist die tragende Säule der Evaluierung. Sie wird für alle Programmgebiete durchgeführt, um einen vollständigen Überblick zu erhalten. Darauf aufbauend sind vertiefende Betrachtungen in ausgewählten Programmgebieten und Schlüsselpersonengespräche vorgesehen. Die Evaluierung soll noch in diesem Jahr abgeschlossen und ihre Ergebnisse anschließend veröffentlicht werden.

Handlungsleitfaden

Neben den Projekten der Begleitforschung, die der Bund nutzt, um seinen Erkenntnisbedarf zu decken, wird die Begleitforschung auch genutzt, um den Programmgemeinden aufbereitete Informationen und Erkenntnisse an die Hand zu geben. Dies erfolgte in den vergangenen Jahren durch die Erarbeitung von zwei Handlungsleitfaden, die anhand von guten Beispielen Lösungsansätze zu verallgemeinerbaren Aufgaben des Städtebaulichen Denkmalschutzes aufzeigten.

Im ersten Handlungsleitfaden „Gute Beispiele im Städtebaulichen Denkmalschutz“ wurden insbesondere innovative Nutzungskonzepte für Gebäude und Ensembles sowie nutzungsstrukturelle Lösungen für ganze Quartiere im innerstädtischen Bereich präsentiert. Die ausführlich beschriebenen und veranschaulichten Beispiele untergliederten sich nach ausgewählten Handlungsfeldern zur Revitalisierung historisch geprägter Innenstädte. Sie sollen den Städten und Gemeinden, den Akteuren der Stadterneuerung sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern beispielhafte und nachvollziehbare Perspektiven für eine erfolgreiche Revitalisierung ihrer historischen Innenstädte eröffnen sowie Ideen und Anregungen für vergleichbare Handlungsanlässe aufzeigen.

Der zweite Handlungsleitfaden „Gute Beispiele: Private Initiative im Städtebaulichen Denkmalschutz“ fokussierte auf die gezielte Mobilisierung und Einbindung privater Initiativen in den Sanierungsprozess der Städte. Er wendet sich damit nicht nur an die öffentlichen Akteure der Städte, sondern soll vor allem private Initiativen und Einzelpersonen ansprechen. Das bedeutet auch die Ansprache eines weiteren Akteurskreises, zu dem neben z. B. Kreditinstituten auch Vertreter der Immobilienwirtschaft zählen. Wie schon die Vorgängerbrochure, nimmt auch dieser Handlungsleitfaden Bezug auf aktuelle und komplexe Herausforderungen der Stadtentwicklungspolitik. Es geht um die Suche nach effektiven Lösungen für viele hochkarätige, derzeit leerstehende und gefährdete Denkmale und Ensembles, aber ebenso sind Ideen für die vielen „unspektakulären“, städtebaulich je-

doch bedeutsamen Altbauten historisch wertvoller Innenstädte gefragt. Vielzahl und Vielfalt der angetroffenen Beispiele und das Ergebnis des Handlungsleitfadens zeigen vor allem, dass eine intakte und vitale räumliche Umgebung in den Städten für die Stadtbürger enorm wichtig ist und dass die Bereitschaft, dazu auch aktiv beizutragen, vorhanden ist. Der Handlungsleitfaden „Gute Beispiele: Private Initiative im Städtebaulichen Denkmalschutz“ kann zu ihrer Anregung, Motivation und Unterstützung beitragen.

Die Erstellung eines weiteren Handlungsleitfadens zum Thema „Gute Beispiele zu qualitätvollen Neubaumaßnahmen im Städtebaulichen Denkmalschutz“ soll in diesem Jahr erfolgen, so dass im kommenden Jahr mit der Veröffentlichung des 3. Bandes gerechnet werden kann.

Themenrelevante Projekte

Über die direkte Begleitforschung hinaus, gibt es weitere vom Bund innerhalb anderer Forschungsprogramme geförderte Projekte, die auch für die Herausforderungen im Städtebaulichen Denkmalschutz gute Lösungsansätze erwarten lassen. Im Folgenden werden exemplarisch zwei Forschungsvorhaben kurz vorgestellt:

Energieeffizientes Bauen und architektonisches Erscheinungsbild im ganzheitlichen Planungskonzept

Im Gebäudebestand wird von einem hohen technischen Energieeinsparpotenzial (teilweise bis zu 80 Prozent des Energiebedarfs) ausgegangen. Werden bestehende Gebäude energetisch saniert oder umgebaut, sind zusätzlich eine Vielzahl weiterer Faktoren im Planungsprozess zu berücksichtigen und gegeneinander abzuwägen. Dies betrifft insbesondere die Auswirkungen der energetischen Verbesserung im Gebäudebestand auf das architektonische Erscheinungsbild des Gebäudes und auf das Stadtbild. Im Rahmen dieses Forschungsvorhabens soll untersucht werden, wie neben der Energieeffizienz weitere Einflussfaktoren, insbesondere architektonische Qualitätsansprüche, Aspekte der Denkmalpflege und besondere baukul-

turelle Anforderungen wie z. B. Regelungen aus Gestaltungssatzungen und städtebaulichen Erhaltungssatzungen, bei der Planung von Umbauten oder Sanierungen optimal mit der energetischen Sanierung in Einklang gebracht werden können. Ziel des Vorhabens ist, auch in Fällen, in denen üblicherweise Ausnahmeregelungen in Betracht kommen, Lösungsvorschläge für energetische Sanierungen zu erarbeiten.

Dieses Forschungsvorhaben soll in einem Leitfaden münden, der Lösungsvorschläge anhand konkreter Beispiele für besonders schwierige Fälle der energetischen Sanierung beinhaltet. Allen mit der energetischen Sanierung Betroffenen (Kommunen, Eigentümer, Investoren, Architekten, Energieberater, Denkmalpfleger,...) soll er eine Hilfestellung bei der Planung von Sanierungsmaßnahmen geben und den integrierten Abwägungsprozess unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Kriterien und der Beteiligung verschiedener Fachleute darstellen. Gefördert wird dieses Projekt als Auftragsforschung aus dem Bauforschungsprogramm Zukunft Bau. Der Leitfaden soll im Herbst 2010 erscheinen.

Stadtbild und Energie

Das Forschungsprojekt „Stadtbild und Energie“ geht davon aus, dass für eine nachhaltige Lösung die energietechnischen Fragen mit städtebaulichen Fragen zusammen behandelt werden müssen, um reduktionistische Fehlleistungen wie etwa die Prädominanz der Verkehrsplanung in der verkehrsgerechten Stadt der 1960er Jahre zu vermeiden. Dazu ist es notwendig, die energietechnische Leistung der Wand im Zusammenhang mit ihren stadtraumbildenden Qualitäten zu sehen. Grundsätzlich geht es bei der Betrachtung der energietechnischen Aspekte darum, nicht alleine den kurzfristigen Wärmedurchgangskoeffizienten zu beachten, sondern ebenfalls die mittelfristigen Wärmespeicherkapazitäten sowie die langfristigen Herstellungs-, Instandhaltungs- und Entsorgungsenergien. Bei der Betrachtung der städtebaulichen Aspekte steht im Mittelpunkt, dass die städtische Bebauung klar verständliche und interessante Stadträume schaffen muss, die in ihrer regionalen Diversität der Bevölkerung Identifikationsmöglichkeiten bieten.

Um diese unterschiedlichen Zusammenhänge untersuchen zu können, wurde hier ein interdisziplinäres Forschungsprojekt aufgelegt, an dem Ingenieure, Architekten, Bauhistoriker und Städtebauer zusammenarbeiten.

Dieses Forschungsvorhaben wird als Antragsforschung im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik über einen Zeitraum von vier Jahren gefördert. Ende des Vorhabens ist im Jahr 2013.

Die hier benannten derzeit laufenden Vorhaben geben einen kurzen Einblick in die Forschungslandschaft des Bundes im Bereich des Städtebaulichen Denkmalschutzes. Ergänzend dazu gibt es natürlich noch weitere Forschungsvorhaben und Projekte, die Aspekte des Städtebaulichen Denkmalschutzes beinhalten. Im Anhang ist eine nicht abschließende Auswahl von interessanten Projekten und Veröffentlichungen aufgeführt.

Anhang

Auswahl von Projekten, die im Rahmen der Nationale Stadtentwicklung gefördert wurden und mittlerweile abgeschlossen sind bzw. kurz vor Abschluss stehen:

- Bildungs- und Kompetenzzentrum „HausHalten“ – www.haushalten.org
- Probewohnen- zurück in die Gründerstadt – www.stadtforschung.com
- Fachwerktriennale – www.fachwerktriennale.de
- Prima Klima in den Hohenzollernhöfen (Ludwigshafen) – Allen gerecht und energiebewusst leben!
- weitere Informationen auch unter www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de

Weitere ausgewählte Veröffentlichungen:

- „Wärmedämmung für Sonderfälle“, BBSR-Online-Publikation 01/09, Hrsg.: BMVBS/BBSR, Januar 2009
- „Leitfaden zum Einsatz von Rechtsinstrumenten beim Umgang mit verwaorsten Immobilien („Schrottimobilien“)“, Werkstatt: Praxis, Heft 65, Herausgeber: BMVBS und BBSR, Bonn 2009
- Stadtentwicklungsbericht 2008 – Neue urbane Lebens- und Handlungsräume, BMVBS, Berlin 2009
- Erfassung regionaltypischer Materialien im Gebäudebestand mit Bezug auf die Baualtersklasse und Ableitung typischer Bauteilaufbauten, Zentrum für Umweltbewusstes Bauen e.V. www.forschungsinitiative.de/PDF/regionaltypische_materialien.pdf

Ansprechpartnerin und weitere Informationen bei:
ricarda.ruland@bbr.bund.de

Ricarda Ruland

Seit 2003 Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Referat Baukultur, Architektur, Städtebau im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im BBR. Projektleiterin für die Begleitforschung des Städtebaulichen Denkmalschutz und weiterer themenverwandter Forschungsprojekte. Studium der Architektur an der RWTH Aachen und CVUT Praha.

Zum 17. Kongress Städtebaulicher Denkmalschutz



Quedlinburg, Sachsen-Anhalt | Jürgen Meusel

Kontinuität als Chance – Städtebaulicher Denkmalschutz in der Integrierten Stadtentwicklung

Daniela Michalski
Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz



Abb. 1 | 17. Kongress Städtebaulicher Denkmalschutz im Palais Salfeldt, Quedlinburg

Zusammenfassende Dokumentation zum 17. Kongress Städtebaulicher Denkmalschutz in Quedlinburg, 31. August – 1. September 2009

Am 31. August und 1. September 2009 hat in Quedlinburg der 17. Kongress Städtebaulicher Denkmalschutz unter dem Motto „Kontinuität als Chance - Städtebaulicher Denkmalschutz in der Integrierten Stadtentwicklung“ stattgefunden. Es diskutierten ca. 350 Teilnehmer über aktuelle und dauerhafte Themen der Städte mit historischen Stadtkernen und -bereichen. Insbesondere die Chancen, aber auch die Risiken, die sich durch und für den Städtebaulichen Denkmalschutz im Zusammenhang mit der Finanzkrise ergeben könnten, sollten auf dem Kongress reflektiert werden. Eine integrierte Herangehensweise ist dabei unerlässlich. Entsprechend widmeten sich die einzel-

nen Arbeitsgruppen des Kongresses den verschiedenen Aspekten von Denkmalschutz und Stadtentwicklung, deren Berücksichtigung die Voraussetzung bildet für einen verantwortungsbewussten Umgang mit dem historischen Erbe in der heutigen Zeit.



Abb. 2 | Teilnehmer des 17. Kongresses Städtebaulicher Denkmalschutz

Grußworte



Abb. 3 | Dr. Karl-Heinz Daehre, Minister für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt

Dr. Karl-Heinz Daehre, Minister für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt, begrüßte die Teilnehmer des 17. Kongresses Städtebaulicher Denkmalschutz und würdigte insbesondere die Tatsache, dass die Tagung mittlerweile von Experten, Kommunal- und Landesvertreter aus dem gesamten Bundesgebiet wahrgenommen wird.

Vor allem mit Blick auf die Anfänge des Städtebaulichen Denkmalschutzes 1991, als noch 5 Jahre Programmlaufzeit prognostiziert wurden, zeugen die vergangenen 17 Programmjahre sowie die Fortsetzung des Programms im gesamten Bundesgebiet von einem neuen Bewusstsein im Umgang mit dem baukulturellen Erbe. Wichtige Schnittstellen im Städtebaulichen Denkmalschutz ergeben sich insbesondere mit dem Programm Stadtumbau Ost, welches durch Rückbau von Außen nach Innen einen entscheidenden Beitrag zur Stärkung der Innenstädte leistet. So wurden mittlerweile 60.000 Wohneinheiten in Sachsen-Anhalt zurückgebaut während die Innenstädte Aufwertung erfahren haben. 2010 wird die Internationale Bauausstellung IBA Stadtumbau in Sachsen-Anhalt diese Stadtentwicklungsstrategie herausstellen. Durch das Sonderförderprogramme „Investitionen in nationale UNESCO-Welterbestätten“ wird die Aufgabe der Stadtsanierung zudem noch unterstützt.



Abb. 4 | Wolfgang Scheller, stellvertretender Bürgermeister der Stadt Quedlinburg

Wolfgang Scheller, stellvertretender Bürgermeister der Stadt Quedlinburg, dankte für die Treue, die das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung mit der 17. Kongressausrichtung gegenüber der Stadt Quedlinburg bewiesen hat und würdigte dies als wichtiges Zeichen sowie moralische Unterstützung für alle ortsansässigen Akteure der Stadtsanierung.

Der Titel des Kongresses „Kontinuität als Chance – Städtebaulicher Denkmalschutz in der integrierten Stadtentwicklung“ wird dabei als ausgesprochen passend für die Welterbestadt Quedlinburg erachtet, bedeute doch die Altstadtsanierung nicht nur eine Aufwertung des Erscheinungsbildes, sondern zusätzlich eine Beförderung des Tourismus und somit der Wirtschaftskraft der Stadt. Die Mittel aus dem Bund-Länder-Programm haben zusammen mit privaten Spenden, der Unterstützung der Deutschen Stiftung Denkmalschutz und einer aktiven Bürgerschaft Außerordentliches für die Stadt bewirkt. Zuwendungen durch das Sonderförderprogramm „Investitionen in nationale UNESCO-Welterbestätten“ werden weitere Impulse in der Stadterneuerung hervorrufen. So wird die geplante Kooperation zwischen den sechs Welterbestätten Sachsens-Anhalts dazu beitragen, die gesellschaftspolitische Verantwortung gegenüber dem baukulturellen Erbe zu stärken und durch Erfahrungs- und Ideenaustausch zukunftsfähige Konzepte zu entwickeln. Als Leitmotto dienen dabei die Worte des Wiener Architekten und Künstlers Friedensreich

Hundertwasser „Wer die Vergangenheit nicht ehrt, verliert die Zukunft. Wer seine Wurzeln vernichtet, kann nicht wachsen.“.

Einführungsvorträge

„Zeiten des Wandels – wie reagiert die nationale Städtebaupolitik?“

Prof. Dr. Engelbert Lütke Daldrup, Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung



Abb. 5 | Prof. Dr. Engelbert Lütke Daldrup, Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Die spannende Korrelation der Begriffe Kontinuität und Wandel, die den Titel des 17. Kongresses Städtebaulicher Denkmalschutz bestimmt, findet sich in allen gesellschaftlichen Prozessen wider. Schnelllebigkeit und Technikliebe bestimmen unser heutiges Leben mehr denn je, so dass eine umfassende Flexibilität unerlässlich in der Gesellschaft geworden ist. Und auch Städte werden von dieser Dualität bestimmt: die vorhandene Bausubstanz muss sich immer wieder neuen Ansprüchen anpassen.

So sehr auch historische Stadtbereiche diesem Anpassungsdruck unterliegen, werden sie von den Bewohnern jedoch eher als „Superzeichen“ für Kontinuität angesehen. Sie stehen für Begriffe, die in Reaktion auf Veränderung und Neuordnung vielerorts gewünscht werden: Heimat und lokale Bindung, Identität und Unverwechselbarkeit. Die Städtebauförderungspolitik leistet einen wesentlichen Beitrag zur Bewahrung dieser unverwechselbaren Identitäten. Insbesondere der Städtebauliche Denkmalschutz hat dabei beeindruckende Erfolge

erzielt. 18 Jahre erfolgreiche Programmumsetzung sind heute in den historischen Stadtkernen der neuen Länder ablesbar. Und auch auf den Stadtumbau hat das Programm einen entscheidenden Einfluss ausgeübt: durch das Einwirken zahlreicher Akteure ist der Abriss von historischer Bausubstanz aus der Zeit vor 1919 im Rahmen des Stadtumbaus nicht länger möglich. Doch ist es kein Anliegen des Städtebaulichen Denkmalschutzes, die Altstädte zu Museen zu entwickeln. Vielmehr ist dem Programm daran gelegen, Wandlungsprozesse in den historischen Stadtkernen zu begleiten und neue Gestaltungs-, Nutzungs- und Sanierungskonzepte für das Vorhandene zu finden. Dieser Anspruch schlägt sich auch in weiteren Programmen und Strategien des Bundes nieder: die Initiative Nationale Stadtentwicklungspolitik, das Programm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren, der Investitionspakt und die neuen Förderprogramme für Energieeffizienz und Klimaschutz sind weitere Reaktionen auf aktuelle Herausforderungen. Innovationen und neue Instrumente müssen im ständigen Dialog zwischen Bund, Ländern, Kommunen, Experten und der Öffentlichkeit gefunden werden. Der Kongress Städtebaulicher Denkmalschutz bildet dabei eine wichtige Plattform.

„Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die historische Stadt“

Dr. Tobias Just, Deutsche Bank Research



Abb. 6 | Dr. Tobias Just, Deutsche Bank Research

Auch wenn die Folgen der Weltwirtschaftskrise derzeit noch nicht in den historischen Städten ablesbar sind, handelt es sich um die größte Finanz- und Wirtschaftskrise seit 80 Jahren. Gleich mehrere Aspekte zeigen sich für die Entwicklung verantwortlich.

- Der hohe Verschuldungsgrad in Deutschland hat die weltweite Finanzkrise auch in Deutschland spürbar werden lassen. Dabei stehen fast immer Immobilien im Zentrum der Verschuldung.
- Die hohe Risikoneigung und –toleranz der Banken hat zu immer ungesicherteren Finanzgeschäften geführt. Die Beobachtung verlässlicher Daten über viele Jahre hinweg ist dabei aus dem Blickfeld geraten.
- Die hohe Geschwindigkeit, mit der in der heutigen Finanzwelt Entscheidungen getroffen werden, hat vielfach zu unüberlegtem Handeln geführt
- Insbesondere in den USA und in europäischen Ländern wie Spanien wurden am tatsächlichen Bedarf vorbei spekulative Bauvorhaben und Prestigeprojekte verwirklicht. Zwar blieben die Immobilienpreise in Deutschland stabil, doch ist die deutsche Wirtschaft in Form von Exportgütern wie Baumaschinen etc. daran indirekt beteiligt.

Konjunkturpakete und Infrastrukturprogramme sind kurzfristig wichtige Instrumente, um die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise abzumildern. Langfristig können nur Transparenz sowie eine Arbeitskultur der „Entschleunigung“ zu verantwortungsvollerem Handeln führen.

„Zwischen Bewahrung und Verlust – Das Erbe der europäischen Stadt“

Michael Kloos, Institut für Städtebau und Landesplanung, RWTH Aachen

Die Bewahrung des kulturellen Erbes und des Welterbes führt zu immer neuen Aufgaben im Städtebaulichen Denkmalschutz. Doch ist es allein der Begriff der Kontinuität, der eine Chance im Rahmen der integrierten Stadtentwicklung darstellt? Es gilt, den Begriff der Kontinuität auch im Hinblick auf eine Fortentwicklung zu verstehen.



Abb. 7 | Michael Kloos, Institut für Städtebau und Landesplanung, RWTH Aachen

Die UNESCO-Initiativen „historic urban landscapes“ und „cultural landscapes“ weisen bereits darauf hin, dass sich der Denkmalwert immer stärker ausweitet und der räumliche Zusammenhang an Bedeutung gewinnt. So spielen nicht nur die einzelnen Denkmäler, sondern räumliche Wechselwirkungen, Sichtachsen etc. eine immer größere Rolle bei der Bewahrung und Entwicklung des kulturellen Erbes. In den historischen Städten verdichten sich diese Landschaften zu einem unverwechselbaren Stadtbild, das in enger Wechselwirkung zur ökonomischen Kraft einer Kommune steht. Stadtbilder und kulturelles Erbe werden zum Motor der heutigen Stadtentwicklung und bilden die Basis für neue Leitbilder, welche eine gelungene integrierte Stadtentwicklung begleiten. Das Beispiel der Stadt Maastricht zeigt, wie sich eine Kommune erfolgreich das Prinzip der Kontinuität zu nutze macht und in moderne Strategien umwandelt für eine Stadtentwicklung, die den heutigen Ansprüchen gerecht wird:

- Leitbild als Faktor für Kontinuität. Von Anfang an war in Maastricht ein Leitbild vorhanden, das über 20 Jahre hinweg eine kontinuierliche Stadtentwicklung auf Basis des vorhandenen kulturellen Erbes ermöglichte. Die Stadt hat die Etablierung als Einkaufs- und Freizeitstandort, die Entwicklung des „europäischen Images“ sowie der Ausbau als Zweitwohnstandort als Leitbild gewählt und mit der (Um)Nutzung von historischer Bausubstanz konzeptionell unterlegt.
- Die Stadt Maastricht hat einen Weg gefunden durch PPP-Projekte die Baukultur zu befördern.
- Der Mut, „Nein“ zu Investoren zu sagen und das

Geschick, zu einvernehmlichen Lösungen zu kommen, war in Maastricht ein wesentlicher Faktor für Kontinuität.

- Nutzung und Umnutzung historischer Bausubstanz. Unorthodoxe Umnutzungskonzepte historischer Bausubstanz verknüpfen denkmalpflegerische, immobilienökonomische und juristische Belange.
- Der Städtebauliche Denkmalschutz ist ein integriertes Element der Stadtentwicklung. In Maastricht gibt es nur eine gemeinsame Stadtplanungsbehörde. Die Kommunikation erfolgt auf allen Planungsebenen und verfolgt einen integrierten Ansatz mit Hilfe von Management-Plänen, Moderation, Visualisierung und Bildung.

Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe I: „Investitionen in die Zukunft – Ist die Immobilienwirtschaft Partner im Städtebaulichen Denkmalschutz?“

Moderation Thomas Dienberg, Stadtbaurat Stadt Göttingen



Abb. 8 | Arbeitsgruppe I, Moderation: Thomas Dienberg, Stadtbaurat Stadt Göttingen

Die Bankenfinanzierungskrise erfordert die Suche nach neuen Finanzierungsquellen in der Immobilienwirtschaft. Um diese Entwicklung verantwortungsbewusst zu steuern, ist es notwendig, dass der Dialog zwischen Denkmalpflege, Kommunen und der Immobilienwirtschaft möglichst frühzeitig einsetzt. Die Diskussion unter den Interessensvertretern muss sich vor allem mit der Frage auseinandersetzen, welche Lösungen mit Blick auf den Anspruch der Nachhaltigkeit am ertragsreichsten sind.

Thesen zu den Ergebnissen der Arbeitsgruppe I:

- Die vorhandenen Fördermöglichkeiten für Denkmale (Förderung und steuerliche Abschreibung) müssen unbedingt erhalten bleiben. Der flexible Einsatz von Fördermitteln insbesondere zur baulichen Sicherung späterer Abschreibungsprojekte im Denkmalschutz ist ebenfalls zu sichern.
- Ein frühzeitiger Dialog aller Beteiligten ist entscheidend für die Erzielung eines stadtentwicklungspolitischen, denkmalgerechten und immobilienwirtschaftlich tragfähigen Ergebnisses. Die Kommunen müssen diesen Dialog als Impulsgeber sichern.
- Transparenz über die Ausgangs- und Rahmenbedingungen der denkmalpflegerischen und städtebaulichen Rahmenbedingungen in der Stadt ist ein wesentliches Element zur Einschätzbarkeit der Zukunftsfähigkeit von Investitionen. Entsprechende Vorbereitungen durch die Städte sollten gefördert werden.
- Die Belange des Denkmalschutzes sind Bestandteil des Aushandlungsprozesses zur Stadtentwicklung – Eine Auseinandersetzung auf Augenhöhe ist nur mit einer starken Denkmalpflege möglich.
- Die Beteiligten (Stadt, Vorhabenträger, Denkmalpflege) müssen mit der gleichen Sprache sprechen. Dazu ist eine entsprechende Qualifikation / Qualifizierung unabdingbar.

Arbeitsgruppe II: „Handel und Wandel in der historischen Stadt – Mehr Umsatz um jeden Preis?“

Moderation Dr. Siegfried Enders, Landesamt für Denkmalpflege Hessen



Abb. 9 | Arbeitsgruppe II, Moderation: Dr. Siegfried Enders, Landesamt für Denkmalpflege Hessen

Ein vielfältiger und leistungsstarker Einzelhandel ist eine der zentralen Funktionen der traditionellen und der gegenwärtigen europäischen Stadt. Doch stehen die Ansprüche des Einzelhandels häufig im Konflikt zu den Rahmenbedingungen in den historischen Altstädten. Bei der Abstimmung zwischen Einzelhandel und Denkmalschutz müssen sowohl Prioritäten gesetzt als auch Kompromisse gefunden werden.

Thesen zu den Ergebnissen der Arbeitsgruppe II:

- Handel und Wandel in der historischen Stadt kann und muss im Einklang stehen zwischen den Partnern Handel/Investoren/Eigentümer, Stadtplanung/Kommunalpolitik/ Bürgerschaft und Denkmalpflege/Denkmalschutz.
- Denkmalpflege, Kommunen und Investoren müssen frühzeitig und transparent ihre - teilweise gegensätzlichen - Ziele und Interessen kommunizieren und Kompromissmöglichkeiten ausloten.
- Die Einzelhandelsentwicklung im historischen Bestand benötigt Zeit, Geduld und Bereitschaft zum Ausgleich und zum Kompromiss. Eine frühzeitige Einbindung sämtlicher Partner ist unumgänglich. Bei der Projektentwicklung muss die Bereitschaft zur Übernahme von unrentierlichen Kosten bestehen.
- Historische Innenstädte brauchen im Verhältnis zu der kleinteiligen Baustruktur großflächige Einzelhandelsanbieter / Zentren (ab 800 qm Verkaufsfläche aufwärts) als Magnet.
- Probleme ergeben sich für die Innenstadt im Vergleich mit den großflächigen EHZ auf der grünen Wiese: Parkplatz, Flächenverfügbarkeit, Flächengröße, Anlieferung, Bodenpreise/Baukosten. Diese Probleme spitzen sich angesichts der strukturellen Veränderungen im Einzelhandelsbereich weiter zu.
- Die Kommunen müssen mit den Anforderungen und Ansprüchen der Investoren und Projektentwickler Schritt halten können. Wissenstransfer, Qualifizierung, selbständiges Agieren und Erfahrungsaustausch in den Kommunen müssen gestärkt werden. Hierzu sind erhebliche personelle und finanzielle Anstrengungen notwendig. Ganzheitliche Ansätze sind notwendig. Vernetzungen und die Suche nach „best practice“ Beispiele sind hilfreich.
- In den Kommunen müssen durch geeignete Vorüberlegungen und konzeptionelle Ansätze (kommunale Entwicklungsplanung/-konzepte) die realistischen Interessen und Ziele für die Einzelhandelsentwicklung im historischen Bestand klar und vorausschauend formuliert sowie Leitlinie des kommunalen Handelns sein. Sie sollen ein planerisches Instrumentarium hierfür vorhalten: ein im Konsens entwickeltes städtebauliches Leitbild mit einer Entwicklungs- und Flächenmanagementplanung. Die Rolle der Kommune als Moderator zwischen den Interessen und Partnern muss aktiv wahrgenommen werden.
- Die Denkmalpflege muss eine inhaltlich begründete Ausweisung der Kernzonen denkmalpflegerischen Interesses mit einer denkmalpflegerischen Zielplanung in die Entwicklungsplanung der Kommunen einbringen. Die staatliche und kommunale Denkmalpflege ist so auszustatten, dass ein strategisch ausgerichtetes Denkmalmanagement möglich wird.
- Der Handel, die Investoren und Projektentwickler müssen bei ihren Planungsüberlegungen die Bedeutung einer historischen Innenstadt bedenken, die Kenntnis der kommunalen und denkmalpflegerischen Zielsetzung ist dabei Voraussetzung. Großflächige Einzelhandelszentren müssen sich strukturell einpassen, bauliche Offenheit zeigen und kein nach außen abgeschlossenes autonomes Zentrum bilden.

Arbeitsgruppe III: „Klimaschutz in der historischen Stadt – Welchen Beitrag können quartiersbezogene Handlungsansätze leisten?“

Moderation Dr. Hans-Michael Brey, DV Berlin



Abb. 10 | Arbeitsgruppe V, Moderation: Dr. Hans-Michael Brey, DV Berlin

Angesichts des globalen Klimawandels sind internationale Maßnahmen als auch Aktivitäten auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene gleichermaßen notwendig. Im Kontext historischer Städte müssen vor allem quartiersbezogene Lösungen gefunden werden, da im denkmalgeschützten Bestand Standardlösungen für Gebäude kaum anwendbar sind.

Thesen zu den Ergebnissen der Arbeitsgruppe III:

- Zur Stärkung unserer historischen Städte ist das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz ein geeignetes Instrument und zu verstetigen.
- Gesetze/Richtlinien sind ausreichend vorhanden und präzise formuliert. Novellierungen erscheinen momentan nicht notwendig. Der Handlungsbedarf ist nach wie vor hoch. Diesem ist Rechnung zu tragen. Das Modell der europäischen Stadt hat erhebliche Standortvorteile auch im Hinblick auf eine positive Gesamtenergiebilanz.
- Weiterverfolgt werden sollte im historischen Stadtkern der quartiersbezogene Ansatz einer weitgehenden Vollversorgung mit Nahwärme. Angesichts der Vielzahl von Eigentümern in einem Quartier ist hierbei ein ordnungsrechtlicher Rahmen zu schaffen (Stichwort: Eigentümerstandortgemeinschaften). Dieser sollte in das besondere Städtebaurecht des BauGB aufgenommen werden.
- Es werden qualitätsbezogene Lösungen für die Anpassung des Klimawandels benötigt. Diese sind in bestehende Förderprogramme zu integrieren.
- Der Einsatz erneuerbarer Energien in Immobilien soll in erster Linie auf freiwilliger Basis durch die Nutzer erfolgen. Nur so kann die europäische Stadt / können Welterbestädte einen Wettbewerbsvorteil / einen Standortvorteil erlangen.
- Statt neuer Richtlinien wird bei den Kommunen neutrale Beratungskapazität benötigt, um die Bürger in ihrer Entscheidungsfindung zu erreichen. Dies verhindert Verwaltungsaufwand, stärkt die städtische Position und bindet den Bewohner an die Stadt.
- Die Bemühungen der DGNB hat den kulturhistorischen Objekten Rechnung zu tragen. Anzustreben wäre neben einer gebäudebezogenen auch eine quartiersbezogene Sichtweise der Dinge.

- Um den Bürger für die Belange des Denkmal- und des Klimaschutzes zu sensibilisieren, werden Pilotprojekte (Vernetzung) benötigt.
- Klimaschutz in historischen Städten muss dem Prinzip der „kurzen Wege in der europäischen Stadt“ Rechnung tragen.

Arbeitsgruppe IV: „Stadtbild und Stadtgestaltung – Ist Baukultur im Städtebaulichen Denkmalschutz Standard oder Luxus?“

Moderation Michael Bräuer, Bräuer Architekten Rostock



Abb. 11 | Arbeitsgruppe V, Moderation: Michael Bräuer, Bräuer Architekten Rostock

Das baukulturelle Erbe verleiht den Städten eine unverwechselbare Individualität und Schönheit. Doch wird der Schutz des Stadtbildes oft erschwert durch die hohen funktionalen Ansprüche, die an die heutigen Altstädte gestellt werden. Eine hohe baukulturelle Qualität in der Stadtgestaltung zu erreichen zählt zu einer der großen Herausforderungen in der heutigen Stadtentwicklung.

Thesen zu den Ergebnissen der Arbeitsgruppe IV:

- Der baukulturelle Anspruch muss für jede Kommune Normalität werden. Ohne baukulturellen Anspruch entsteht keine Qualität!
- Qualitätsmerkmale, die in der Vergangenheit bewusst geschaffen wurden, sind sorgfältig zu bewahren. Dabei ist eine der Aufgaben neuer Architektur in historischem Umfeld, auf lokale Besonderheiten Rücksicht zu nehmen und einzugehen. Die Städte sollen ihre unverwechselbare

Identität schützen, aber auch Spielraum für neue Ausdrucksformen belassen.

- Für eine unverwechselbare Stadtpersönlichkeit sollte die Erhaltungszielsetzung 1. Priorität haben. Der Schutzauftrag bezieht sich in erster Linie auf die Erhaltung des Originals. 2. Priorität sollten Gestaltungssatzungen haben, die sich thematisch auf den Stadtgrundriss, Gebäudetypen, Parzelle, Dachform, die Gliederung der Fenster und Fassaden, Materialien von Dächern und Fassaden, Farbe und Werbeanlagen konzentrieren.
- Baukultur erstreckt sich nicht nur auf das Gebaute, sondern auf den gesamten öffentlichen Raum. Die vielfältigen Nutzungsansprüche an den öffentlichen Raum müssen aus denkmalpflegerischer Sicht bewertet werden. Dabei sollten Kommunen ein neues Selbstbewusstsein entwickeln, Gestaltungsansprüche zu formulieren und die Umsetzung bzw. Einhaltung konsequent zu verfolgen.
- Baukultur und Stadtgestaltung sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben und keine reine Privatangelegenheit. Es bedarf der qualifizierten Betreuung und Ausbildung.
- Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen der Denkmalpflege und den öffentlichen Medien ist dringend notwendig. Es ist die Voraussetzung, um ein Bewusstsein für vorhandene und zu schützende Werte in der Öffentlichkeit zu vermitteln.
- Wettbewerbe sind für eine Baukultur unabdingbar, müssen aber in der Auslobung schon Qualitätsansprüche formulieren. Zwar geben sie keine Garantie für die „objektiv richtige Lösung“, doch tragen sie durch Einbeziehung von Politik, Fachleuten, Initiativen und der Öffentlichkeit zur Versachlichung und Konfliktreduzierung bei.
- Es ist notwendig, eine neue Planungs- und Verfahrenskultur in den Kommunen zu etablieren, um Baukultur zu erlangen. Dabei ist insbesondere die Einbindung der Bürger in den Planungs- und Verfahrensprozess von entscheidender Bedeutung, um Stadträume zu gewinnen, die von den Nutzern angenommen werden.
- Stadtforen sollten intensiv unterstützt werden bei Ihrer Zusammenarbeit mit den verschiedenen Institutionen, um das Potenzial bürgerschaftlichen Engagements zu nutzen. Die Nutzung bürgerschaftlichen Engagements ist unerlässlich, um eine umfassende und verantwortungsvolle Stad-

terneuerung bei meist knappen kommunalen Haushaltsmitteln zu ermöglichen.

Arbeitsgruppe V: „Frischer Wind – Können junge Menschen für den Städtebaulichen Denkmalschutz gewonnen werden?“

Moderation Prof. Ingrid Burgstaller, Georg-Simon-Ohm-Hochschule Nürnberg



Abb. 12 | Arbeitsgruppe V, Moderation: Prof. Ingrid Burgstaller, Georg-Simon-Ohm-Hochschule Nürnberg

Das Aufgabenspektrum und die Möglichkeiten, junge Menschen mit dem baukulturellen Erbe vertraut zu machen und in Denkmalschutz und Denkmalpflege einzubinden, sind vielfältig. Doch gelingt es nicht immer, Jugendliche auch tatsächlich als Interessierte und Mitwirkende zu gewinnen. Sowohl moderne Kommunikationswege als auch die Berücksichtigung jugendlicher Themen und Bedürfnisse müssen in der Denkmalpflege verankert werden, um junge Generationen für den Denkmalschutz zu gewinnen.

Thesen zu den Ergebnissen der Arbeitsgruppe V:

- Es gibt unzählige Projekte zur Jugendbeteiligung, jedoch mangelt es an einer hinreichenden Kommunikation zu den möglichen Beteiligungsverfahren. Es müssen ausreichend Anregungspole und Motivationsansätze geschaffen und publik gemacht werden! Ein Forschungsvorhaben zur Sondierung und Bündelung einzelner Beteiligungsformen für Jugendliche könnte einen wichtigen Beitrag leisten.
- Das Fächerspektrum in Schulen ist in der Regel

sehr weit gefasst. Doch lässt sich das Thema Architektur und Denkmalschutz in den Lehrplänen der Schulen nur schwer einordnen. Die „gewohnten Strukturen“ sind kaum zu durchbrechen, auch wenn es zahlreiche Schnittstellen mit Kunst, Literatur und Geografie gibt. Das Bildungsministerium / die Kultusministerien sind dafür zu gewinnen, Empfehlungen zur frühzeitigen Einbindung des Themenfeldes auszusprechen.

- Es gibt ein weites Spektrum an traditionellen Herangehensweisen im Bereich der Denkmalpflege (z.B. übers Handwerk). Um Motivationsansätze zu schaffen, die auf Jugendliche zugeschnitten sind, sollte eine Verbindung zu modernen virtuellen Medien erfolgen. („Lederhose und Laptop“).

Arbeitsgruppe VI: „Aktuelle Rechts- und Förderfragen – Setzen Richtlinien den passenden Rahmen für die kommunale Praxis?“

Moderation Jürgen Leindecker, Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt



Abb. 13 | Arbeitsgruppe VI, Moderation Jürgen Leindecker, Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt

Das Bund-Länder-Programm Städtebaulicher Denkmalschutz hat sich in den neuen Ländern bereits seit 1991 als Förderprogramm bewährt. 2009 wurde das Programm auch in die alten Länder eingeführt. Dabei gilt es, durch Erfahrungsaustausch die bisher gewonnenen Erkenntnisse zur Grundlage für künftige Stadterneuerungsprozesse zu machen, aber auch den Blick zu öffnen für neue Rahmenbedingungen und unterschiedliche Themenschwerpunkte in den einzelnen Ländern.

Thesen zu den Ergebnissen der Arbeitsgruppe VI:

- Die Anwendung des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz in den alten Ländern steht am Anfang. Die Länder und Städte sind dabei, die wesentlichen Anwendungsbereiche zu bestimmen. Dabei kommt es jetzt vor allem darauf an, die besonderen Möglichkeiten des Programms für eine integrierte Stadtentwicklung zu nutzen. Die Erfahrungen der neuen Bundesländer sind dabei ausgesprochen wertvoll bspw. die Unterbringung der Funktion eines Hotels in fünf Fachwerkgebäuden hier in Quedlinburg.
- In zahlreichen Städten der alten und neuen Länder stellen die eingeschränkten kommunalen Finanzierungsspielräume ein Problem dar. Aktuell ist u. a. bedingt durch die Konjunkturprogramme sehr viel Geld im System. In der Perspektive wird es notwendig sein, die Möglichkeiten der Absenkung der kommunalen Eigenanteile (in der Verwaltungsvereinbarung auf 10 % gesetzt) durch passfähige Regelungen in den Ländern zu nutzen. Seitens des Bundes sind die Möglichkeiten zur Entlastung der Kommunen mit Haushaltsnotlage ebenfalls zu prüfen.
- Grundsätzlich sollten die Länder die Regelungen schlank halten; die vorgestellten Vorgehensweisen von NRW und Brandenburg werden als praktikabel eingeschätzt.
- Verfügungsfonds sind ein besonders geeignetes Instrument der Städtebauförderung. Auch im Städtebaulichen Denkmalschutz kann das Instrument aus Sicht des Bundes genutzt werden. NRW hat dies bereits entsprechend in der Richtlinie verankert. Hier sind Anwendungsbeispiele in den Städten mutig zu entwickeln.

Podiumsdiskussion

„Partnerschaften im Städtebaulichen Denkmalschutz – Mehrwert für Kommunen vor Ort?“

Moderation: Dr. Arnold Bartetzky

Welchen Nutzen Kommunen aus dem reichhaltigen Angebot an Netzwerken und Partnerschaften ziehen können, wurde von Vertretern des Bundes, des Deutschen Nationalkomitees von ICOMOS, der

Stadt Treuenbrietzen und einem Vertreter von ecovast, einem europäischen Netzwerk für den ländlichen Raum, sowie der Monumentenwachten Niederlande, diskutiert.



Abb. 14 | Das Podiumsgespräch mit Dr. Arnold Bartetzky, Angus Fowler, Dr. Christoph Machat, Dr. Marta Doehler-Behzadi, Michael Knappe

Michael Knappe,

Bürgermeister der Stadt Treuenbrietzen

Partnerschaften im Städtebaulichen Denkmalschutz haben einen großen Mehrwert für Kommunen. Die Stadt Treuenbrietzen ist seit 17 Jahren Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Städte mit historischen Stadtkernen im Land Brandenburg. Die Arbeitsgemeinschaft hat sich 1992 gegründet, um von einem regelmäßigen Erfahrungsaustausch und gemeinsamen Aktivitäten im Rahmen der Altstadt-sanierung zu profitieren. Alle Mitgliedstädte sind gleichzeitig Programmstädte im Programm Städtebaulicher Denkmalschutz. Seit einigen Jahren bemüht sich die Arbeitsgemeinschaft neben dem Erfahrungsaustausch verstärkt um ein einheitliches touristisches Marketing. In diesem Zusammenhang ist es bereits gelungen, eine eigene Marke zu entwickeln, die im Land Brandenburg einen großen Bekanntheitsgrad erreicht hat. So werden Veranstaltungen wie das „Denkmal des Monats“ oder die Ausstellungen im Rahmen von „Kulturland Brandenburg“ zahlreich besucht, aber auch der Zuwachs an Tagesbesuchern in den Mitgliedstädten selbst zeugt von dem Erfolg der gemeinsamen Vermarktung. Die positiven Ergebnisse ziehen Kreise bis hin zu den Einwohnern der Stadt. Durch die spürbare Belebung der Altstadt und die stetigen Sanierungsfortschritte identifizieren sich zahlreiche

Bürger mit der historischen Bausubstanz und bringen sich zusätzlich über ehrenamtliches Engagement in die Stadterneuerungsaufgaben ein.

Angus Fowler,

ecovast Deutschland und Monumentenwacht Nederland

Ecovast ist eine nichtstaatliche Organisation, die sich um die Erhaltung, Entwicklung und das Wohl des ländlichen Raumes, seiner Bevölkerung und seines kulturellen Erbes bemüht. Ziel ist es, durch Erfahrungsaustausch, Information und Beratung der Mitglieder, über Wissenstransfer durch öffentliche Tagungen und Arbeitsgemeinschaften sowie durch Beratung anderer, nichtstaatlicher Verbände, Kommunen, privaten und öffentlichen Projektträgern zu einer verträglichen und zeitgemäßen Entwicklung im ländlichen Raum beizutragen. Sowohl die Öffentlichkeit als auch die Fachwelt soll auf diese Weise für den Erhalt des baukulturellen Erbes in kleineren Dörfern gewonnen werden. Auch die Idee der Monumentenwachten (www.monumentenwachten.nl) befasst sich mit dem Erhalt historischer Bausubstanz, beschränkt sich jedoch nicht auf den ländlichen Raum. Mit regelmäßigen Inspektionen und Kontrollen von Denkmälern sowie sofortigen Kleinreparaturen sollen durch die Monumentenwachten spätere Totalsanierungen und große Instandsetzungsmaßnahmen vermieden werden. Inzwischen macht der niederländische Staat bzw. die amtliche Denkmalpflege die Mitgliedschaft in der Monumentenwacht Nederland mit den daraus folgenden regelmäßigen Inspektionen, Kontrollen und Reparaturen zur zwingenden Voraussetzung, um staatliche Zuschüsse für Renovierungsmaßnahmen in Anspruch nehmen zu können. Nach dem Vorbild der Monumentenwacht Nederland hat sich der Monumentendienst Niedersachsen mit finanzieller Unterstützung des Landes Niedersachsen (inkl. Denkmalamt), der Niedersachsen Stiftung und mit EU-Mitteln gegründet. Eine Ausweitung auf das gesamte Bundesgebiet ist dringend zu empfehlen. Denn durch die bewusste nachhaltige Denkmalpflege können nicht nur Ressourcen und Kosten in den Kommunen gespart werden, es entstehen auch zahlreiche Betätigungsfelder für Architekten, Handwerker und weitere Fachleute.

Dr. Christoph Machat,

Dt. Nationalkomitee von ICOMOS

ICOMOS ist eine internationale nichtstaatliche Vereinigung von Denkmalpflegern und -interessierten, die sich weltweit für den Schutz und die Pflege von Denkmälern und Denkmalbereichen einsetzt. ICOMOS beteiligt sich als Berater und Gutachter an der Arbeit des Welterbe-Komitees, steht aber auch Kommunen ohne Welterbestatus als Berater kostenlos zur Verfügung. Schwerpunkte der Aktivitäten sind:

- Monitoring und Information zu den deutschen Denkmälern auf der Liste des Weltkulturerbes,
- Vorbereitung und Durchführung von internationalen Kolloquien und Tagungen zu Fragen des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege,
- Publikation der Tagungsergebnisse und wichtiger Grundsatzpapiere zur Denkmalpflege,
- Zusammenarbeit mit anderen Nationalen Komitees sowie mit verschiedenen nationalen Gremien (Vereinigung der Landesdenkmalpfleger, Deutsche UNESCO-Kommission, Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz) und mit internationalen Organisationen (UNESCO, ICCROM, Europarat).

Die größten Erfolge in der Zusammenarbeit mit Kommunen können erzielt werden, wenn Ratsuchende sich rechtzeitig an ICOMOS wenden und nicht warten, bis Konflikte oder Probleme sich verfestigt haben.

Dr. Marta Doehler-Behzadi,

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Als Bund-Länder-Programm im Rahmen der Städtebauförderung ist der Städtebauliche Denkmalschutz grundsätzlich als partnerschaftliches Programm angelegt. Die Erfolge des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz sind zweifellos auf die gute Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen zurückzuführen. Durch regelmäßige Abstimmungstermine zwischen den jeweiligen Vertretern, das Angebot der zusätzlichen Beratung durch die Expertengruppe Städtebaulicher Denkmalschutz und die Unterstützung durch die Bundestransferstelle ist ein effektives Netzwerk an Fachleuten entstanden, welches zu einer wichtigen Voraussetzung für die erfolgreiche Program-

umsetzung geworden ist. Eine weitere Form der Einbindung von Fachleuten und Experten ist die Ausrichtung des Kongresses Städtebaulicher Denkmalschutz. Insbesondere der Erfahrungsaustausch unter den Teilnehmern führt zu einem Gewinn an Informationen, von dem jede Kommune und jeder Anwesende profitieren kann.

Schlusswort

Dr. Ulrich Hatzfeld, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, dankte den zahlreichen Teilnehmern des Kongresses für ihre Offenheit, sich auf die unterschiedlichen Themen einzulassen, die eine integrierte Stadtentwicklung bestimmen. Zusätzlicher Dank gilt der Stadt Quedlinburg, den Referenten, der Expertengruppe Städtebaulicher Denkmalschutz, der Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz sowie den Mitarbeitern im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung für das Gelingen des 17. Kongresses Städtebaulicher Denkmalschutz.



Abb. 15 | Dr. Ulrich Hatzfeld, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Um auch weiterhin die verschiedenen Zielgruppen zu erreichen und einzubinden, ist der Kongress alljährlich auszurichten. Doch soll er künftig in Wechsel mit einer Gastgeberstadt in den alten Ländern stattfinden, so dass die Einführung des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz West auch im Rahmen des Kongressausrichtung veranschaulicht wird.

Die Themen des diesjährigen Kongresses wurden intensiv in den Arbeitsgruppen diskutiert. Die Er-

gebnisse, die von den jeweiligen Moderatoren themenorientiert zusammengefasst wurden, geben einen guten Überblick über die gegenwärtigen Rahmenbedingungen und künftigen Anforderungen in der integrierten Stadtentwicklung.

Zusätzlich zu den Ergebnissen der Arbeitsgruppen wird die bevorstehende Evaluierung des Programms in den neuen Ländern Aufschluss geben über die künftigen Aufgaben im Städtebaulichen Denkmalschutz. Die Evaluierung ist für 2010 vorgesehen, die Programmevaluierung West wird in zwei bis drei Jahren folgen.

Die Schwerpunkte im Städtebaulichen Denkmalschutz konzentrieren sich in den kommenden Programmjahren zunächst auf die energetische Stadterneuerung unter besonderer Berücksichtigung der Stadtbildverträglichkeit, auf die Förderung einer welterbeverträglichen Stadtentwicklung sowie auf die europäische Stadt und ihr Erbe. Zur europäischen Stadt werden im Jahr 2010 eine Transferveranstaltung und voraussichtlich ein internationaler Kongress stattfinden.

Daniela Michalski

Seit 2005 Mitarbeiterin bei complan Kommunalberatung. Seit 2008 Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz. Nach dem Studium der Architektur und Stadtplanung an der Universität Hannover Städtebaureferendariat bei der Bezirks-Regierung Hannover, seit 1999 Bauassessorin. Im Anschluss Mitarbeit in verschiedenen Planungsbüros in Hannover und Berlin.

Bildnachweis

Abbildungen 1-16: Jürgen Meusel



Abb. 16 | Das Foyer im Palais Salfeldt, Quedlinburg

Ansprechpartner

Bund

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung BMVBS

Dienstgebäude Krausenstraße 17–20
10117 Berlin

Ansprechpartner

Anke Michaelis-Winter

Telefon: +49 (0)30-2008-6253

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn

Ansprechpartner

Ricarda Ruland

Telefon: +49 (0)228-99401-2301

Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz

c/o complan Kommunalberatung
Voltaireweg 4
14469 Potsdam

Ansprechpartner

Hathumar Drost, Daniela Michalski

Telefon: +49 (0)331-201 51-22

Länder

Land Baden-Württemberg

Wirtschaftsministerium des Landes Baden-Württemberg

Abteilung 5 Infrastruktur – Planen und Bauen
Theodor-Heuss-Straße 4
70174 Stuttgart

Ansprechpartner

Peter Schäfer

Tel. +49 (0)711-123-0

Freistaat Bayern

Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern

Abteilung IIC Wohnungswesen und Städtebauförderung

Franz-Josef-Strauß-Ring 4

80539 München

Ansprechpartner

Armin Keller

Tel. +49 (0)89-2192-02

Land Berlin

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung

Abteilung IV Wohnungswesen, Stadterneuerung, Soziale Stadt

Referat C Stadterneuerung

Württembergische Straße 6

D-10707 Berlin

Ansprechpartner

Maria Berning

Tel. +49 (0)30-90125924

Land Brandenburg

Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung

Abteilung II Stadtentwicklung & Wohnungswesen

Referat 21 Stadterneuerung und Wohnen

– Integrierte Innenstadtentwicklung –

Henning-von-Tresckow-Straße 2-8

D-14467 Potsdam

Ansprechpartner

Rita Werneke, Corinna Wilhelm

Tel. +49 (0)331-866 8190

Freie Hansestadt Bremen

Behörde des Senators für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa

Referat 72 Stadtumbau
Contrescarpe 72
28195 Bremen

Ansprechpartner

Annette Jüngst

Tel. +49 (0)421-361-17380

Freie und Hansestadt Hamburg

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

Wexstraße 7
20355 Hamburg

Ansprechpartner

Martina Garbers

Tel. +49 (0)40-42840-8436

Land Hessen

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

Abteilung VI Bauwesen, Städtebau, Wohnungswesen

Kaiser-Friedrich-Ring 75
65185 Wiesbaden

Ansprechpartner

Helga Jäger

Tel. +49 (0)611-815 2960

Land Mecklenburg-Vorpommern

Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung

Abteilung 3 Wohnungswesen und Städtebauförderung
Referat 330 Grundsatz- und Programmangelegenheiten der Städtebauförderung, Aufstellung und Durchführung der Städtebauförderungsprogramme
Schlossstraße 6-8
D-19053 Schwerin

Ansprechpartner

Baudirektor Rudolf Schlömann-Vagedes

Tel. +49 (0)385-5888331

Land Niedersachsen

Nds. Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit

Abteilung 5 Bauen und Wohnen
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 2
30159 Hannover

Ansprechpartner

Dr. Frohmute Burgdorf

Tel. +49 (0)511-120-0

Land Nordrhein-Westfalen

Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen

Abteilung V Stadtentwicklung und Denkmalpflege
Jürgensplatz 1
40219 Düsseldorf

Ansprechpartner

Karl Jasper

Tel. +49 (0)211-3843-5202

Land Rheinland-Pfalz

Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz

Abteilung 3 Kommunalabteilung
Schillerplatz 3-5
55116 Mainz

Ansprechpartner

Walter Greuloch
Tel. +49 (0)6131-16 3419

Land Saarland

Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr des Saarlandes

Abteilung C Landes- und Stadtentwicklung
Referat C/1 Stadtentwicklung, Bauleitplanung
Keplerstraße 18
66117 Saarbrücken

Ansprechpartner

Klaus Müller-Zick, Hans-Joachim Schu
Tel. +49 (0)681-501-4620

Freistaat Sachsen

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Abteilung 5 Bau- und Wohnungswesen
Referat 54 Städtebau- und EU-Förderung
Wilhelm-Buck-Straße 2
D-01097 Dresden

Ansprechpartner

Michael Köppl, Thomas Pirrong
Tel. +49 (0)351-564-3542

Land Sachsen-Anhalt

Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr

Abteilung 2 Landesentwicklung, Städtebau und Wohnungswesen
Referat 24 Grundsatz Wohnungswesen und Städtebau, Städtebauförderung, Haushalt
Turmschanzenstraße 30
D-39114 Magdeburg

Ansprechpartner

Maik Grawenhoff
Tel. +49 (0)391-567-7467

Land Schleswig-Holstein

Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein

Abteilung Städtebau, Bau- und Wohnungswesen
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel

Ansprechpartner

Sabine Kling
Tel. +49 (0)431-988-3231

Freistaat Thüringen

Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Medien

Abteilung 2 Städte- und Wohnungsbau, Raumordnung und Landesplanung
Referat 23 Städtebau, Städtebauförderung
Steigerstraße 24
D-99096 Erfurt

Ansprechpartner

Simone Hold
Tel. +49 (0)361-3791-230

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)

Krausenstraße 17–20

10117 Berlin

Telefon: +49 (0)30-2008-6253

Ansprechpartner

Anke Michaelis-Winter

E-Mail: anke.michaelis-winter@bmvbs.bund.de

Internet: www.bmvbs.de

Bearbeitung

Bundestransferstelle

Städtebaulicher Denkmalschutz

c/o complan Kommunalberatung

Voltaireweg 4

14469 Potsdam

Telefon: +49 (0)331-201 51-22

Ansprechpartner

Hathumar Drost, Daniela Michalski

E-Mail: info@staedtebaulicher-denkmalschutz.de

Internet: www.staedtebaulicher-denkmalschutz.de

Grafik und Layout

Schneeundzucker®, Berlin

Druck

Druckerei des BMVBS, Bonn

